Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten

inamo

Nummer 16

JAHRGANG 4
WINTER 1998
PREIS DM 10,–

Frankreich 30 FF · Österreich 70 ÖS · Italien 10000 L
Schweiz 10 SFr · Niederlande 10 HFl

Berichte & Analysen zu Politik und Gesellschaft des Nahen und Mittleren Ostens

BILDUNG UND GLOBALISIERUNG

- Bilanz: Die Regierung Khatami
- 200 Jahre Berliner „Türken-Friedhof"
- Israels Chemiegeheimnisse
- Islamischer Religionsunterricht

In diesem Heft

Noch ist nicht abzusehen, was sich aus der Flucht des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan nach Italien alles entwickeln wird. Die offizielle Türkei jedenfalls frohlockte anfangs über die Festnahme Öcalans und erklärte sich zum Sieger im 14jährigen Kurdenkrieg. Als sich dann abzeichnete, daß Öcalan wahrscheinlich nicht ausgeliefert und möglicherweise gar Asyl erhalten wird, folgten aus der Türkei herbe Drohungen gegen Italien. Die offiziellen türkischen Medien entfachten eine gefährliche Pogromstimmung gegen Menschenrechtler, legale kurdische Parteien und Kurden schlechthin. „Apo, der Babymörder, Bandenchef, verantwortlich für den Tod von 35 000 Menschen" – damit wird sämtliche Verantwortung für den Kurdenkrieg, auch für die massiven Menschen- und Völkerrechtsverletzungen durch das türkische Militär, der PKK angelastet. Es ist dasselbe Muster, nach dem die Türkei mit dem Tabu des Genozids an den Armeniern verfährt: Leugnen und die Gegenseite, also die Opfer, verantwortlich machen. Wenn es wirklich so ist, daß der bisher größte Aufstand der Kurden in der Türkei niedergeschlagen ist, dann droht bei dieser Hetze den Kurden in der Türkei wirklich Gefahr, an erster Stelle den politischen Gefangenen und vertriebenen Dorfbewohnern im Westen des Landes.

Doch dem scheint nicht so, auch wenn die PKK militärisch fast geschlagen ist und von der Anfang der 90er Jahre noch beeindruckend breiten kurdischen Bewegung – nicht zuletzt wegen der staatlichen Repression und Massenvertreibung - wenig geblieben ist. Aber auch die Politik der PKK-Führung hat dazu beigetragen, daß die Massenbewegung marginalisiert wurde: Säuberungen, Liquidationen und die jede intellektuelle Regsamkeit erstickende Ausrichtung auf den „nationalen Führer" Öcalan. Die Berichte der Dissidenten lesen sich fast wie Koestlers Sonnenfinsternis.

Vierzehn Jahre lang war das syrische Regime Öcalans Gastgeber. Was diese Abhängigkeit bedeutet, sieht man am Beispiel anderer Befreiungsbewegungen, wie z. B. der Fatah-Rebellen um Abu Musa. Sie trug bei zur inneren Aushöhlung und Erstarrung der ohnehin autoritären PKK. Sie tritt nun in Gestalt ihres Vorsitzenden in Italien auf, um den Kampf um die Rechte des kurdischen Volkes, dessen Vertretung sie beansprucht, mit politischen Mitteln in einem Europa fortzusetzen, das bisher jeder Initiative für eine politische Lösung und eine Beendigung des bewaffneten Konflikts verweigerte. Europas mächtigster Staat, Deutschland, unterstützte die Türkei seit dem Militärputsch von 1980 massiv mit Waffen und trug so zur Etablierung der heutigen autoritären Ordnung bei.

Wird Europa jetzt tatsächlich eine Lösung nicht nur des „Problems Öcalan", sondern der kurdischen Frage, suchen, wie Italiens Regierungschef D'Alema ankündigte? Eine Lösung, die nicht nur in einer „gesichtswahrenden" Abschiebung Öcalans nach Deutschland oder in ein Drittland bestünde? Wenn dies geschähe, wäre das ein wirklicher Wendepunkt. Es wäre dann aber die Sache der nichtstaatlichen Organisationen, gerechte Bedingungen einzuklagen und alle Aspekte des Konflikts zu beleuchten. Wenn etwa der Abgeordnete Cem Özdemir ein internationales Strafverfahren zur Verhandlung der Menschen- und Völkerrechtsverletzungen beider Seiten in diesem Konflikt vorschlägt, warum sollen dann nicht auch die Waffenlieferungen an die Türkei verhandelt werden?

Neue E-Mail-Nummer:
redaktion@inamo.de

Den Kurden müßte erst einmal Gelegenheit gegeben werden, die Frage der Repräsentation und der Ziele und Formen eines Selbstbestimmungsprozesses jenseits von Verfolgung und Verboten zu klären. Sicher ist dabei die internationale Anerkennung der PKK als Partei, allerdings ohne Alleinvertretungsanspruch, etwa gemäß des ersten Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen von 1977 notwendig. Aber auch Öcalan und die PKK müßten sich gegenüber den Kurden verantworten und einem internationalen Tribunal oder einer Wahrheitskommission nach südafrikanischem Vorbild stellen.

Angesichts der bestehenden Machtverhältnisse und Interessenlagen ist Optimismus für einen türkisch-kurdischen Friedensprozeß kaum angebracht. Die Gefahr besteht, daß die sich bietende Gelegenheit erneut verpaßt wird. Dennoch sei die Feststellung erlaubt, daß die marginalisierte kritische Bewegung in der Türkei schnell eine tragfähige Perspektive für ein gleichberechtigtes Miteinander von Kurden, Türken und Minderheiten finden könnten, ... wenn man sie nur ließe.

Halbbildung als globale Devise

Notizen zum Zusammenhang von Bildung, Globalisierung und Entwicklung

Wolf-Dieter Narr

Wer sagt Erziehung sei irrelevant, soll es mit Nichtwissen versuchen." (Nigerianischer Erziehungswissenschaftler, zit. bei Volker Lenhart, 1993, S. 94)

„*Imperialismus muß als die große globale Verbreitungsmaschine der Modernität betrachtet werden, ihr Träger über die Kulturen hinweg.*" (Annabelle Sreberny-Mohammadi, 1997, S. 67)

I.

Bildung ist Menschenrecht. Als extreme Nesthocker oder nicht festgestellte Tiere geboren, überleben die menschlichen Winzlinge und werden selbstständig nur infolge sozialen Umgangs mit schon erwachsenen Menschen. Kurz: sie werden sozialisiert; zu deutsch: vergesellschaftet. Und damit erst und bestenfalls zu Personen mit der Chance des aufrechten Gangs.

Daß die menschlich geborenen Wesen, die *nati* bzw. *natae*, ihre Möglichkeiten entwickeln können und erwachsen werden, nun also nicht mehr primär physiologisch, sondern primär soziologisch *nascituri/ae*, hängt von einer Vielzahl gesellschaftlicher Voraussetzungen ab. Hierbei wandeln sich die individuellen Bildungsbedingungen mit den gesellschaftlichen Reproduktions- und Produktionsbedingungen vor allem in den drei wichtigsten Produktions- und damit Vergesellschaftungsformen: der politischen, der ökonomischen, der kulturellen. Auf die Qualität dieser Produktionsformen und ihrer ‚Versachlichungen' kommt es also personell/individuell entscheidend an. Ob Lernprozesse stattfinden, wie sie dies tun, und welche Ergebnisse im Durchschnitt gezeitigt werden, hängt an den von der Produktions(formen)-Triade geschaffenen Bedingungen. Der gesellschaftliche Kontext gibt also den Ausschlag, wenngleich individuelle Variationen möglich sind. Kausale Prägemuster eindeutiger Art gibt es glücklicherweise bis heute nicht. Keine noch so darauf erpichte Herrschaft hat es je verstanden, die von ihr herrschaftssozialisatorisch eingenommenen Kinder und Jugendlichen so zu trimmen, daß perfekte Hitler- und Stalinjugendliche geformt und deswegen als vollkommene Funktionäre die jeweilige Banalität des Bösen praktiziert hätten. Gleichwohl: Die Prägekräfte der gegebenen Institutionen, ihrer Kinder und Jugendlichen übergeworfenen Netze negativer und vor allem positiver Sanktionen sind schwer zu überschätzen. Bildungsprozesse sind deshalb allemal hochgradig abhängige Größen.

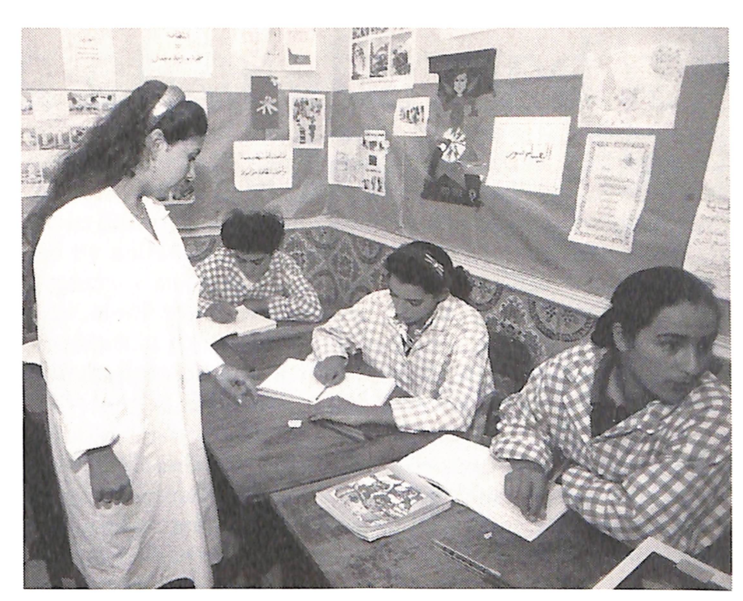
II .

Wenn also von Bildung und Erziehung die Rede ist – ich gebrauche die Ausdrücke ebenso wechselseitig, wie ich den Streit zwischen Bildung und Ausbildung am Rand liegen lasse –, sind sogleich drei Fragen zu stellen und zu beantworten:

- Welcher Begriff der Bildung wird gebraucht; worin bestehen die bildungspolitischen Inhalte und Ziele?
- Welche Formen der Ausbildung werden verwandt; in welchem institutionellen Kontext werden Bildungsprozesse arrangiert, mit Hilfe welcher Instrumente werden die diversen Bildungsstoffe vermittelt?
- Wie passen Bildungsinhalte und Bildungsformen mit den allgemeineren gesellschaftlichen Bedingungen, der oben genannten Produktionsformentriade vor allem, zusammen; wie werden die Bildungsprozesse familial, postfamilial ausgestattet; wie werden sie ausgerichtet und ausgestattet; wieweit stimmen Bildungsziele und Bildungsformen mit den anderen gesellschaftlichen Institutionen und Funktionen überein?

Dort, wo vor allem westwärts von Bildung im Umkreis der so unterschiedlichen Länder ‚der' „Dritten Welt" die Rede ist, wo es also um den Zusammenhang von Bildung und Entwicklung geht, herrscht seit geraumer Zeit, dominant quer zu allen sogenannten Entwicklungsdekaden, ein passepartoutartig eingerahmter und entsprechend fixierter Bildungsbegriff vor. Derselbe verstand sich kolonial von selbst, sofern man die Kolonisierten überhaupt hochgradig auswählerisch zu entsprechend eingerichteten Kolonialschulen u. ä. zugelassen hat. Derselbe ergab sich auch postkolonial wie von selbst, weil der dafür eigens formulierten „Modernisierungstheorie" entsprechend alle Entwicklung der so gesehen unterentwickelten Länder und deren Bevölkerungen auf die Standards der schon modernisierten Länder ausgerichtet werden sollte. Modernität war bzw. ist schon immer westnordfertig vorgegeben (vgl. seit dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks analog die sog. Transformationstheorie). Modernisierung verlangt demgemäß, einen Prozeß in Richtung fertiger Modernität in Gang zu setzen. „Entwicklung" ist also eingespannt zwischen dem vormodern unterentwickelten und dem modern entwickelten Zustand. Sie findet in diversen Stadien und Sequenzen statt. Und in ihrem Rahmen spielen auch entsprechende Bildungsprozesse, die die *skills*, den Habitus und das Bewußtsein der vormodern-unterentwickelten Bevölkerungen betreffen, eine wichtige, wenn nicht eine zentrale Rolle. Solche Bildung zur Modernität ist ausgerichtet an sog. universalistischen Werten, will sagen an den ‚klassischen' Menschenrechten und ihren Entsprechungen in Richtung der drei Produktionsformen: dem liberaldemokratisch verfaßten Staat; der kapitalistisch unverfaßten marktregulierten Ökonomie; der besitzindividualistisch warenweltoffenen Kultur.

Wie alle humanen Universalismen ist der Universalismus dieser Normen und Formen spezifisch gerichtet: in Richtung westlicher Kultur. Diese soll qua Entwicklung als Modernisierung global hegemonial werden. Bildung als Erziehung zum *habitus modernus* heißt dementsprechend im Hinblick auf die solcherweise unentwickelten und vormodernen oder modern unzureichenden Länder und deren Bevölkerungen: Entziehung der vorgefundenen traditionellen, meist freilich längst kolonialistisch zerstörten und überlagerten Kulturen und ihrer Verhaltensgewohnheiten; Einbildung neuer Bewußtseins- und Verhaltensformen, die den Produktionsformen der Moderne konform sind. Indem alle Menschen dieses Globus modernitätsreif entwickelt werden sollen, sollen sie reif und das heißt offen und gebrauchbar gemacht werden für den globalen Kapitalismus und die ihm rechtlich notwendigen Verbindlichkeiten. Die universellen Werte werden zu Garanten der weltweiten kapitalistischen *open door policies*. Dieselben nutzen zu allererst und auf absehbare Zeit den kapitalistisch entwickelten und in diesem Sinne modernen Ländern.



Tunesien: Mädchenausbildung Foto: Hacky Hagemeyer

III.

Gerade wenn man wie ich Bildung als wahrhaft universales, weil historisch anthropologisch gegründetes Menschenrecht auffaßt, gerade dann geht es nicht an, vorbehaltlos und mit vollen Backen ins Horn universell westlicher Werte und ihnen entsprechender Bildung zu stoßen. Dies geschieht neuerdings geradezu prototypisch in allen Auslassungen von Bassam Tibi. Dieses geschieht zum Teil auch in den ansonsten informationsreichen Beiträgen dieser Bildungsnummer von inamo. Als verstünde sich das, was Universalismus oder universelle Werte genannt wird von selbst. Als entspreche von vornherein die Logik humanen Fortschreitens für den immer schon fertigen, angeblich nicht prekären und dem Anscheine nach amibvalenz- und kostenlosen Universalismus.

Hierbei wird unterschlagen oder unzulässig naiv angenommen, westlich erreichte „Modernität" habe alle „Ungeheuer der Vernunft", alle „Dialektik der Moderne" überwunden, von den unsäglichen Kosten auf dem westlichen Weg zur Moderne gar nicht zu reden. Verkürzt: von Columbus bis Clinton; vom Dreißigjährigen Krieg bis zu den Weltkriegen; vom Wachstum der Güter bis zum Wachstum von Ungleichheit, psychischen Krankheiten, Hunger und Tod.
Gleicherweise unkritisch wird Bildung gefaßt und mit den edel getönten universellen Menschenrechten gefüllt. Die Einseitigkeit der Menschenrechte, die als Rechte des westlich weißen besitzenden Mannes ihre heute noch vorherrschende Verallgemeinerung als ‚individuelle Abwehrrechte' fanden, wird hierbei weithin außer Acht gelassen (s. Carol Pateman 1988). Dementsprechend leicht ist ihre Instrumentalisierung, vor allem ihre schlechte Abstraktion von den zur einseitigen Verallgemeinerung nicht passenden Besonderheiten. Jean Paul Sartre u. a. haben darauf sintemalen, doch weitgehend folgenlos aufmerksam gemacht (Sartre 1994; vgl. auch Narr/Roth/Vack 1986).

Gerade was Bildung und die Problematik des westlich kapitalistisch praktizierten Bildungsbegriffs angeht – unbeschadet aller erheblichen Unterschiede zwischen den dazu gehörigen Ländern im einzelnen –, könnte, nein müßte hierbei von der Krise der Bildungskonzeptionen und Ausbildungsformen in den „modern" „fertigen" Ländern gelernt werden (zum deutschen Beispiel s. Oskar Negt 1997). Die immer stärkere „Finalisierung" der Bildung aller Stufen auf den kapitalistischen Konkurrenzkampf, die ‚Entpackung' der Bildung von allen Inhalten, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die der wahrhaft kapitalmobilen universellen Einsatzfähigkeit in Richtung einer allzeit bereiten Flexibilität und Mobilität der in neuen Bildungsklassen Ausgebildeten entgegenstehen, dürfte wenigstens von denjenigen nicht als angemessener Werteuniversalismus verstanden werden, die auf die humane Emanzipation durch Bildung von herrschaftlichen Abhängigkeiten aller Art primär setzen.

Hinzu kommt, daß die unkritischen Modernitätsemphatiker, die recht verstanden die Moderne und ihre Ambivalenz auch in ihrer inhumanen Ambivalenzfeindlichkeit nicht verstanden haben (s. Zygmunt Bauman 1992), die unsäglichen Opfer westlicher Modernitätsentwicklung borniert (und meist privilegiert) außer Acht lassen. Opfer fielen (und fallen) hier, weder Lamm noch Stier, aber Menschopfer unerhört. Der deutsch verursachte und ausgeführte Holocaust ist als Extrem nicht zu nivellieren. Und doch stellt er ein Extrem dar, das andere ‚normalere', weithin institutionalisierte Exzesse nicht übersehen lassen darf. Die Sklaverei auf dem amerikanischen Kontinent beispielsweise und ihre rassistischen Folgen bis heute. Die Art, wie ganze Völker und Lebensweisen qua Modernisierung ausgelöscht worden sind (s. Claude Levi-Strauss 1994; Stanley Diamond 1967). Die identifikatorische Eigenart westlicher Modernisierung, die alles, was sich nicht ihrem jeweiligen ‚Begriff' unterordnen, herrschaftlich fixieren und kapitalistisch ausbeuten läßt, an den Rand drängt, verdrängt, vernichtet. In diesem Sinne fungiert der antike Sagenheld Prokrustes innovatorisch dynamisiert als starkes Vorbild. Goyagemäß werden die Ungeheuer in die Nacht, in den sozialen Untergrund, ins Verbrechen, in die Psychatrie verbannt.

VI.

Darauf kommt also alles an: was unter Bildung verstanden wird; und wie das verstanden Angestrebte umgesetzt und verwirklicht wird. In kaum einem anderen sozialen Feld wird so viel schöngeredet wie im Bereich der Bildung. Und entsprechend praktisch verhunzt. Deshalb sind nicht nur die Bildungsziele so genau wie irgend möglich zu beschreiben und auszuloten. Vielmehr kommt es vorrangig auf die Art und Weise an, in der die jeweiligen Ziele, und mögen sie noch so hehr und stöckelschuhhoch einherstolzieren, praktisch übersetzt, institutionell arrangiert und in der jeweiligen Gesellschaft loziert werden.

Erneut, was heißt universelle Werte? Welches Interesse steckt in ihnen; wem nützen sie? Wird bei den Menschenrechten darauf geachtet, daß sie den ärmsten unter den Brüdern und Schwestern zu gute kommen? Daß letztere ihre Bildungsrechte wahrnehmen können? Und zwar so, daß sie nicht nur das mobilflexible, aus Menschen gemachte arbeitsame Öl von ihnen nicht beherrschter, ihnen nicht dienlicher kapitalistisch globaler ‚Maschinerien' sind? Welche Voraussetzungen sind geschaffen oder werden gleichzeitig geschaffen? Vor allem auch: Wie wird gewährleistet, daß neue Bildungsziele und ihnen gemäße Habitus mit den herkömmlichen Gewohnheiten, den nutzbaren Traditionen verbunden werden können? Entscheidend ist, daß Tradition und Innovation miteinander verbunden, daß an regionale, an gruppenspezifische Eigenarten angeknüpft wird. Ausschlaggebend ist demgemäß gleicherweise, daß zu den individuellen Menschenrechten, sozial-kulturell wie sie allemal zu fundieren sind, historisch kulturell überkommene kollektive Rechte hinzugesellt werden. Annabelle Sreberny-Mohammadi formuliert triftig: „Das gegenwärtige Theoretisieren über die Strukturen der Modernität muß von eindringlichen historischen Untersuchungen begleitet werden, die die Reihenfolgen, die relative Bedeutung, die dauernden Prägeeffekte der modernen Institutionen samt der ‚Kultur' der Modernität und ihre Wechselwirkung mit älteren nichtwestlichen Kulturen ausfindig machen." (Sreberny-Mohammadi, S. 67). Und nicht nur, nicht einmal primär das Theoretisieren, sondern vor allem das Praktizieren!

Mit diesen Fragen sind die nach dem Wie der Bildungsinstitutionen, ihrem Ort in den betreffenden Gesellschaften, nach dem sozialen Zugang und nach dem Wie der Lehr-Lernpraxis unauflöslich verkettet. Wie werden Bildungsprozesse, an welchem Ort und in welchen praktischen Zusammenhängen organisiert? Der etliche Jahre zurückliegende Bericht über Frauen im Entwicklungsprozeß bietet gerade in Richtung angemessener Installierung auch inhaltlich an lokale und regionale Traditionen und Gegebenheiten anknüpfenden Bildungsprozessen eine Fülle von jeweils landes-, regions- und problemspezifisch abzuwandelnden Anregungen (vgl. Claudia von Braunmühl 1991). „Back to the Grass Roots", ein bald vergessener entwicklungspolitischer Ruf Ende der 60er Jahre, gilt auch in bildungspolitischer Hinsicht eine Generation später entgegen den schlechten Abstraktionen unverändert. Letztere sind motiviert durch das Interesse, universelle Kapital- und Tauschmobilität grenzenlos zu verwirklichen. Wohlfeile Arbeitskräfte, die jederzeit wieder entlassen werden können, sind, versteht sich, zusätzlich erwünscht.

V.

Daß die langsamere, indes human angemessenere eigensinnige „Entwicklung", die Tradition und Innovation zu verbinden, die Lokalität und Großräumigkeit zu koppeln versucht, ernsthaft und nachhaltig in Angriff genommen werde, ist heute noch unwahrscheinlicher, als es schon vor einer oder zwei Generationen gewesen ist. Die weltweit aufgepresste, die weltweit verinnerlichte Modernisierungstheorie in Form und Inhalt eines Modernisierungsdogmas steht in der Globaliale der Habenden und der Herrschenden dagegen. Die reißende Dynamik nahezu exklusiv technischer, kapitallogisch gerichteter Innovationen läßt Bildungskonzeptionen und Bildungsformen just in den sog. nachholenden, in den weithin hoffnungslos hinterherhinkenden Ländern fast ausgeschlossen erscheinen, die auch gerade von westlichen Fehlern und Kosten lernten und fortschrittlich eigensinnig blieben. Herrschaftsgewitzte fundamentalistische Teil-Regressionen befördern, mittelfristig gesehen, eher den Ausverkauf haltbarer Traditionen und ihres Orientierungssinns, als daß sie einer anderen Entwicklung, einer anderen Modernität zuarbeiteten. Von dem globalisierenden Interessendruck, der von den nördlich-westlichen Ländern ausgeht, gar nicht zu reden.

Dennoch: Für diejenigen, die westlich die Dialektik der Modernisierung halbwegs begreifen, für diejenigen, die Modernisierung nicht hemmungslos nachholen wollen, für beide Seiten, die gegen die Furie modernen Verschwindens im Namen der Innovation nicht regressiv ankämpfen, bleibt kein anderer Weg. Menschbildung ist in Form und Inhalt zu wichtig, als daß man sie den allseits wimmelnden kapitalistischen Lemmingen überlassen dürfte.

n *Wolf-Dieter Narr lehrt Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.*

Literatur:

Claudia von Braunmühl, 1991 (Hrsg.): Women in the Development Process, Berlin. Zygmunt Bauman, 1992: Moderne und Ambivalenz, Hamburg. Stanley Diamond, 1967: The Anagute of Nigeria: Suburban Primitives, in: Julian H. Stewart, (Hrsg.): Contemporary Chance in Traditional Societies, vol I, Urbanas II,, S.306–505. Volker Lenhart, 1993: Bildung, in: Dieter Nohlen, (Hrsg.): Dritte Welt Lexikon, Reinbek bei Hamburg, S.93–96. Claude Levi-Strauss, 1994: Brasilianisches Album, München. Wolf-Dieter Narr, Roland Roth, Klaus Vack, 1986: Menschenrechte als politisches Konzept, in: Jahrbuch des Komitees für Grundrechte und Demokratie 1986, Sensbachtal. Oskar Negt, 1997: Kindheit und Schule in einer Welt der Umbrüche, Göttingen. Carole Pateman, 1988: The Sexual Contract, Stanford University Press, Standford CA. Jean-Paul Sartre, 1994: Überlegungen zur Judenfrage, Reinbek bei Hamburg. Annabelle Sreberny-Mohammadi, 1997: The Many Cultural Faces of Imperialism. In: Peter Golding and Phil Harris: Beyond Cultural Imperialism. Globalization, Communication and the new International Order, Sage Publications London, Thousand Oaks, New Dehli, S. 49–68.

Technologietransfer und die arabische Welt

Sonja Hegasy

Stolz berichtete Thomas Friedman in der *International Herald Tribune* vom 8. Juli 1998, daß Israel in den neunziger Jahren zur Nummer zwei nach den USA bei der Gründung von Computerfirmen avanciert sei. Er prophezeite, daß Israel bald die grundlegende Software für das Internet dominieren könnte, während die meisten arabischen Regime noch mit sich hadern würden, ob sie überhaupt den Zugang zum Internet gestatten sollten oder nicht. Diese Tatsache habe, so Friedman, auch Einfluß auf das politische Kräfteverhältnis in der Region: „Diese Entwicklung wird Israel gegenüber arabischem politischen Druck, Terrorismus, Boykotten und den Fährnissen des Friedensprozesses stärken, während sie das Land verwundbarer macht für konventionelle oder unkonventionelle Kriegsführung." Denn, so Friedman weiter, ähnlich wie die Industrieländer in den siebziger Jahren abhängig vom arabischen Öl gewesen seien, so könnten sie im Zeitalter der Informationsrevolution abhängig von den israelischen *computer wiz-kids* und ihren neuesten Software-Entwicklungen werden. Daher würden die Industrieländer bald keine Rücksichten mehr auf arabische Boykottaufrufe und den Stand des Friedensprozesses nehmen. Auch diesen Wettlauf würde die arabische Welt verlieren, so Friedmans Folgerung.

Im folgenden werden drei Hindernisse aufgezeigt, die die arabischen Länder von der Entwicklung und dem Gebrauch moderner Technologien abhalten: Weniger verantwortlich, als häufig angenommen wird, ist das Bildungssystem. Die Universitäten sind zahlreich, gut und gut besucht, aber die besten Köpfe wandern aus. In der gesamten Region gibt es eine Schwemme von arbeitslosen Akademikern. Das zweite Hindernis bilden die ideologischen Bedenkenträger säkularistischer wie islamistischer Provenienz. Das dritte Hindernis ist das Mißtrauen multinationaler Unternehmen gegen Staaten, die sogenannte TRIPPRs (Trade Related Intellectual Property Rights), Urheberschutzrechte, ignorieren.

Exportprodukt Wissen

Länder wie Israel oder Indien haben ein neues Produkt entdeckt, das leicht und schnell zu exportieren ist: Wissen. Und sie haben in einem Bereich eine Expertise entwickelt, in dem die arabischen Staaten besonders schwach sind: Wissenschaft und Technologie.[1] Bis 1976 verließen 50 % der arabischen Ärzte, 23 % der Ingenieure und 15 % der Naturwissenschaftler ihre Heimatländer in Richtung USA und Westeuropa. Die Hälfte der promovierten Naturwissenschaftler und Ingenieure ist auf Dauer ins Ausland emigriert.[2]

In Ländern wie Israel ist dagegen mit dem Exportprodukt „Wissen" eine neue Schicht entstanden. Das Land bietet interessante Forschungsinstitute, international renommierte Universitäten, hohe Einkommen und „einen Platz an der Sonne", so daß Wissenschaftler und ihre Familien auch hierher emigrieren. Israel sei nun weniger anfällig für politischen Druck, argumentiert Friedman, denn der Export von Wissen kann schwer unterbunden werden. Außerdem könnten Investoren aus diesem Wirtschaftszweig die Situation in der Region besser einschätzen und wüßten eben, anders als Touristen, „daß eine Schießerei im ägyptischen Luxor weitab von ihrem Software Entwicklungszentrum in Haifa stattfindet"[3], würden also deswegen nicht gleich weglaufen. Auf der anderen Seite ist diese Schicht sehr mobil und stellt hohe Ansprüche an ihre Lebensqualität. Weder wollen sie sich von irgendwelchen Orthodoxen ihre Lebensweise vorschreiben lassen, noch wollen sie, daß ihre Kinder im Gazastreifen oder im Südlibanon Wehrdienst leisten müssen.

Obwohl sich heute alle fünf Jahre die Anzahl der Hochschulabgänger verdoppelt und die Zahl der Universitäten von zehn im Jahre 1950 auf 175 im Jahre 1995 wuchs,[4] drängt ein Großteil der Akademiker ins Ausland; der massive *brain drain* ist eines der Probleme, die enormen sozialen Sprengstoff bergen. Ähnlich desaströs sieht es im Bereich Forschung und Zugang zu *know-how* aus. Nach Heubel[5] gehen weniger als 6 % der weltweiten Patentanmeldungen auf Staatsbürger aus Entwicklungsländern zurück. Zugang zu Wissen wird in der arabischen Welt im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern besonders stark beschränkt. Allgemeine Statistiken werden hier wie Staatsgeheimnisse behandelt. Forschungsgelder kommen fast ausschließlich aus dem öffentlichen Sektor und versickern in bürokratischen Forschungsinstituten. Selten finden die Ergebnisse ihren Weg zur interessierten Öffentlichkeit oder zurück zu staatlichen Entscheidungsträgern.[6]

Warum islamische Wissenschaften?

Wissenschaft und Technologietransfer sind in der islamischen Welt einer stark ideologischen Debatte unterworfen. So wird gefragt, ob man westliche Technologien übernehmen dürfe oder ob damit nicht doch dem materialistischen Weltbild des Westens Tür und Tor geöffnet werde. Tatsächlich meint der Begriff „Technologietransfer" nicht den reinen Verkauf bestimmter Anlagen und Maschinen, sondern impliziert auch den Transfer von Wissen und Ideen. Selbst in nach außen so verschlossenen und im Inneren stark separierten Gesellschaften wie der saudiarabischen, die in wirtschaftlichen Kernbereichen wie der

Ölgewinnung zum größten Teil auf ausländisches *know-how* und Personal angewiesen ist, haben mit den neuen Technologien auch neue Menschen und ihre Weltbilder Einzug gehalten.[7] Diese Form des Austauschs wird im Rahmen von Globalisierung zunehmen.

Die Gegner von Technologietransfer sind der Meinung, daß es sich hierbei um ein neo-kolonialistisches Unterfangen handelt, wenn auch ihre Argumente aus zwei unterschiedlichen Lagern stammen. 1996 schrieb einer der Protagonisten der islamistisch geprägten Debatte, Seyyed Hossein Nasr: „Cassettenaufnahmen des Koran werden den Äther Europas und der Vereinigten Staaten nicht in gleicher Weise durchdringen wie es die primitivsten Produkte westlicher Popkultur im Orient tun, wenn der westliche Säkularismus in einer ansteckend aggressiven Art und Weise nicht nur seine Technologie, sondern mit dieser Technologie auch sein morbides Weltbild der nichtwestlichen Welt und besonders der islamischen Welt aufzwingt."[8] Im Zuge der zunehmenden Politisierung des Islam hat sich eine Schule gebildet, die die Islamisierung von Wissenschaft fordert.[9] Unter „islamischer Wissenschaft" werden sehr unterschiedliche Dinge verstanden: In der Minimaldefinition ist eine Wissenschaft schon islamisch, wenn muslimische Gesellschaften von ihr profitieren. Für andere muß diese Form von Wissenschaft eine muslimische Ethik verinnerlichen. Eine dritte Gruppe spricht von „islamischer Wissenschaft", wenn die Wissenschaftler ihre Ergebnisse als ein Geschenk Gottes erkennen. Die Maximaldefinition versteht die göttliche Offenbarung als letzten Beweis. Die Naturgesetze sind in diesem Wissenschaftsverständnis Ausdruck von Gottes Willen. Gott offenbart sich *in perpetuum* als rationales Prinzip. Zweifel an Gottes Wort dürfen nicht gehegt werden, womit ein wesentliches Prinzip von Wissenschaft ausgeschaltet wird. Das arabische Bildungswesen beruht auf eben diesem Vermitteln von Autoritäten und Hierarchien, die nicht in Frage gestellt werden dürfen.[10]



Das zweite Lager der Kritiker steht in der Tradition der Dependenztheoretiker der siebziger Jahre. Jene Kritiker sehen in der Übernahme westlicher Technologien nur eine Verbesserung des Lebensstandards der sog. Brückenkopfeliten. In einer vertragstheoretischen Analyse über Technologietransfer durch internationale Unternehmenskooperationen faßt Heubel zusammen: „Parallel zur wirtschaftlichen Rezession in den OECD-Ländern kritisierten in den 70er Jahren die Länder der Dritten Welt verstärkt 100 % Tochtergesellschaften als klassische Internationalisierungsstrategie Multinationaler Unternehmen. Mit Erlangung der politischen Unabhängigkeit wuchs in den Entwicklungsländern das Bestreben, auch wirtschaftlich unabhängig zu werden. Die Politik Multinationaler Unternehmen und ihrer Töchter wurde als eine Einschränkung der nationalen Souveränität sowie des wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielraumes erachtet."[11] Die Dependenztheoretiker argumentieren, daß die Errungenschaften westlicher Technologien nicht den Problemstellungen aus Entwicklungsländern angepaßt seien. Auf die Lebensqualität der breiten Bevölkerung hätten diese Technologien daher keinen Einfluß. Im Gegenteil, sie verschöben die Prioritäten des Staatshaushaltes, erhöhten die Auslandsschulden und verschärften die Abhängigkeit vom Westen.

Die Interessen der Multis

Sowohl die islamistischen als auch die dependenztheoretischen Gegner des Technologietransfers unterliegen einem Irrtum, wenn sie meinen, daß die Industrienationen nur danach trachten, ihre neuesten Entwicklungen in die muslimische Welt zu exportieren. Während auf der arabischen Seite befürchtet wird, daß man mit ausländischen Technologien überschwemmt wird, so ist das Interesse der multinationalen Unternehmen gar nicht so groß, ihre modernsten Patente in Staaten ohne funktionierenden Rechtsstaat zu exportieren. Dieser Punkt wird in der arabischen Diskussion häufig ganz übersehen. Internationale Unternehmenskooperationen zögern, ihre Technologien in Ländern zu vertreiben, die das Patentrecht nicht einhalten, Raubkopien an Dritte veräußern und in denen diese Verstöße gegen internationales Recht nicht juristisch verfolgt werden können. Technologien haben den Charakter öffentlicher Güter, d. h. „als öffentliche Güter sind sie dadurch gekennzeichnet, daß erstens bei der zusätzlichen Nutzung des Gutes durch ein weiteres Individuum keine zusätzlichen Kosten entstehen und zweitens der Ausschluß weiterer Individuen von der Nutzung dieses Gutes im allgemeinen schwierig oder unmöglich ist."[12]

Im übrigen zögern europäische Unternehmer, in muslimischen Ländern zu investieren, da sie noch immer von einem „homo islamicus" ausgehen. Den Volkswirtschaftlern An-

germann, Welpe und Warasteh-Moradi[13] zufolge verhalte sich der „homo islamicus“ in den Augen westlicher Industrieller altruistisch und in Übereinstimmung mit religiösen Geboten bzw. Verboten, wodurch der Produktionsablauf gestört werde. Immaterielle Hindernisse, wie Mißtrauen und gegenseitiges Unverständnis, spielen also eine ebenso wichtige Rolle wie materielle Hindernisse bei der Frage nach Technologietransfer.[14] Die in der Wirtschaft vorrangigen Stereotypen lauten: Arabische Mitarbeiter können nicht über individuelle Anreize motiviert werden; die Familie und das Ehrgefühl sind wichtiger als der Erfolg; die arabische Gesellschaft orientiert sich nicht an westlichen Zeitvorstellungen. Ähnlich argumentiert Tibi, für den die Ursache des unzureichenden Technologietransfers darin liegt, daß es in der arabischen Welt kein „auf dem Subjektivitätsprinzip basierendes Können-Bewußtsein“ gebe.[15] Moderne Wissenschaft und Technologie sind für ihn säkulare Eigenschaften, die kulturell in der Tradition der europäischen Aufklärung verwurzelt sind, und moderne Technologien eine Dimension der Vergesellschaftung des aufgeklärten Weltbildes. Die Muslime wollten sich jetzt nur die Instrumente der Moderne bei gleichzeitiger Ablehnung ihrer Logik (d. h. Falsifikation, Kritik, Ich-Zentrierung) aneignen, was Tibi zufolge scheitern muß. Wenn er für Forschung und Entwicklung derzeit keine innovativen Ergebnisse aus der arabischen Welt erwartet, die international wettbewerbsfähig sind, so hat Tibi recht. Ursache dafür ist allerdings nicht die von ihm angeführte Vernunftfeindlichkeit der Muslime, sondern eine Machtkonstellation, die kreatives Denken und Eigeninitiative verhindert. Es gibt sehr wohl hybride Formen der instrumentellen und kulturellen Aneignung moderner Technologien. Aber ohne Investitionen in das Humankapital und herausfordernde berufliche Chancen für die Mittelklasse wird sich die arabische Welt weiter marginalisieren und aus dem Globalisierungsprozeß als Verlierer hervorgehen.

n *Sonja Hegasy ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum Moderner Orient, Berlin*



Zakoura-Schule Marokko *Foto: Martina Sabra*

1 Unter Technologie wird im allgemeinen die Anwendungsseite von Wissenschaft verstanden. Nach Zahlan beliefen sich die Pro-Kopf Ausgaben für Forschung und Entwicklung 1981 in der arabischen Welt auf 2 US$. Bei einer Anpassung an die Inflation war das der gleiche Stand wie 1965. Israel gab 1981 rund 200 US$ pro Kopf für E&F aus. (Zahlan, Antoine B., 1981a: *The Arab Brain Drain*. In: The Jerusalem Quarterly, No 21, Fall 1981, S. 116).

2 Zahlan, Antoine B., 1981 a, a.a.O. Siehe auch Zahlan, Antoine B., 1981b: al-Buᶜd at-tiknulugi li'l-wahda al-arabiya. In: al-Mustaqbal al-arabi Nr. 25, März, Beirut, S. 30–44.

3 Herald Tribune, 8. Juli 1998.

4 Zahlan, Antoine B., 1997: Globalisation and Science and Technology Policy. Economic Research Forum, Working Paper 9802. Kairo, S. 12. „1997 schloß die arabische erwerbstätige Bevölkerung von insgesamt 84 Mio. schätzungsweise 10 Mio. Hochschulabgänger ein... Während der letzten 10 Jahre sind ungefähr 40 private Universitäten entstanden. In arabischen Universitäten waren 1995/96 3,2 Mio. Studenten eingeschrieben, davon hatten 2,5 Mio. den BSc Grad erreicht. Die Ausgaben für Hochschulbildung in arabischen Staaten stiegen von $ 4 Mrd. im Jahre 1991 auf $ 6,9 Mrd. im Jahr 1996.“ (Zahlan 1997, a.a.O., S. 12).

5 Heubel, Andrea, 1994: Technologietransfer durch internationale Unternehmenskooperationen. Eine vertragstheoretische Analyse. München, S. 31.

6 Zum Vergleich: In der BRD werden die Forschungsausgaben zu 61% durch die Wirtschaft finanziert, 37 % durch den Staat und 2 % aus sonstigen Quellen.

7 Vgl. Elmusa, Scharif S., 1997: Faust without the devil? The interplay of technology and culture in Saudi Arabia. In: Middle East Journal, Vol. 51, Nr. 3, Summer 1997, S. 345–357.

8 Nasr, 1996, S. 556 f.

9 Vgl. S. Husaini/Waqar Ahmed, 1986: Science, technology and environment in Islamic culture. Basic Principles and Implications. In: Klaus Gottstein (ed.): Islamic Cultural Identity and Scientific-Technological Development. Baden-Baden, 69–80. Nasr, Seyyed Hossein, 1996: Islam and the West: Yesterday and today. In: The American Journal of Islamic Social Sciences 13 (1996) 4, 551-562. Sardar, Ziauddin, 1982: *Why Islam needs Islamic science*. In: New Scientist Vol. 94, No. 1299. London, 25–28. Hoodbhoy, Pervez, 1991: Islam and science. Religious orthodoxy and the battle for rationality. London, New Jersey.

10 Vgl. Starrett, Gregory, 1998: Putting Islam to work. Education, politics, and religious transformation in Egypt. Berkeley.

11 Heubel, a.a.O.: S. 14.

12 Heubel, a.a.O.: S. 22

13 Unveröffentlichtes Typoskript. Eingereicht an der Universität München 1997.

14 Vgl. Kedia, B.; Bhagat, R., 1988: Culture constraints on transfer of technology across nations: Implications for research in international and comparative management. In: Academy of Management Review, Vol. 13, Nr. 4, 559–571. Kumar, Brij Nino, 1991: Kulturabhängigkeit von Anreizsystemen. In: Günther Schanz (ed.): Handbuch Anreizsysteme. Stuttgart, S. 127–148.

15 Tibi, Bassam, 1992: Islamischer Fundamentalismus, moderne Wissenschaft und Technologie. Frankfurt am Main.

Die Säkularisierung des Bildungswesens in Ägypten: Neuorientierung des Staates

Amr Hamzawy

Die seit dem Beginn der 90er Jahre eskalierende Auseinandersetzung zwischen dem ägyptischen Staat und den radikalen islamistischen Kräften sowie der neu entbrannte „Kampf" zwischen säkularen und religiös orientierten Intellektuellen um die moralischen und kulturellen Grundlagen der Gesellschaft trugen dazu bei, daß eine umfassende öffentliche Kontroverse über die gesellschaftliche und politische Stellung des Islam, Perspektiven der Säkularisierung und den Stellenwert von Modernität und Authentizität geführt wurde.[1] So wie der Begriff der Zivilgesellschaft (*al-mujtama' al-madani*) von einigen liberalen und linken Intellektuellen benutzt wurde, um die Diskussion über die Trennung von Religion und Politik neu aufzulegen[2], wird gegenwärtig der Ausdruck der Globalisierung (*al-'aulama*), obgleich unterschiedlich akzentuiert[3], zu einer magischen Formel stilisiert, welche den irreversiblen säkularen Charakter der universalen Moderne hervorheben soll. Hatte der Zivilgesellschaftsbegriff dazu gedient, neue ideologische Trennlinien zwischen modernen, demokratischen Verbänden und traditionellen, religiös motivierten Kräften in der Politiksphäre zu ziehen, so ermöglicht der Globalisierungsbegriff den Einbezug der kulturellen Sphäre, in der universal argumentierende Modernisten dem rückwärtsgewandten Diskurs der auf kulturelle Authentizität pochenden Islamisten gegenüberstehen.[4]

Säkularisten im Aufwind

Der ägyptische Staat, der in den 70er und 80er Jahren durch seine politische Instrumentalisierung der Religion und seine ambivalente Haltung gegenüber dem Phänomen des politischen Islam den gesellschaftlichen Boden für diese Kontroversen ebnete, entschied sich in den 90er Jahren angesichts des drohenden Verlustes seiner Legitimität für eine konsequentere Bekämpfung des Islamismus. Die staatlichen Maßnahmen beschränkten sich nun nicht nur auf die klassische Politik der Repression, sondern lehnten sich an einige der säkularen Forderungen an. Es schien, als ob das politische Regime unter Präsident Mubarak die Gefahr eines sich im Zuge der Strukturanpassungsprogramme abzeichnenden staatlichen Rückzuges aus der kulturellen Sphäre erkannte. In den Vordergrund rückten nun der Kampf um die ideologische Hegemonie und die Eindämmung islamistischer Tendenzen in der Öffentlichkeit. Während der letzten fünf Jahre spiegelte sich die Neuformierung des öffentlichen Raumes in verschiedenen kulturellen Projekten sowie in drei groß angelegten Reformvorhaben innerhalb des Schulsystems wider.[5] Im Kultursektor erhielten die nach Jahren der Marginalisierung geschwächten säkularen Intellektuellen massive, vor allem finanzielle Unterstützung seitens des ägyptischen Staates. Beispielsweise gab die „Allgemeine Ägyptische Buchkommission" unter der Leitung des Kulturministeriums zwischen 1993 und 1995 einige Werke der sogenannten „ersten Generation ägyptischer Aufklärer" neu heraus. In der Reihe „Die Auseinandersetzung – Die Aufklärung", die zu symbolisch günstigen Preisen auf den Markt gebracht wurde, erschienen die gesammelten Werke von Rifaat at-Tahtawi, Ali Mubarak, Salama Mousa, Ahmad Lutfi as-Sayyid und Taha Husain. Zur gleichen Zeit wurden die offiziellen Jugendzentren und Kulturpaläste der Nasser-Ära umgestaltet: Die verbesserte Finanzierung, die modernisierte technologische Ausstattung sowie die Einstellung neuer Leiter ließen diese Einrichtungen zu neuen Wirkungsstätten des säkularen Denkens werden. Die bislang lediglich im urbanen Raum aufgeführten Theaterstücke moderner Autoren und ausgestellten Werke zeitgenössischer Künstler wurden dem ländlichen Publikum direkt zugänglich gemacht. Die neue kulturelle Orientierung des Staates schlug sich ebenso in dem Verlagswesen und dem Radio- und Fernsehbereich nieder: Während mehrere islamistische Verlagshäuser mit dem Entzug der offiziellen Drucklizenzen konfrontiert waren, wurde das Zensurverfahren gegenüber den säkular orientierten Verlagen abgeschwächt. Die Sendezeit des religiösen Radiosenders (*iza'at al-qur'an al-karim*) wurde um 30% gedrosselt. Aus dem Programm des ersten staatlichen Fernsehkanals wurden zwei religiöse Sendungen gestrichen und machten Platz für Unterhaltungssequenzen im westlichen Stil.[6] Das Ministerium für religiöses Stiftungswesen und religiöse Angelegenheiten verschärfte ebenfalls seine Kontrollmaßnahmen im Bereich der Moscheebauten und des religiösen Personals. Die in den 80er Jahren errichteten Gebetsnischen (*zawaya*) wurden teilweise geschlossen, beziehungsweise von staatlich angestellten Predigern geleitet.[7]

Modernisierung der Schulen

Im Bildungswesen markierte die Ernennung des sozialistisch orientierten Arztes Husain Kamil Baha ad-Din[8] zum neuen Minister für Erziehung und Bildung Anfang 1993 den Beginn eines umfassenden Modernisierungsprozesses der Infrastrukturen und der Lehrpläne im all-

gemeinen Schulsystem.[9] Der Minister begründete seinen noch im gleichen Jahr formulierten „nationalen Schulplan“[10] mit der Notwendigkeit, die dringlichen Probleme der Schulen (Überfüllung, veraltete technische Ausstattung, schlecht ausgebildete Lehrer etc.) lösen zu wollen. Darüber hinaus wies er auf die im Zeichen der Globalisierung unvermeidliche Anpassung an die veränderten universalen Maßstäbe hin. Neben der Errichtung von 1000 modernen Schulen und der Verbesserung der technischen Ausstattung der alten Schulen, insbesondere in den ländlichen Regionen[11], resultierte diese neue Politik in der Realisierung zweier auf die Säkularisierung des Schulsystems abzielender Reformvorhaben: Erstens, die in den 80er Jahren gegründeten religiös orientierten privaten Schulen[12] wurden zum großen Teil geschlossen. Die Lehrpläne der noch genehmigten „islamischen“ Schulen wurden überprüft und nach den offiziellen Richtlinien geändert. Diese Schulen hatten vormals eine der Erscheinungsformen der Islamisierung der ägyptischen Öffentlichkeit dargestellt: Sie fungierten mit ihren am Islam orientierten Lehrplänen als ein authentischer Gegenpol zu den „weltlichen“ offiziellen sowie ausländischen Schulen und lockten in erster Linie Kinder der urbanen Mittelschichten und der in den Golfländern arbeitenden Technokraten an.[13] Der staatliche Versuch, die offensichtliche gesellschaftliche Polarisierung mit diesen Maßnahmen zu überwinden, folgte der zwischen 1987 und 1990 einsetzenden Zerschlagung der im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung formierten ökonomischen Basis der religiösen Kräfte (die sogenannten islamischen Banken und Investmentgesellschaften) und bezweckte eine Verminderung des islamistischen Einflusses in der Öffentlichkeit.

Säkularisierung der Lehrpläne

Als zweite Maßnahme wurden im Herbst 1995 die Lehrpläne im allgemeinen Grundschulbereich reformiert. Die Reduzierung des religiösen Gehalts und die Formulierung einer zeitgemäßen, weltoffenen Perspektive waren die Hauptinhalte der Reform. Der alte Lehrplan der geistes- und naturwissenschaftlich ausgelegten Fächer war einst durch den systematischen Verweis auf Gott, den Propheten und den Islam charakterisiert, wobei die Werte der Familie und die zu akzeptierenden gesellschaftlichen Autoritätsinstanzen einen zentralen Stellenwert eingenommen hatten. Im neuen Lehrplan verschwanden die Hinweise auf Gott partiell. An die Stelle des transzendenten Erlösers und des religiösen Fatalismus trat der universal gültige Wert der mit Fleiß zu erfüllenden individuellen Arbeit. Statt Gehorsamkeit und Unterordnung in ein traditionell geprägtes familiäres und gesellschaftliches Autoritätsgefüge gewannen die modernen Prinzipien der Eigenverantwortung und der persönlichen Reflektivität an Relevanz. Für den Geschichts- und Arabischunterricht war ein stärkerer Bezug auf die frü-

he ägyptische Hochkultur vorgesehen, die im Rahmen der menschlichen Zivilisation neue Geltung erlangen sollte. Auf diese Weise wurde die ägyptische Kultur in den universalen Kanon des Fortschritts und der Entwicklung eingebunden und die Identitätskonstruktion der ägyptischen Nation nicht mehr durch eine ausgrenzende Logik definiert. Die religiös verankerten Konzepte der arabisch-islamischen Kultur wurden zugunsten eines geschönten, an die westlichen Normen angelehnten Geschichtsbildes der Pharaonenzeit zurückgedrängt. Anhand der historischen Stätten sollte die Wichtigkeit des globalen Tourismus herausgestellt werden, den die Schüler durch eine ihrem eigenen Erbe gerecht werdende Umgangsform mit den Touristen fördern sollten. Darüber hinaus spiegelte sich das globale Bewußtsein hinsichtlich des lokalen Verhältnisses zu anderen Ländern und Regionen der Welt in neuen Akzenten wider: Die in den alten Grundschulbüchern vorhandene negative Darstellung des „ausländischen Feindes" (USA, Israel und der international agierende Zionismus) schrumpfte auf die Kategorie des unbenannten Feindes zusammen, dem die ägyptische Zivilisation mit Dialogbereitschaft gegenüberstehen sollte.[14]

Reform der al-Azhar

Das dritte Reformvorhaben betraf das von der al-Azhar-Institution geleitete religiöse Schulsystem. Unter dem Druck des Staates wurden ab 1996 sowohl die Strukturen als auch die Lehrpläne der sogenannten al-Azhar-Institute (*al-mahid al-azhariya*)[15] in unterschiedlichen Formen modernisiert. Die den Instituten eingegliederten Vorschulen (*al-katatib ar-rasmiya*), die den jungen Schülern in erster Linie Inhalte des heiligen Koran vermittelten, wurden mit Verweis auf deren veraltete pädagogische Methoden aufgelöst. Im Juni 1998 billigte das Parlament eine Gesetzesinitiative des Scheich der al-Azhar, Muhammad Sayyid Tantawi[16], der eine Reduzierung der Schulzeit im religiösen Oberschulbereich von vier auf drei Jahre einforderte. Der starken Konkurrenz der „weltlichen" Schulen, die mit ihrer dreijährigen Oberschulzeit für viele Schüler attraktiver waren, sollte damit die Grundlage entzogen werden.[17] Dieser Schritt löste eine erneute öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem moderaten Scheich und der als radikal geltenden „Front der al-Azhar-Gelehrten" aus. Während Tantawi das Gesetz als eine erforderliche Anpassung der religiösen Schulen an die

„veränderte Realität" in Ägypten und der islamischen Welt rühmte, diskreditierten Vertreter der „Front" das Gesetz als eine neue Etappe in der Säkularisierung der ältesten islamischen Lehrinstitution und appellierten an den Präsidenten als letzte Instanz, das Gesetz abzulehnen.[18] Jedoch ignorierte Mubarak den Widerstand der radikalen Gelehrten und gab unter Betonung der nationalen Relevanz der Modernisierung der al-Azhar den Weg für die Umsetzung des Gesetzes frei.[19]

Die Reform der Lehrpläne konzentrierte sich schließlich auf die Verkürzung der Lehrzeit religiöser Themen und deren Ersetzung durch die sogenannten modernen kulturellen und wissenschaftlichen Themen. Dies hatte eine erstmalige Einbeziehung zeitgenössischer literarischer Produktion, moderner Naturwissenschaften sowie Fremdsprachen in den Lehrplan nach sich gezogen. In den Grundschulen wurden die Koranstunden auf 50 % reduziert. Im mittleren Schulbereich verringerte sich die Lehre der „Gesetzeswissenschaft islamischer Handlungsanleitungen" (*fiqh al-muamalat*) um 90 %. Ebenso wurden die Lehrstunden der Scharia im Oberschulbereich von 140 auf 68 pro Semester reduziert.[20]

Anhand der dargelegten Entwicklungen läßt sich abschließend feststellen, daß der ägyptische Staat im Bereich des Bildungswesens, im besonderen des Schulwesens, den säkularen Pfad der Globalisierung eingeschlagen hat. Im Gegensatz zu anderen arabischen Ländern (z. B. Sudan, Libyen oder Saudi-Arabien), die angesichts einer drohenden globalen Homogenisierung ihre partikularen religiösen und kulturellen Ressourcen in Abgrenzung zur dominanten westlichen Kultur in den Vordergrund stellen, versucht die ägyptische Staatsführung im Kontext einer nationalen Auseinandersetzung um Modernität und Authentizität, sich den säkularen Einflüssen der Globalisierung nicht zu verschließen.

n *Amr Hamzawy ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients, FU Berlin.*

1 Vgl. Burhan Ghalyun: *Al-mihna al-arabiya: Ad-daula didal-umma*, Beirut: Markaz dirasat al-wahda al-arabiya, 1993, S. 27–40.

2 Der bekannte säkular orientierte Intellektuelle Milad Hana äußerte in einem privat geführten Gespräch im Jahr 1996 die Ansicht, daß der Begriff der Zivilgesellschaft vom säkularen Lager bewußt als Ersatz für den dem Atheismus bedeutungsgleich verurteilten Säkularismusbegriff benutzt wird.

3 Vgl. Usama Amin al-Khouli (Hrsg.): *Al-arab wal-aulama*, Beirut: Markaz dirasat al-wahda al-arabiya, 1998.

4 Vgl. Muhammad Abed al-Jabiri: *Qadaya fil-fikr al-muasir*, Beirut: Markaz dirasat al-wahda al-arabiya, 1997, S. 133–154.

5 Darüber hinaus wurden Reformen im universitären Bereich angekündigt. Da die Informationslage bezüglich dieser Reformen eingeschränkt ist, wird der Verfasser sich im vorliegenden Artikel ausschließlich mit den Reformvorhaben im Schulsystem befassen.

6 Dabei handelt es sich um die Sendungen „*fatawa wa ahkam*" und „*fi rihab al-Islam*".

7 Vgl. Wahid Abd al-Magid (Hrsg.): *At-taqrir al-istratiji al-arabi 1997*, Kairo: Markaz ad-dirasat as-siyasiya wal-istratijiya bil-ahram, 1998, S. 300–311.

8 Baha ad-Din war in den sechziger Jahren eine führende Figur der „sozialistischen Jugendorganisation Ägyptens" und blieb bis zu ihrer Auflösung 1976 Mitglied der „arabischen sozialistischen Union".

9 Im Gegensatz zu dem parallel existierenden offiziellen religiösen Schulsystem betont die Bezeichnung „allgemein" den weltlichen Charakter dieses Schulbereichs. Er ist in drei Abschnitte unterteilt: die Grundschule (6 Jahre), die Mittelschule (3 Jahre) und die Oberschule (3 Jahre).

10 Der „nationale Schulplan" stellte einen Eckpfeiler des im Folge der Zerstörung zahlreicher Schulen während des Erdbebens 1993 vom Staat geförderten „nationalen Schulprojekts" dar, welches unter der Schirmherrschaft der Gemahlin des Präsidenten stand.

11 Der Verfasser registrierte im vergangenen Oktober mit Erstaunen, daß beispielsweise drei staatliche Schulen in einem „kleinen" abgelegenen oberägyptischen Dorf jeweils mit einem modernen Computer und einem Internet-Anschluß ausgestattet waren.

12 Das allgemeine Schulsystem in Ägypten gestattet die Gründung von privaten Schulen, deren Lehrpläne systematisch vom Ministerium für Erziehung und Bildung überprüft werden.

13 Vgl. Hala Mustafa: *Ad-daula wal-haraka al-islamiya al-muarada*. Kairo: Kitab al-mahrusa, 1996, S. 325–360.

14 Vgl. Malak S. Rouchdy: *Reforms in the Basic Educational Compulsory System. A Reading of Primary School Arabic Curricula in Egypt*, unveröffentlichter Beitrag im Rahmen der Konferenz „Civil Society and the State", Manchester, 1996.

15 Die Bezeichnung für die offiziellen religiösen Schulen.

16 Der ehemalige Mufti wurde Anfang 1997 zum neuen „*al-imam al-akbar*", so der offizielle Titel des Scheich der al-Azhar, ernannt.

17 In der parlamentarischen Anhörung zur Gesetzesintiative betonte Tantawi, daß verglichen mit 1995 die religiösen Oberschulen im Jahr 1996 15279 Schüler und Schülerinnen weniger in ihren Klassen zu verzeichnen hatten. Vgl. Al-Shaab, 26. 5. 1998, S.1 & Al-Ahali, 2. 6. 1998, S. 1.

18 Vgl. Al-Shaab, 29.5.1998, S.1 + 8 & ibid., 5. 6. 1998, S. 9.

19 Vgl. Al-Shaab, 12.6.1998, S. 4.

20 Vgl. Nabil Abd al-Fattah (Hrsg.): *Al-hala ad-diniya fi misr 1995*, Kairo: Markaz ad-dirasat as-siyasiya wal-istratijiya bil-ahram, 1996, S. 57–58 & ders.: *Al-hala ad-diniya fi misr – al-adad al-thani*, Kairo: Markaz ad-dirasat as-siyasiya wal-istratijiya bil-ahram, 1998, S. 31–32.

Das jordanische Hochschulwesen zwischen staatlichem Aufbau und Privatisierung

Jean-Christophe Augé

Jordanien kann für die in der arabischen Welt verfolgte Hochschulpolitik in mehrfacher Hinsicht als Beispiel dienen. Zunächst ist es bemerkenswert, daß das haschemitische Königreich seit seiner Unabhängigkeit ein umfassendes Bildungssystem entwikkeln konnte: zuerst auf den Stufen der Grund- und Sekundarschule und dann insbesondere seit den 60er Jahren auch im Hochschulbereich. Im Vergleich mit den regionalen und internationalen Standards handelt es sich dabei in quantitativer Hinsicht unbestreitbar um einen Erfolg. Diese Politik war in hohem Maße von den Bestrebungen eines ressourcenarmen Landes bestimmt, seine sozioökonomische Entwicklung voranzubringen. Doch seit Beginn dieses Jahrzehnts sind im Königreich Jordanien – in einer Zeit der Strukturanpassung – auch Privatuniversitäten eröffnet worden, die einen wachsenden Teil der Studenten des Landes ausbilden. Im folgenden soll die Geschichte des jordanischen Hochschulwesens in ihren beiden Phasen – der staatszentrierten Entwicklung und der Privatisierung – kurz nachgezeichnet werden, wobei es vor allem darum geht, den offensichtlichen Bruch zwischen beiden Phasen zu nuancieren. Trotz des unternehmerischen (um nicht zu sagen kommerziellen) Charakters der neuen Hochschuleinrichtungen wird nämlich deutlich, daß der Rückzug des Staates (der die Privatisierung in Gang gesetzt hat) aus seiner Rolle des institutionellen Akteurs im Hochschulwesen durchaus Teil einer ganzen Strategie ist: Mehr denn je geht es wohl darum, das „zerbrechliche" Jordanien im Innern wie in der Region als „Produktionsstätte menschlichen Kapitals" zu legitimieren.

Die Entwicklung eines nationalen Hochschulsystems

Chronologisch gesehen wurde mit der Schaffung von Hochschuleinrichtungen in Jordanien die Entwicklung eines umfassenden, allgemeinen Bildungssystems gekrönt. Diese Entwicklung hatte spät begonnen, sich dann aber rasch fortgesetzt: Erst zu Beginn des Jahrhunderts wurde die erste transjordanische Sekundarschule in Salt eröffnet. Bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg blieb diese Einrichtung die einzige östlich des Jordan, die eine umfassende Ausbildung anbot. In der 1952 angenommenen Verfassung wurde der Ausbau des Bildungswesens indessen als eines der Ziele des neuen Staates formuliert, und zum seinerzeit geschaffenen Bildungsministerium kam zwei Jahre später ein Königliches Komitee hinzu, das die Bemühungen des Ministeriums und weiterer Einrichtungen im Bereich der Bildung kontrollieren sollte. 1964 wurde der obligatorische Schulbesuch, der 1955 zunächst auf sechs Jahre festgelegt worden war, um drei Jahre verlängert. 1988 wurde schließlich die Schulpflicht auf zehn Jahre erweitert. Heute erhalten laut offizieller Statistik 99% der Kinder eine Grundschulausbildung, und mehr als zwei Drittel der 11–18jährigen besuchen eine Sekundarschule.

Das Hochschulwesen umfaßt im haschemitischen Königreich nicht nur die Universitäten im engeren Sinne. Schon bevor die Jordanische Universität 1962 im Nordwesten der Hauptstadt eröffnet wurde, waren seit 1950 18 *Colleges* eingerichtet worden, die kürzere Studiengänge zunächst im Bereich der Lehrerausbildung anboten. Die Bezeichnung der *Colleges* geht auf das amerikanische Beispiel zurück, an das sich auch die Organisation der Studiengänge anlehnt. Sie wurden in den 70er und 80er Jahren vornehmlich zur Ausbildung von Technikern, Lehrern, Buchhaltern und weiteren Berufsgruppen entwickelt, die für die Entwicklung des Landes und aufgrund der Abwanderung zahlreicher Jordanier insbesondere in die Golfstaaten benötigt wurden. Zu Beginn dieses Jahrzehnts gab es etwa 50 solcher *Colleges.* Erst 1976 wurde im Norden des Landes, in Irbid, die zweite Universität eröffnet, die Yarmuk-Universität. Deren naturwissenschaftliche und technische Bereiche wurden zehn Jahre später zu einer eigenständigen Einrichtung mit der Bezeichnung *Jordan University for Science and Technology (JUST)* zusammengefaßt. In der Zwischenzeit wurde 1981 im südlichen Wüstengebiet in der Nähe von Kerak eine weitere universitäre Einrichtung geschaffen: Die Mu'ta-Universität war zunächst ausschließlich für die Ausbildung von Armee- und Polizeioffizieren vorgesehen, erhielt dann jedoch auch einen zivilen Zweig. 1989 ermöglichte ein neues Gesetz auch die Einrichtung von Privatuniversitäten.

Das Königreich Jordanien hat damit in den letzten Jahrzehnten ein starkes Anwachsen seiner studentischen Bevölkerung erlebt: Waren 1952–53 offiziell 46 Studenten eingeschrieben, so gab es 1958 an den verschiedenen Einrichtungen bereits 2700 Studenten. 1997 schließlich überstieg ihre Zahl 107 000 (83500 an den Universitäten und 23 900 an den *Colleges).* Während 1975 wahrscheinlich

nicht einmal 10 % der 18–23jährigen Jordanier eine Hochschulausbildung erhielten, sind es heute offenbar mehr als 25 %.

Das Wachstum des jordanischen Hochschulwesens ist um so spektakulärer, als es sich tatsächlich immer stärker auf die eigenen nationalen Ressourcen gestützt hat. Die Schaffung von Hochschuleinrichtungen im Königreich hatte zur Folge, daß – zunächst prozentual, dann auch in absoluten Zahlen – immer weniger Jordanier zum Studium ins Ausland gingen. Sicher ist gegenüber solchen statistischen Angaben Vorsicht angebracht, doch wird geschätzt, daß sich 1967 38 000 jordanische Staatsangehörige (das waren seinerzeit mehr als 85 % der Studenten) im Ausland befanden, diese Zahl sich 1978 auf 42 000 erhöhte und schließlich im Jahre 1984 mit 66 400 ihren Höhepunkt erreichte. Zu jener Zeit befanden sich schon weniger als die Hälfte der jordanischen Studenten an ausländischen Hochschuleinrichtungen. Seitdem ist die Anzahl jener, die zum Studium ins Ausland gehen, kontinuierlich zurückgegangen, so daß offiziellen Angaben zufolge für das Studienjahr 1995–96 von weniger als 29 600 ausgegangen wird.

Die wenigen vorliegenden Untersuchungen verdeutlichen, daß die Priorität, die dem sukzessiven Ausbau des dreistufigen Bildungssystems eingeräumt wurde, in erster Linie auf das Ziel der sozioökonomischen Entwicklung des Königreichs abgestimmt war. Dieser entwicklungspolitische Imperativ war um so dringlicher, als Jordanien als fast ressourcenloses und rentenabhängiges Land und angesichts des Zustroms der palästinensischen Flüchtlinge in den Jahren 1948 und 1967 schon früh auf sein Arbeitskräftepotential gesetzt hatte. Dies erfolgte sicher im Hinblick auf die innere Entwicklung, doch auch und vielleicht vor allem in einer regionalen Perspektive: Bereits die Hochschuleinrichtungen des ehemaligen Emirats Transjordanien beschränkten sich nicht auf die Ausbildung von Angestellten, Lehrern, Ingenieuren usw. für den eigenen Bedarf. Diese – und vor allem die *Colleges* – sollten auch jene Jordanier ausbilden, die außerhalb des Landes Arbeit suchten. Letztere stellten bis zum Rückgang der Erdölpreise in den 80er Jahren mit ihren Überweisungen und ihren Einlagen in jordanischen Banken die Hauptquelle des Nationaleinkommens dar.

Die politische Entscheidung, ein nationales Hochschulsystem zu schaffen, erfolgte durchaus auch im Hinblick auf Erwägungen ideologischer Art, die im Zusammenhang mit dem „arabischen kalten Krieg" und den mehr oder minder prowestlichen Positionen Ammans standen. In den USA oder in Großbritannien zu studieren, war ohnehin das Traumziel der stark anglisierten Eliten. Doch die Vertreter des Staates haben niemals ihre Besorgnis darüber verheimlicht, daß allzu viele Söhne des Königreiches die Universitäten in den Republiken Nassers oder der Baath-Partei besuchen könnten. Heute allerdings ist Syrien trotz der ständigen Spannungen zwischen beiden Staaten das Land, in welches die meisten der jordanischen Auslandstudenten gehen. Und auch der Irak nimmt in dieser Hinsicht einen wichtigen Platz ein, ungeachtet der Härten des Embargos und der deutlichen Verschlechterung der Beziehungen mit Bagdad. Bis Ende der 80er Jahre gab es im Land auch vielfach die Versuchung, sich an den Universitäten der Länder des sozialistischen Blocks „vergiften" zu lassen, zumal Amman trotz seines prinzipiellen Antikommunismus zu diesen Ländern Beziehungen entwickelt hatte. So sollte insbesondere die Yarmuk-Universität, die mit amerikanischer Hilfe in einer traditionell auf Syrien orientierten Stadt geschaffen wurde, die vermeintlich aus den „importierten Ideen" erwachsenden politischen Risiken vermindern.

Die Zielgruppen des Privatsektors

Während des nun zu Ende gehenden Jahrzehnts sind zum einen zwei staatliche Universitäten (die Haschimiyya in Zarqa' und in diesem Jahr die Universität für Angewandte Wissenschaften in Balqa) sowie die islamische Al al-Bait-Universität eröffnet worden, zum anderen jedoch auch zehn Privatuniversitäten, die einen wachsenden Teil der jordanischen Studenten ausbilden (sieben weiteren Einrichtungen hat der Staat genehmigt).

Die Privatisierung des jordanischen Hochschulwesens wird dabei in mindestens zweierlei Hinsicht vorangetrieben. So gibt es die Auffassung, daß die Privatisierung zunächst die staatlichen Universitäten selbst erfaßt hat. Unter dem Sparzwang im Zuge der Strukturanpassung sind diese vom Staat angehalten worden, ihre Einnahmequellen entsprechend den Empfehlungen der Weltbank zu diversifizieren. So rangiert Jordanien derzeit weltweit auf dem zweiten Platz – hinter Südkorea, aber beispielsweise vor den USA – hinsichtlich der Eigenfinanzierung der Universitäten. Diese erfolgt vor allem über die Einschreibegebühren, die in den vergangenen Jahren spürbar angehoben wurden, was allerdings von einemStipendien- und Darlehenprogramm begleitet war. Die im privaten Sektor verlangten Gebühren sind derzeit – bei vergleichbarer Ausbildung – dreimal so hoch, wobei Beobachter es nicht ausschließen, daß in den kommenden Jahren nicht zuletzt wegen der Konkurrenzsituation ein gewisser Schereneffekt eintreten könnte. Gleichzeitig wird darauf verwiesen, daß zunehmend Parallelstudiengänge für Berufstätige angeboten werden, die immer weniger ihrer ursprünglichen Form von Abendkursen entsprechen und es den staatlichen Einrichtungen ermöglichen, ihre Diplome zu höheren Gebühren als in den normalen Studiengängen anzubieten.

Neben dieser „Vermarktung" der staatlichen Einrichtungen vollzieht sich die Privatisierung der jordanischen Universitätsausbildung auch im unternehmerischen Sinne. Daher haben Investoren in diesem Bereich durchaus recht, wenn sie in den jordanischen Privatuniversitäten einen neuen Typ verkörpert sehen. Im Gegensatz zu ihren berühmten Vorgängern im Libanon oder an der amerikanischen Ostküste werden diese Einrichtungen nämlich nicht von gemeinnützigen Stiftungen verwaltet. Nach dem im Jahre 1989 erlassenen Gesetz sind sie vielmehr Unternehmen, die als solche im Handelsregister eingetragen sind. Obwohl die Mehrzahl von ihnen für eine GmbH-ähnliche Form *(sharikat musahama mahdudat al-mas'uliyya)* optiert haben, bestehen derzeit zwei dieser Universitäten als Aktiengesellschaften *(sharikat musahama 'amma)*, die an der Börse notiert werden, und zwar die

Privatuniversität in Zarqa' und die Universität für Angewandte Wissenschaften. Letztere hat sich 1991 im westlichen Umland von Amman angesiedelt und ist nach der Gesamtzahl ihrer Absolventen und der Zahl der Zulassungen schnell zur größten Universität des Landes geworden. Zudem hat sie sich als durchaus rentabel erwiesen. Die Finanzgesellschaft, die die Universität kontrolliert, hat ihre Aktivitäten inzwischen auf andere Bereiche ausgedehnt, und der Börsenwert ihrer Aktie hat sich zwischen 1991 und 1995 verdreifacht. Im zuletzt genannten Jahr erzielte die Gesellschaft einen Gewinn vor Steuern von 4,6 Millionen Dinar. Insgesamt haben sich die neuen jordanischen Universitäten auch nach Aussage ihrer Betreiber als recht lukrativer Sektor erwiesen: Die Investitionen amortisieren sich schnell (im Durchschnitt nach fünf Jahren), und bereits 1995 wurden ihre Einnahmen auf 200 Millionen jordanische Dinar geschätzt.

Die nach unternehmerischen Kriterien geführten neuen Universitäten geben überdies eher berufsbezogenen Ausbildungsprofilen wie Betriebswirtschaft, Finanzwesen, Informatik usw. den Vorrang. Diese relative Spezifik ihres Angebotes wird von den privaten Einrichtungen, die bisher keine Studienabschlüsse jenseits von Bachelor of Arts/ Bachelor of Science (oder auch die Promotion in Medizin) vergeben dürfen, kaum geltend gemacht. Ihre Werbebroschüren legen vielmehr Wert darauf, sie als Universitäten im akademischsten Sinne des Wortes darzustellen. Dies ist insofern paradox, als in Jordanien gerade Akademiker besonders hart von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Allerdings leiden unter dem Problem der Unterbeschäftigung auch Absolventen der grundsätzlich berufsorientierten Ausbildung an jenen *Colleges,* die den ethnisch-religiösen Minderheiten gehören und die daher etwas außer Mode gekommen sind. Entstanden ist diese Situation vor allem aufgrund der seit Ende der 80er Jahre verschlechterten sozioökonomischen Lage, doch auch weil keine hinreichenden Untersuchungen zum Ausbildungsbedarf des Landes vorlagen und, nicht zuletzt, weil sich unter den zahlreichen Rückkehrern aus der Golfregion auch viele Hochschulabsolventen befanden.

Die Privatuniversitäten wenden sich hauptsächlich an jene, die keinen Platz im staatlichen Hochschulsektor finden. Bei vergleichbarem Ausbildungsprofil und ähnlicher Lage werden die staatlichen Einrichtungen offensichtlich noch immer bevorzugt. Der gewaltige soziale Druck und die Hoffnung auf ein Studium veranlaßen jedes Jahr die jungen Jordanier und Jordanierinnen, in der *taujihi*-Prüfung die Hochschulreife zu erwerben. Doch unter Berufung auf die bereits erwähnten Sparzwänge erhöht der Staat nicht im gleichen Maße die Zahl der Zulassungen an seinen Universitäten.

Hinter dem scheinbar freien Spiel von Angebot und Nachfrage stehen in Wirklichkeit politische Erwägungen, die in der Art und Weise offenbar werden, wie die Studenten entweder an eine staatliche oder an eine private Universität gehen. Grundsätzlich gilt für den Zugang zu den einzelnen Fächern durchaus das Leistungsprinzip, doch die Abhängigkeit von den Noten in der Reifeprüfung wird auf zwei Wegen umgangen: Zum einen gibt es die berühmten Vorzugskontingente, die es entsprechend dem Prinzip der königlichen Fürsorge *(makruma)* ermöglichen, eine bestimmte Zahl von Studienplätzen und Stipendien Kindern von Militärs, Beamten des Erziehungsministeriums sowie Abiturienten beduinischer Herkunft und aus den unterentwickelten Regionen des Landes vorzubehalten. Obwohl diese Kontingente 1996 neu geordnet wurden, geben sie regelmäßig Anlaß zu Diskussionen, da sie ein Herkunftskriterium beinhalten. So haben sich vor einigen Jahren Studenten sogar in der Presse darüber beschwert, daß sie sich trotz guter Noten in der Reifeprüfung nicht an der Universität ihrer Wahl einschreiben durften, weil ihr Vater wohl nicht den richtigen Geburtsort gehabt hat.

Alles in allem haben die Kontingente zumindest bisher nur geringe Auswirkungen in geographischer Hinsicht. Zwar stellen die südlichen Distrikte im dafür vorgesehenen zivilen Zweig der Mu'ta-Universität fast die Hälfte der Studenten, doch sind sie im staatlichen Universitätsbereich insgesamt keinesfalls überrepräsentiert. Offiziell wird die „positive Diskriminierung" durch das Prinzip der *makruma* mit Notwendigkeiten der Territorialplanung und -entwicklung begründet, und die mehrheitlich palästinensische Bevölkerung in den Städten des Nordens wird damit tatsächlich kaum benachteiligt.

Schwerwiegender ist nach Auffassung von Fachleute eine andere Form der Umgehung des „haschemitischen Leistungsprinzips", und zwar die *wasta*. Obwohl deren Auswirkungen natürlich nicht quantifizierbar sind, erreichen sie mittlerweile ganz offensichtlich ungekannte Ausmaße. Zusammen mit den Vorzugskontingenten hätte dies zur Folge, daß die staatlichen Universitäten in Wirklichkeit nur eine Minderheit ihrer Studenten entsprechend dem Konkurrenzprinzip zulassen. In einer in vieler Hinsicht konservativen Gesellschaft werden durch die *wasta* – letztlich ein sehr prosaisches Spiel mit Beziehungen – häufig die Mädchen benachteiligt, während die geographische Herkunft der Studenten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung des Königreichs davon nicht wesentlich beeinflußt wird.

Neben den bereits erwähnten Kontingenten gibt es weitere, nicht weniger offizielle, aber seltener erwähnte Quoten, die allerdings nichts mit einer Vorzugsbehandlung zu tun haben: Für die „Jordanier aus dem Ausland", d. h. die ihren Sekundarschulabschluß im Ausland erworben haben, gibt es an den staatlichen Universitäten eine festgelegte Obergrenze bei der Vergabe von Studienplätzen. Bereits während unserer Befragung im Jahre 1996 war deutlich geworden, daß an den neuen Universitäten besonders viele Studenten vertreten sind, die einen Teil ihres Lebens außerhalb des Königreichs, vor allem in der Golfregion, verbracht haben. Und wie nicht anders zu erwarten, verdankt der private Universitätssektor seine Schaffung und Finanzierung durch jordanisch-palästinensische Geschäftsleute dem Vermögen, das letztere auf der arabischen Halbinsel erworben haben.

Sowohl die Untersuchung aus dem Jahr 1996 als auch die seither geführten Interviews zeigen im übrigen auch, daß trotz der oft dramatischen Umstände, unter denen die Gastarbeiter zurückkehren mußten, die Studenten der Privatuniversitäten – wie vielleicht die meisten Jordani-

er – nach wie vor davon träumen, im Ausland zu arbeiten. Auch die Verantwortlichen dieser Universitäten zählen die Arbeit im Ausland zu den vorrangigen Einsatzmöglichkeiten ihrer Absolventen. So scheint es, daß das jordanische Hochschulsystem und insbesondere sein privater Teil die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte in die Golfregion erhalten wollen.

Weitere, zunehmend restriktive Quoten regeln außerdem den Zugang zu den staatlichen Universitäten für jene „Palästinenser", die offiziell tatsächlich als solche geführt werden, sowie die Zulassung von Ausländern (d. h. aus anderen arabischen Staaten). Daher besuchen diese beiden Gruppen, die früher sehr zahlreich an den staatlichen Universitäten vertreten waren, jetzt vornehmlich die neuen Privatuniversitäten.



Demonstration, University of Jordan (1994) *Foto: M. Sabra*

Die jordanischen Universitäten: Gegenstand und Mittel der Politik

Für den jordanischen Staat erweist sich die Privatisierung alles in allem als praktisches, relativ kostengünstiges Mittel, wie in den Jahren üppig fließender Gelder aus der Ölrente weiterhin Wirtschaftsfachleute und Techniker auszubilden, die auch im Ausland arbeiten sollen, zumal sie oft selbst Kinder von Gastarbeitern sind. Dieses Vorhaben stimmt im übrigen völlig mit den offiziellen Verlautbarungen überein, nach denen das Königreich qualifizierte Arbeitskräfte für die gesamte Region hervorbringen soll. Und so zeichnet sich auch über das politische Tagesgeschehen eine Art haschemitisch-akademische Diplomatie ab: In den bilateralen Verhandlungen mit Vertretern der Golfstaaten sowie mit anderen Ländern stehen Fragen der Bildung und beruflichen Qualifizierung immer weit oben in der Tagesordnung. Damit stellt sich die jordanische Hochschulpolitik als untrennbarer Bestandteil einer ganzen Regionalpolitik dar.

Zwar sind die kleinen Staaten der Arabischen Halbinsel in bestimmten Maße weiterhin für jordanisch-palästinensische Arbeitskräfte offen, doch bei deren Nachbarn machen die „Saudiisierung" und „Kuwaitisierung" der Arbeitskräfte Fortschritte. Auch die Rückkehr jordanischer Gastarbeiter in diese Staaten gestaltet sich schwierig: So stimmte Riad erst nach langwierigen Verhandlungen im Jahre 1997 der Wiedereinstellung von 2000 jordanischen Lehrern zu.

Hier spiegelt die Bildungspolitik also andere politische Unwägbarkeiten und Herausforderungen wider, denen sich das jordanische Königreich ausgesetzt sieht. Ein weiterer Aspekt ist in diesem Zusammenhang, daß die haschemitische Monarchie angesichts des stärker gewordenen Islamismus auch mit ihrer Hochschulpolitik ihre eigene religiöse Legitimität unterstrichen hat. Dafür steht vor allem die islamische Al al-Bait-Universität. Sie wurde 1994 in der Nähe von Mafraq eröffnet und erfreut sich der ganz besonderen Aufmerksamkeit von Kronprinz Hasan, der selbst in Oxford studierte und seit den 70er Jahren in den akademischen und wissenschaftlichen Institutionen des Königreichs allgegenwärtig ist. Nach dem Willen ihres Förderers soll die Al al-Bait-Universität einen modernen und aufgeklärten Islam propagieren.

Doch bleibt die Frage auch im Hinblick auf die Universitäten, inwieweit die islamische Dimension – zu der die Al al-Bait-Universität gehört – mit der gegenwärtigen Priorität des Regimes – der Partnerschaft mit den USA und Israel – in Einklang gebracht werden kann. Die Normalisierung der Beziehungen zum jüdischen Staat ist zunächst nicht unbedingt der ohnehin schwierigen Annäherung förderlich, die das Königreich im Verhältnis mit den Ölmonarchien anstrebt, um vor allem seinen Hochschulabsolventen Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen.

Deutlich ist jedenfalls, daß die weit vorangetriebene Privatisierung des jordanischen Hochschulwesens trotz des relativen Rückzugs des Staates aus seiner Rolle des institutionellen Akteurs in diesem Bereich Bestandteil einer politischen Strategie ist – einer Strategie, welche die unterschiedlichen und möglicherweise immer schwieriger miteinander zu vereinbarenden Richtungen der haschemitischen Diplomatie widerspiegelt.

■ *Jean-Christophe Augé arbeitet am CERMOC (Centre d'Etudes et de Recherches sur le Moyen-Orient Contemporain) Amman. Übersetzung aus dem Französischen: Lutz Rogler*

1 Deren Geschichte behandelt Abdarrahman Atiya: *Madrasat as-Salt*, Universität Mu'ta, 1997, 339 S. (1. Band)

2 Die Behörden selbst gehen davon aus, daß aufgrund fehlender Registrierung in den Konsulaten nicht alle jordanischen Studenten im Ausland erfaßt sind.

3 So z.B. im Verkauf von Elektronik und von Kindernahrung, aber auch mit der Eröffnung einer Klinik für Hals-Nasen-Ohren-Krankheiten.

4 Auch ihre Abteilungen für Fremdsprachen konzentrieren sich daher auf die Übersetzer- und Dolmetscherausbildung.

5 Doch haben kleinere Einrichtungen wie in Jarash auch Studenten, die aus der umliegenden Region stammen.

6 D. h. diejenigen Palästinenser, die nicht Inhaber eines jordanischen Passes mit fünfjähriger Gültigkeitsdauer sind und vor allem aus dem Gaza-Streifen stammen.

Das iranische Ausbildungssystem und die Herausforderung der Globalisierung

Saeed Paivandi

In der prämodernen Zeit besaß die Institution Schule einen universellen Charakter. Frühe Geistesströmungen wie der Konfuzianismus oder der Buddhismus überschritten sämtliche geographische Grenzen und wandten sich an alle Menschen; das Gleiche gilt für die drei großen monotheistischen Religionen Christentum, Judaismus und Islam, die lange Zeit die Erziehung entscheidend prägten. Der Aufstieg der Nationalstaaten und die weltweite Entstehung eigenständiger nationaler Erziehungssysteme führten zu einem tiefgreifenden Wandel der Institution Schule und ihres Erziehungsauftrags. Die Schule als eine Institution, die Kindern und Jugendlichen soziales Verhalten beibringen soll, sah sich gezwungen, nationale Elemente in den Vordergrund zu rücken. Ein solches Erziehungssystem bringt Individuen hervor, die an das Leben der jeweiligen Gesellschaft angepaßt sind, bringt ihnen eine bestimmte Art des Denkens bei und vermittelt ihnen historische sowie kulturelle Referenzen, um das Zugehörigkeitsgefühl zu einer bestimmten kollektiven Einheit zu entwickeln.

Obgleich die seit einigen Jahrzehnten zu beobachtende Globalisierung in erster Linie die Wirtschaft und die neuen Kommunikationstechnologien betrifft, ist zu erwarten, daß ihre zahlreichen Elemente auch die nationalen Erziehungssysteme beeinflussen, sei es durch supranationale Organisationen und NGOs, durch die neuen Informationstechnologien wie Internet, durch die zunehmende Bedeutung universeller Werte (Menschenrechte, Toleranz, Umweltschutz usw.), oder durch die Annäherung schulischer sowie pädagogischer Modelle und Erfahrungen aus verschiedenen Nationen.[1] In den verschiedenen Ländern ist der Einfluß der Globalisierung jedoch unterschiedlich und immer nur relativ, wobei die Erziehungssysteme zwischen zwei Polen schwanken, dem Universellen und dem Spezifischen; aus diesem Grunde wird sich hier die Globalisierung nicht derart progressiv entwickeln wie bei der Wirtschaft. Mancherorts erwecken die Auswirkungen der Globalisierung Befürchtungen, daß die jeweilige nationale Kultur oder das lokale Wertgefüge zerstört werden könnte. Aber auch unterschiedliche sozio-ökonomische Entwicklungsstufen sowie soziale und kulturelle Unterschiede lassen selbst eine gewollte Annäherung unterschiedlicher Erziehungssysteme oft an ihre Grenzen stoßen.

Die größte Schwierigkeit besteht indes in der Einseitigkeit der Globalisierung, wie sie schon im wirtschaftlichen Bereich und in der Kommunikation vorherrscht. Komparatisten wie M. Debeauvais betonen, daß „bei genauer Analyse des zunehmenden Austauschs im Bereich der Erziehung eine Unausgewogenheit zu erkennen ist", die eindeutig mit der Ökonomie, der Technologie und der Politik zusammenhänge.[2] Der Prozeß der Globalisierung ist also für die Erziehungssysteme eine bedeutende Herausforderung. Es ist in der Tat so, daß der universelle Charakter der Institution Schule Ausdruck sowohl der Modernität als auch unserer Gesellschaften ist, die sich von ethnisch-staatsbürgerlichen zu internationalen gewandelt haben. Die Hinwendung der Erziehungssysteme zur Welt und zu anderen Kulturen sowie die zunehmende Bedeutung universeller Normen und Werte bedingen, daß sich die Geisteshaltung und das Kulturverständnis der Verantwortlichen, aber auch der Öffentlichkeit, tiefgreifend wandeln. Wenn Schüler und Studenten sich verstärkt dem zuwenden, was außerhalb der jeweiligen Landesgrenzen geschieht, und bereit sind, Lebensstile und Denkweisen anderer Kulturen zu akzeptieren, wäre eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer solchen transnationalen Kultur geschaffen.

Jedes Erziehungssystem wird auf andere Weise dem Phänomen der Globalisierung und ihren unmittelbaren Konsequenzen angepaßt. Das Beispiel des Iran ist hierbei eher atypisch: Man versucht dort, die Schule vor der Globalisierung abzuschirmen und eine strikt ethnozentrierte Erziehung beizubehalten.

Die Islamisierung des Erziehungssystems

Die ersten modernen iranischen Schulen entstanden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und brachen – sowohl hinsichtlich der Unterrichtsinhalte und -methoden als auch der Organisation und Funktion – radikal mit den Traditionen der bis dahin dominierenden religiösen Schulen (*Maktab*).[3] Die Religiös-Konservativen sahen darin eine ernsthafte Bedrohung ihres traditionellen Monopols im Bereich der Erziehung.

Die strikt autoritäre Herangehensweise, mit dem dann zu Beginn dieses Jahrhunderts das moderene iranische Erziehungssystem endgültig durchgesetzt wurde, ließ zwar die Kritik religiöser Kreise verstummen, ohne daß diese sich jedoch mit der modernen laizistischen Schule anfreunden konnten. Aus Sicht der Geistlichen war die Laizisierung gleichbedeutend mit dem Bestreben, den Unter-

richt und somit auch die Gesellschaft zu entislamisieren. Im Laufe der Jahrzehnte versuchten sie dann, wenigstens das mittlerweile dezimierte Netz der islamischen Schulen aufrechtzuerhalten. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen nahmen die Führer der Islamischen Republik nach der Revolution eine umfassende Reform der als „anti-islamisch" und „westlich" angesehenen Institution Schule in Angriff. So wurden in den ersten Jahren die Erziehungsrichtlinien und die Unterrichtsinhalte radikal geändert. Im Mittelpunkt der vom Obersten Erziehungsrat formulierten Grundsätze stehen beispielsweise der islamische Charakter der Schule, die spirituelle Dimension der Erziehung, die Wiedererstarkung der islamischen Brüderlichkeit und die staatliche Vereinigung der muslimischen Nation. In den ersten Jahren nach der Revolution wurden islamische Regeln im Bereich der Erziehung institutionalisiert.

Diese Ideologisierung blieb natürlich nicht ohne tiefgreifende Folgen für die Curricula und für das Erziehungssystem, das die Schüler auf der Basis islamischer Werte erzieht, also zu iranischen Muslimen und zu Bürgern, die der neuen Ordnung unterworfen sind.[4] Grundsätzlich betonen die Schulbücher sämtlicher Schulstufen das Religiöse, das systematisch gegenüber den westlichen Werten und denen des vorislamischen Iran positiv herausgestellt wird.[5] Die Reform konzentriert sich daher vor allem auf politische bzw. ideologische Inhalte des Unterrichts,[6] versucht also nichts anderes, als die Schüler religiös zu indoktrinieren.

Das iranische Schulsystem versucht mit seiner strikt islamischen Orientierung zweifellos, bestimmten Aspekten der wachsenden Globalisierung zu trotzen.

Die ausschließlich vom Staat konzipierten Schulbücher sind eine wichtige Quelle zur Analyse der grundsätzlichen Erziehungsziele des Schulsystems. Vor allen Dingen versuchen sie, drei Zugehörigkeitsreferenzen miteinander in Einklang zu bringen: die regionale, die nationale und – im Sinne einer muslimischen Gemeinschaft – die internationale.[7] Über die heikle Dialektik Nationalismus-Internationalismus versucht man, den Schülern diese drei ziemlich konfliktbeladenen Referenzen nahezubringen, was natürlich Identitätsprobleme mit sich bringt. So freut man sich beispielsweise im Geschichtsunterricht über den durch „die muslimischen Kämpfer" herbeigeführten Niedergang des persischen Reiches und über die Befreiung des von den Sassaniden „unterdrückten Volkes" durch die arabische Invasion. Dieser supranationale Charakter ist auch den verschiedenen Schulbüchern eigen. So heißt es in dem Standardlehrbuch für Persisch, das im zweiten Unterrichtsjahr verwendet wird: „Sie richteten ihre besten Wünsche zum iranischen Neujahrfest aus und wünschten den Sieg aller Muslime auf dieser Welt" und: „Das in einem Land lebende Volk stellt eine Nation dar. Die Muslime der Welt gehören einer umfassenderen Gesellschaft an, die muslimische Gemeinschaft genannt wird." Ein anderes Beispiel ist das in der vierten und fünften Klasse benutzte Schulbuch „Sozialerziehung", in dem mehrmals die nationale Zugehörigkeit der religiösen untergeordnet wird. Es versteht sich von selbst, daß dabei die ethnischen, sprachlichen und religiösen Minderheiten – wobei zu letzteren auch die nicht-schiitischen Muslime gehören – die großen Verlierer sind, auf die hinsichtlich ihrer Identität in den Schulbüchern nur selten verwiesen wird.

Der Islamzentrismus ist zweifellos das herausragende Merkmal der iranischen Schulbücher, wie einige Daten zeigen: Das 774 Seiten starke Persischbuch für die Grundschule umfaßt 191 Lektionen, von denen sich mehr als die Hälfte mit politisch-religiösen Themen befaßt, nämlich 26% aller Lektionen mit der Religion allgemein, 22% mit dem Islam und 15% mit Muhammad und seinen Nachfolgern. Insgesamt gehen fast 37% aller Lektionen auf Religionsfragen ein und beziehen sich dabei auf historische Gestalten, auf die Symbolhaftigkeit religiöser Personen, auf Verhaltensvorschriften, auf Morallehren, auf die Geschichte etc. Von den in diesem Lehrbuch erwähnten 32 Persönlichkeiten sind nur sechs Philosophen und Wissenschaftler iranischer Herkunft und zwei Ausländer, während 24 in der Frühzeit des Islam (7. Jahrhundert) oder anderer Religionen wirkten.

Das 410 Seiten umfassende Schulbuch für die Soziallehre – in dem die Fächer Geschichte, Sozialkunde und Geographie abgehandelt werden – zeichnet sich durch einen immens starken ideologischen und politischen Charakter aus: Mehr als die Hälfte aller Kapitel der beiden untersuchten Abschnitte Geschichte und Sozialkunde) beschäftigt sich mit religionsgeschichtlichen Ereignissen, dem Islam, der Revolution von 1979 oder einer historischen bzw. politischen Persönlichkeit. Der islamische Internationalismus, in allen Schulbüchern geradezu überschwenglich beschworen, wird als Antwort verstanden auf den als anti-religiös und insbesondere anti-islamisch wahrgenommenen „Nationalismus" und „Patriotismus" der vorrevolutionären Zeit[8] und gleichzeitig als Alternative zum Universalismus.

Die wesentlichen Elemente eines universellen Humanismus finden keinerlei Berücksichtigung oder werden sogar – explizit oder implizit – zurückgewiesen: internationale und interkulturelle Erziehung, Erziehung zum Frieden, zur Toleranz und zum Weltbürgertum. Im Grunde genommen gehen die Curricula von einer zweigeteilten Welt aus, der muslimischen und der nicht-muslimischen. Die USA und Israel sind dabei die zu bekämpfenden Feinde, und die Einheit der muslimischen Welt ist die *conditio sine qua non* für den angestrebten Sieg.

In der Tat kann man sich nur sehr schwer vorstellen, wie ein nach einem solchen Konzept erzogenes Kind auf die Evolution und Komplexität einer Welt vorbereitet werden soll, die sich in einem ständigen Wandel befindet. Die Curricula schwanken zwischen Rationalisierung und Sakrali-

sierung und versuchen, die religiöse Interpretation der Welt in Einklang zu bringen mit der Wissenschaft. Durch die starke Ideologisierung ist das Verhältnis des iranischen Erziehungssystems zum Phänomen der Globalisierung sehr paradox. Zwar stellt es sich offen gegen nichtislamische – und dabei besonders gegen westliche – Werte, gleichzeitig wird aber versucht, die internationale Bedeutung der religiösen Werte und Normen zu betonen. Gewiß, es handelt sich um eine ideologische und politische Orientierung, die darauf abzielt, ein weltweites Modell zu werden für muslimische Gesellschaften und solche mit starken muslimischen Minderheiten, in denen die zunehmende Bedeutung islamistischer Bewegungen den Gegensatz zwischen religiöser Erziehung und laizistischer Schule wiederbelebt hat.

Die Dampfwalze Globalisierung

Studien über das Erziehungssystem in anderen Ländern wie Ägypten und Senegal aber auch über muslimische Minderheiten in Europa belegen, daß das Streben nach einer Islamisierung der Erziehung ein weltweites Phänomen ist;[9] dadurch wird wiederum die Obsession bestärkt, mit der dies im Iran betrieben wird. Dennoch kann man diese Entwicklung nicht einfach als eine Rückkehr in die Vergangenheit interpretieren, werden doch diejenigen, die die entsprechenden Reformen beschließen, oft vom Ausland inspiriert: So wurden amerikanische Erfahrungen bei der vor kurzem durchgeführten Reform der Sekundarstufe berücksichtigt, und die Gründung der „Offenen Universität" war, zumindest in ihrer ursprünglichen Form, eine Kopie der „Open University" in London.

Die Globalisierung, die die verschiedensten Bereiche des Lebens betrifft, ist eine große Herausforderung für sämtliche Erziehungssysteme. Die gegenseitige Abhängigkeit aller Länder dieser Welt ist eine Realität, die nicht mehr zu ändern ist. Es ist sicherlich nicht einfach, in die Erziehung solche Elemente wie weltweite Solidarität und internationale Zusammenarbeit einfließen zu lassen, um den „Weltbürger" zu schaffen. Eine rein ökonomische Sichtweise nimmt die Globalisierung als eine rein finanzielle wahr, als Triumph des Marktes, als Aufruf zum freien Warenaustausch, als multimediale Allmacht und als einen allmählichen Rückzug der Politik. Am anderen Ende finden wir die nationalistischen und ideologischen Bewegungen, die ihrerseits jegliche Chancen vertun, einen zivilen und humanen Universalismus zu schaffen.

Die Einführung universaler Werte in die Erziehung bedarf einer gewissen Fähigkeit, die pädagogische Praxis wie auch die Lehrinhalte zu erneuern. Ebenso bedingt die Entwicklung einer Weltkultur, daß sowohl Erwachsene als auch Jugendliche sensibilisiert werden. In diesem Sinne wird die Erziehung eine wichtige Rolle bei der Wiederbegründung eines universellen Pluralismus spielen, der sich nicht nur auf die Werte bestimmter Kulturen bezieht. Sie wird der wilden Globalisierung widerstehen müssen, die wie eine Dampfwalze daherkommt, damit, wie Ph. Engelhard meinte, „der Mensch nicht zu einem charakterlosen Wesen wird, ohne Kultur, ohne Verstand und bar jeden Verständnisses für das Andere".[10]

■ *Saeed Paivandi, Erziehungswissenschaftler, Universität Paris VIII. Übersetzung aus dem Französischen: Hans Günter Lobmeyer*

1 A. M. Eichelbaum de Babini (Convergence and Divergence of Education Systems in Today's World; in: Perspectives [UNESCO], no. 79, 1991) zeigt in seiner komparativen Studie, daß sich eine stetig wachsende Zahl von Ländern bei der Organisation des Erziehungssystems an universellen Modellen orientiert.

2 M. Debeauvais, Dependence and Interdependence in Education: Introductory Note to the Congress Theme; Fünfter Welterziehungskongreß, Paris 1984 (unveröffentlicht).

3 Das im europäsischen Sinne moderne Schulwesen im Iran wurde im wesentlichen begründet durch christliche Missionare aus Frankreich, Amerika und Großbritannien (erste Schulgründung im Jahre 1934 in Azerbaidjan), durch in Europa ausgebildete Iraner, durch den Reformer und Staatsmann Amir Kabir, der 1851 mit der *Dar olfonun* die erste staatliche Schule gründete, sowie durch eine pädagogische Strömung liberaler Iraner und Intellektueller, darunter der religiöse Würdenträger Mirza Hasan Roshdieh.

4 Die Pflichtschulzeit im Iran beträgt acht Jahre (davon fünf Jahre Grund- und drei Jahre Hauptschule) für Kinder und Jugendliche im Alter zwischen sechs und 14 Jahren. Anschließend besteht die Möglichkeit, eine weiterführende Schule zu besuchen. Von 1960 bis 1997 erhöhte sich die Zahl der Schüler aller Schulstufen jährlich um durchschnittlich 7 % (zwischen 1960 und 1964 9 %, zwischen 1975 und 1997 5 %). Absolut erhöhte sich die Zahl der Schüler von 7,5 Mio. in 1978 auf 19 Mio. im Schuljahr 1996/97. Die Einschulungsrate bei den sechs- bis zehnjährigen beläuft sich seit 1991 auf 98 % (S. Paivandi, L'analyse démographique de l'alphabétisme en Iran; in: Population, Nr. 4/5, 1995. Iran Statistical Yearbook 1998).

5 Vgl. M. Shorish, The Islamic Revolution and Education in Iran; in: Comparative Education Review, 1988, S. 58–75, hier: S. 59. N. Yavari-D'Hellencourt, Ethnies et ethnicité dans les manuels scolaires iraniens. Colloque „Le fait ethnique en Iran et en Afghanistan; Paris (CNRS), 1988. G. Mehran, The Creation of the New Muslim Woman: Female Education in the Islamic Republic of Iran; in: Convergence, vol. 24, 1991; M. Talegani, Portrayal of Woman in Textbooks before and after the Revolution. Tehéran (UNESCO) 1994. Saeed Paivandi, Existe-t-il un modèle islamique de l'éducation? Le cas de l'Iran. Colloque international de l'AFEC à Sévres, „Modèles, transferts et échanges d'expériences en éducation" (unveröffentlicht) 1995.

6 Imam Khomeini, der charismatische Führer der Revolution von 1979, betonte mehrfach die Notwendigkeit, in den Schulen eine religiöse Erziehung einzuführen, die er als entscheidenden Faktor für den Aufbau der islamischen Gesellschaft betrachtete: „Wir müssen die notwendigen sozialen Voraussetzungen für die Erziehung der gläubigen und tugendhaften Individuen schaffen." Bei anderer Gelegenheit sagte er: „Das wichtigste Ziel unserer Schulen ist die Überarbeitung der Unterrichtsinhalte, die vom Westen und von der kolonialen Erziehung beeinflußt sind." Vgl.: B. Mohsenpour, Philosophy of Education in Postrevolutionary Iran; in: Comparative Education Review, 1988, S. 76–88. S. Paivandi, L'analyse démographique de l'alphabétisme en Iran; in: Population, Nr. 4/5, 1995. Y. Richard, Le chi'isme en Iran: Imam et révolution, Paris 1988. M. Shorish, a.a.O. A. Safi, The Organization, Rules, and Regulation of Education in Iran, Teheran 1994.

7 N. Yavari-D'Hellencourt, a.a.O.

8 Mohsenpour, a.a.O.

9 A. Kadri, Enseignement: Le système en question; in: Cahiers de l'Orient, 1991. M.-P. Martin, L'essor et les limites de l'islamisme en Égypte; in: Etudes, 1993, S. 581–589. J.-M. Paker, Muslim Matters: Educational Needs of Muslim Children in Britain; in: The American Journal of Islamic Social Sciences, 1992, S. 351–369. Giles Kepel, Intégration ou ghettos; in: Politique internationale, 1991, S. 395–400.

10 Ph. Engelhard, L'Homme mondial. Les sociétés humaines peuventelles survivre?, Paris (Arléa), 1996.

Wie viele Vorbeter braucht das Land?

Eine falsch gestellte Frage in der Debatte um die Imam-Hatip-Schulen der Türkei

Klaus Kreiser

Die Auseinandersetzung um die Imam-Hatip-Schulen gehört zu den seit den 40er Jahren in der Türkei geführten großen Debatten. Durch die Entscheidung der Regierung, die Mittelstufe dieser Schulen aufzulösen, ist seit 1998 eine völlig neue Lage entstanden. Im folgenden wird zu zeigen versucht, daß die Argumente von Gegnern und Befürwortern dieser Schulen über die Jahre nicht ganz unverändert geblieben sind.

Zur Vorgeschichte: Der Zustand der *ilmiyye* am Ende des Osmanischen Systems

Mit dem Aufbau eines doppelten Gerichtssystems in den Tanzimat-Jahrzehnten (nach 1839) ging das Auslegungsmonopol der osmanischen Ulema verloren. Ihre Mehrheit strebte eine Position an einem der kleinen oder mittleren Gerichte in der Provinz (*niyabet*) an. Nur wenige stiegen in die Etagen der hohen *ilmiyye* auf, um etwa als *müderris* oder *ders-i amm* an einer angesehenen Schule bzw. Moschee der Hauptstadt zu lehren oder eine Kadi-Stellen zu besetzen.[1] Wer eine Karriere an den wichtigeren islamischen oder gemischten Gerichtshöfen machen wollte, war gut beraten, sich um einen Studienplatz an der *Medresetülnüvvab* (gegr. 1854) bzw. *Medresetülkuzat* (1910) oder der *Hukuk Mektebi* (1875–1909) zu bemühen.

Weit unterhalb dieser beiden Schichten von Amtsträgern rangierten die Vorbeter und Prediger (Imam-Hatip, im folgenden: IH) an der Mehrheit ländlicher und städtischer Moscheen. In den meisten Fällen hatten sie sich nicht mehr als die islamischen *essentials* angeeignet. Um ihren Kenntnisstand zu verbessern, rief der reformfreudige Scheichülislam Hayri Efendi 1913 die erste Bildungseinrichtung für Vorbeter und Freitagsprediger ins Leben. Ihre geringe Anziehungskraft wurde von dem Verfasser einer großen türkischen Bildungsgeschichte, Osman Ergin, mit den ungünstigen Umständen des Weltkriegs erklärt. Nahid Dinçer, dem wir die einzige Gesamtdarstellung der Imam-Hatip-Schulen (im folgenden IH-S.) verdanken, bot eine andere Deutung an: Den Absolventen sei ein Aufstieg in höhere, besser bezahlte Positionen verwehrt geblieben. Die jungen Leute hätten das gleichzeitig reformierte *Medrese*-Studium der IH-Ausbildung vorgezogen.
Hier muß die in der türkischen und westlichen Literatur herrschende Forschungsmeinung über das türkische Bildungswesen im 19. Jahrhundert wiedergegeben und alsogleich in Frage gestellt werden, weil sie in der republikanischen IH-Debatte allgegenwärtig ist. Man kann sie für einen Augenblick als „Drei-Kanal-Lehre" bezeichnen. Behauptet wird, zuletzt auch in dem einflußreichen Bildungsbericht des Unternehmerverbands TÜSIAD[2] aus dem Jahr 1990, daß in den vorrepublikanischen Jahrzehnten drei Bildungsgänge („Kanäle") drei entsprechende Menschentypen herausgebildet hätten: 1) Das traditionelle religiöse Schulwesen, 2) das auf westlichen Fremdsprachen basierende und 3) das staatliche mit Türkisch als Unterrichtssprache. TÜSIAD warnte vor einer vergleichbaren Entwicklung am Ende des 20. Jahrhunderts. Eine nähere Betrachtung von Lebenswegen in vorrepublikanischer Zeit läßt jedoch ein differenziertes Panorama entstehen. Zahllose Karrieren sind „selbsthergestellte Biographien". Um es bildhaft auszudrücken: Die jungen Männer reisten nicht auf einer Bildungsschiene von *Mekteb* zu *Medrese* bzw. von der staatlichen *Rüşdiye* zum ebenfalls staatlichen Elite-Gymnasium des Galataserail, sondern sie wechselten die Züge bzw. befuhren einen Streckenabschnitt auf mehreren parallelen Gleisen. Die Kombination von „Fremd- und Selbstselektion" (Nikolaus Luhmann) ist unübersehbar.

Die vor der Ausrufung der Republik (1923) geführte Debatte über das *Medrese*-Curriculum ist aus mehreren Gründen für die Gegenwart von Interesse. Die Beteiligten diskutierten intensiv die Frage einer Verschränkung des „klassischen" islamischen mit einem modernen „westlichen" Curriculum. Darüber hinaus wurde die Frage gestellt, wie die traditionellen Unterrichtsinhalte vermittelt werden sollten und wie viele Jahre dafür erforderlich seien (die in jungtürkischer Zeit reformierte *Medrese*-Ausbildung umfaßte 12 Jahre).

Religionsdiener in einer laizistischen Republik: Status und Ausbildung

Auf die Besonderheit der Einbeziehung der Religionsdiener in die allgemeine Staatsverwaltung (1970) hat schon Ernst Hirsch aufmerksam gemacht.[3] Man sollte aber hinzufügen, daß Vorbeter und Prediger sich noch heute von Beamten im engeren Sinn dadurch unterscheiden, daß sie nicht dem Disziplinarrecht unterliegen. Das bedeutet, daß ihre rechtliche Lage im Einzelfall ungünstiger ist als die „echter" Beamter. Die Aufgaben der IH sind in einem Runderlaß des Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten minuziös geregelt. An Moscheen, die ohne eigene Mu'ezzine und Reinigungspersonal auskommen müssen, übernehmen die IH auch diese Dienste. In allen Angelegenheiten unterstehen sie dem Mufti (*müftü*) des Regierungsbezirks.[4]
Ein wachsender Anteil der heute an türkischen Moscheen tätigen IH ist aus den „Gymnasien für Vorbeter und Prediger" (*Imam Hatip Liseleri*) hervorgegangen. Das sind vierstufige Schulen, die wie andere Gymnasien bis zum Jahr 1998 nach der Mittelstufe zur Hochschulreife führten. Sie unterstehen dem Ministerium für Nationale Er-

ziehung. Ihr Lehrplan ist an den Literatur-Zweig der regulären Gymnasien (*Lises*) angelehnt, jedoch um Arabisch und zahlreiche islamische Themen erweitert. Kurz nach Ausrufung der Republik wurde 1924 die erste Spezialschule für IH eingerichtet. Das neue Regime vergab damit – in den Augen religiöser Zeitgenossen – die Chance einer Umwandlung von Medresen in IH-Schulen. Dem stand vor allem das bereits in Kraft getretene Gesetz zur „Vereinheitlichung des Unterrichtswesens" vom März 1924 entgegen.

Ein Gruppe von sechzig Deputierten hatte die Zusammenlegung aller Schultypen mit folgenden Argumenten begründet: Bereits die letzten Sultansregierungen hätten, wenn auch vergeblich, ein einheitliches Unterrichtswesen angestrebt. Der entstandene Dualismus zwischen Medrese und Lyzeum-, Stiftungs- und Staatsschulen – habe zwei verschiedene Menschentypen herausgebildet. Damit sei die „Einheit des Fühlens, Denkens und der Solidarität" vollständig zerstört worden. Das Gesetz von 1924 ist noch heute Bestandteil der durch die Verfassung geschützten kemalistischen Reformgesetze. Sein Artikel 4 sah jedoch neben einer theologischen Fakultät an der (damals einzigen) Universität Istanbul auch „besondere Schulen" zur Ausbildung von Staatsbediensteten vor, die mit den Ämtern des Vorbeters und Freitagspredigers zu betrauen seien.
Die Zahl dieser vierklassigen IH-Schulen sank von 29 im Gründungsjahr rasch auf zwei 1927 (in Istanbul und Kütahya). Schon 1930 wurden auch die beiden letzten aufgehoben. Zwischen 1931 und 1951 bestand also keine formelle Ausbildung von Vorbetern und Predigern. In den letzten Jahren des Ein-Parteien-Regimes (vor 1949) wurde die Notwendigkeit einer Wiederbelebung zwar nicht bestritten, doch entwickelte sich eine lebhafte Diskussion darüber, ob die Religionsbehörde oder das Ministerium die Aufsicht über sie ausüben sollte. Auch die Vorstellung von einer staatsunabhängigen Träger-Gesellschaft wurde damals entwickelt.
Ein abgewandeltes Modell hatte der einflußreiche Rechtsprofessor Ali Fuat Başgil (1893–1954) in seinem Buch über „Religion und Laizismus" (*Din ve Laiklik*, 1954; es folgten mehrere Auflagen) entworfen. Er stellte sich eine vom Staat weithin unabhängige „Religiöse Organisation" vor. Diese autonome Einrichtung mit Sitz in Istanbul (!) sollte ihre Mittel aus der ihr unterstellten Generaldirektion für das Stiftungswesen erhalten. Die IH-Schulen erwähnt Başgil zwar nur am Rande, es wird aber deutlich, daß er sie als berufsvorbereitende Einrichtungen verstand.

Nach einem Experiment mit offiziellen, zehnmonatigen *crash*-„Kursen" wurden im „Tauwetter" unter Menderes (1950-1960) siebenjährige IH-Schulen (3 Jahre Mittelschule, 4 Jahre Gymnasium) geschaffen, die auf die fünfklassige allgemeine Grundschule aufbauten. 1971 wurden jedoch auf Druck der Militärführung die Mittelstufen ersatzlos aufgehoben, um 1974 als Ergebnis der Koalitionsvereinbarung zwischen Bülent Ecevit und Necmettin Erbakan erneut zugelassen zu werden. Ironischerweise wurde zu diesem Zeitpunkt die aus dem Jahr 1966 stammende Programmschrift Ecevits „Links von der Mitte" noch unverändert nachgedruckt. Sie enthält den Satz „Religionsdienste sind im Sinne der Verfassung, die ebenso wie die islamische Religion die Berufsmäßigkeit von Glaubensmännern zurückweist, zu regeln".[5] Diese Forderung ist schwer zu deuten, weil sich die Verfassung von 1961 zum Thema „Religionsdiener" nicht äußert. Im übrigen sind sich maßgebliche hanafitische Autoritäten einig, daß die Gebetsleitung kein „Beruf" ist und schon gar nicht gegen Bezahlung erfolgen darf – bekanntermaßen ist jeder Muslim, der bestimmte Voraussetzungen erfüllt, zur Gebetsleitung befähigt. In den osmanischen Jahrhunderten hat sich jedoch die Meinung verfestigt, daß der Imam sein Salär aus Stiftungsmitteln für weitere Dienste wie Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb der Nachbarschaft, Eheschließung und Versorgung der Toten erhält. Das Wegfallen all dieser Neben-Funktionen wirft für gewissenhafte Amtsinhaber die Frage der islamrechtlichen Korrektheit einer Besoldung auf.

Im kommenden Zeitraum (1974–1997) wurden die IH-Schulen kräftig ausgebaut: die relativ größte Zahl – pro Amtsjahr – verdankt die Türkei Tansu Çiller, während in den zehn Jahren, in denen Süleyman Demirel das Ministerpräsidentenamt innehatte, 327 IH-Schulen gegründet wurden. 1998 waren 704 220 Schüler an 605 IH-Schulen eingeschrieben. Davon waren 192 727 Mädchen. Die Bedeutung der IH-Schulen in der Türkei der 90er Jahre, wird an folgender Zahl ersichtlich: 31 % aller Absolventen von Gymnasien waren IH-Schüler.

Die dritte Runde im Kampf gegen die Imam-Hatip-Schulen

Bis zum Beginn des Schuljahres 1996/97 verfügten die IH-Gymnasien also erneut über eine eigene, dreiklassige Mittelstufe. Sie wurde, wie hervorgehoben, ersatzlos zugunsten der von fünf auf acht Jahre ausgebauten allgemeinen Grundschule gestrichen. Obwohl die gleichzeitige kühne Erweiterung der allgemeinen Schulpflicht[6] den türkischen Staatshaushalt (mit allen Folgen für den anhaltenden Wertverfall der Landeswährung) äußerst belastet, wurde sie von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung grundsätzlich begrüßt. Allerdings fehlt bei zahlreichen Türken des religiös-konservativen Lagers jedes Verständnis dafür, daß sie an die Aufhebung der Mittelstufe der IH-Schule gekoppelt war. Hervorzuheben ist, daß zahlreiche Schulen mit Spenden der Bevölkerung entstanden, der Staat also nur für die Gehälter des Lehrpersonals aufzukommen hatte. Große Teile der Bevölkerung sind in diesem Zusammenhang frustriert über die Zweckentfremdung ihrer Spenden.

Anfang 1998 bewertete M. Ertuğrul Düzdağ, eine bekannte Stimme des religiös-konservativen Sektors, die Entwicklung mit folgenden Worten: „Die ununterbrochene achtjährige Regelschule wurde allein aus einem Grund von bestimmten gewalttätigen Kreisen, die sich Religion und Nation zum Feind gemacht haben, geschaffen. Sie haben, nachdem sie lange und heimtückisch abgewartet haben, zum dritten Mal [E.D. bezieht sich auf 1930 und 1971] ... zugeschlagen."[7]

Im Sommer 1998 wurde dann deutlich, daß das Erziehungsministerium tatsächlich mehr beabsichtigte, als nur

drei Jahrgänge abzuschnüren und damit die Quelle für die Gymnasium-Stufe auszutrocknen. Für die Absolventen der IH-Gymnasien wurde der Hochschulzugang deutlich erschwert. Sie benötigen nun höhere Punktzahlen, um die Hürde der (inzwischen) einstufigen zentralen Zugangsprüfung - mit Ausnahme des theologischen Fachstudiums - zu überwinden.[8] Die Folgen sind schon jetzt an der Abwanderung zur Regelschule ablesbar. Das Ministerium reagierte auf die abnehmende Attraktivität der Regelschulen mit der Versetzung von IH-Lehrern (in der Sprache der „islamistischen" Presse: „Verbannung") und der Umwidmung von Schulgebäuden. Das derzeit wichtigste „islamistische" Sprachrohr, die Tageszeitung *Yeni Şafak*, titelte am 31. August 1998: „Ununterbrochene[9] willkürliche Unterdrückung der IH-Gymnasien. Die IH-Schulen werden *de facto* geschlossen. An einigen Schulen war die Aufnahme des Unterrichts unmöglich."

Die Radikalität der Maßnahme wurde - zur Enttäuschung der Säkularisten - durch eine Änderung der Verordnung über die Koran-Kurse vom 20. August abgepuffert. Kindern nach dem 5. Schuljahr wurde freigestellt, Koran-Kurse, die das Präsidium für Religionsangelegenheiten in den Moscheen anbietet, an den Wochenenden und in den Sommerferien aufzusuchen. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß an allen Schulen ab der 4. Klasse wöchentlich vier Stunden „Religionskultur und Ethik" erteilt werden.

Alte Argumente in neuer Verpackung?

Am Ende eines sehr ausgedehnten Fernseh-Interviews, das der frühere Ministerpräsident Necmettin Erbakan kurz bevor er im Juni 1997 mit der Regierungsbildung beauftragt wurde, dem Journalisten eines Privatsenders (ATV) gewährte, wurde das Verhältnis seiner Partei zum türkischen Militär berührt. Hier hatte Erbakan, der als Koalitionspartner von Ecevit 1974 den Ausbau der IH-Gymnasien zu einem alternativen Zweig des allgemeinen Schulsystems durchsetzte, die Gelegenheit, seine größte Hoffnung für die Zukunft zu artikulieren. Man möge endlich, so formulierte er, die Offiziersschule für die Absolventen der IH-Gymnasien öffnen. Hier habe man es mit der Blüte der türkischen Jugend („den saubersten Kindern") zu tun, die auf der Schule gelernt hätten, was es bedeute, den Märtyrer-Tod (*şehitlik*) zu sterben. Erbakan hat so in einem Satz deutlich gemacht, daß die meisten in der Öffentlichkeit ausgetauschten Argumente über den Sinn der IH-Gymnasien nachrangig sind, nämlich:

- ob ein paralleles religiöse Schulsystem dem Verfassungssauftrag (Schutz der Reformgesetze, hier: Gesetz Nr. 430 vom 3. März 1924 über die Vereinheitlichung des Unterrichts) widerspricht;
- ob die IH-Ausbildung nicht besser der Religionsbehörde als dem Ministerium für Nationale Erziehung zu übertragen wäre;
- ob IH-Gymnasien weit über den meßbaren Bedarf an Vorbetern und Predigern ausbilden;
- ob weibliche Schüler überhaupt Zugang zu den IH-Gymnasien erhalten sollen;
- ob ein Islam-Verständnis, das die nicht-sunnitischen Aleviten ausgrenze, verfassungsmäßig sei.

Schlußfolgerung

Das Ergebnis dieses Überblicks müßte nun weniger paradox erscheinen als bei einer vorläufigen Betrachtung: der säkulare Sektor der türkischen Gesellschaft - einschließlich des militärischen Faktors - tritt für die IH-Schulen ein, der religiös-konservative wendet sich dagegen, denn: die „Säkularisten" möchten den ursprünglichen Auftrag als Berufsfachschulen für Vorbeter und Prediger wieder durchsetzen, während die „Islamisten" die IH-Schulen zur Regelschule für alle Schüler und Schülerinnen ausbauen wollen. Insofern können die bekannten Argumente, die auf „Überkapazitäten", die „unangemessene" Öffnung für weibliche Schüler und ein „scholastisches" Curriculum abzielen, die „Islamisten" wenig beeindrucken. Trotz der sachlichen Unvereinbarkeit der Standpunkte, begegnen sich die Kontrahenten in einem Punkt: Beide Seiten messen dem Schulwesen eine außerordentliche Rolle bei der Schaffung einer homogenen „Volksgemeinschaft"[10] bei.

Befürworter wie Gegner der IH-Schulen wissen freilich, daß ein Erziehungssystem nicht voraussagbar zu den gewünschten menschlichen „Produkten" führt. Beispielsweise hatte der 1924 geborene Physik-Lehrer Nahid Dinçer eine republikanische Bilderbuchkarriere hinter sich, bevor er als Fünfzigjähriger die große Abrechnung mit dem „System" vorlegte. Umgekehrt wissen wir, daß auch die klassische Medrese Agnostiker erzeugte.

■ *Klaus Kreiser, Lehrstuhl für Türkische Sprache, Geschichte und Kultur an der Universität Bamberg*

1 D. Kushner, Career Patterns among the Ulema in the Late Nineteenth and Early Twentieth Centuries, in: Tanzimat'in 150. Yildönümü Uluslararası Sempozyumu, Ankara: 31 Ekim - 3 Kasim 1989, Ankara 1984, S.165–171.

2 Zekai Baloğlu, Türkiye'de Eğitim, 2. Druck, Istanbul 1990. Dieses Gutachten aus der Feder eines ehemaligen hohen Bürokraten des Erziehungsministeriums übte einen anhaltenden Einfluß auf die IH-Debatte aus. Baloğlu sprach sich klar auf die Zurückstutzung der IH-Schulen auf ihren Auftrag als Berufsschulen aus.

3 Ernst E. Hirsch, Laizismus (Laiklik) als verfassungsrechtl. Begriff in der Türkischen Republik, in: Orient 15,3 (1971), S. 106–112.

4 Vgl. Mevlut Özcan, Din Görevlisinin El Kitabı, 4. Druck, Istanbul 1989. Der Autor dieses umfangreichen „Handbuchs für Religionsdiener" beklagt sich an mehr als einer Stelle über die Unmöglichkeit, sich in der Türkischen Republik im Einklang mit den islamischen Normen zu verhalten. Das treffe v. a. auf die von Staats wegen verbotene Verweigerung des Totengebets für ganze Kategorien von Menschen zu.

5 Ortanın Solu, 6. Aufl., 1974.

6 Man muß sich vergegenwärtigen, daß noch Mitte der 90er Jahre 1, übstanden (Statistisches Jahrbuch für 1997). 7 In einer Anmerkung zu seiner Neuausgabe von N. Dinçers Buch.

7 In einer Anmerkung zu seiner Neuausgabe von N. Dinçers Buch.

8 Durch eine Senkung des Multiplikators der durchschnittlichen Schulabschlußnoten von 0.5 auf 0.2.

9 Das Reizwort „kesinitisiz" eigentlich für „ununterbrochene = achtjährige Elementarschule" wird hier verwendet.

10 Vgl. Dazu Günter Seufert, Politischer Islam in der Türkei. Islamismus als symbolische Repräsentation einer sich modernisierenden muslimischen Gesellschaft, Istanbul 1997, S.216–225.

Neue Methoden braucht das Land

Alphabetisierung und informelle Grundbildung in Marokko

Martina Sabra

In Sachen Lebensstandard befindet sich Marokko dem jüngsten Entwicklungsbericht der Vereinten Nationen zufolge auf Platz 125 der Weltrangliste. Damit liegt das Land statistisch weit hinter seinem Nachbarn Tunesien (Rang 83) und den nordafrikanischen Öl-ländern Algerien (Rang 82) sowie Libyen (Rang 64). Ein wichtiger Faktor bei der Klassifizierung ist für die Vereinten Nationen das Bildungsniveau und insbesondere der Zugang breiter Bevölkerungsschichten zur Grundbildung. Der desolate Zustand des Bildungssystems und der verbreitete Analphabetismus in Marokko tragen wesentlich dazu bei, daß das Land in der internationalen Bewertung so weit abgeschlagen ist.

Hochkonjunktur hat das Thema Bildung in Marokko alljährlich am Ende der Sommerferien. In diesem Jahr wurden Alphabetisierung und Grundbildung noch intensiver diskutiert als in den Jahren zuvor, weil die seit Frühjahr 1998 amtierende Regierung unter Ministerpräsident Abderrahmane Youssoufi Bildung und Erziehung ganz oben auf ihre politische Agenda gesetzt hat. Zwar sind die Machtbefugnisse der noch neuen Mitte-Linksregierung „von Königs Gnaden" sehr begrenzt, doch gerade in der Erziehungs- und Bildungsadministration hat sie innerhalb kurzer Zeit eine Reihe neuer Funktionsträger plaziert, an die die marokkanische Öffentlichkeit hohe Erwartungen knüpft. So nahmen die marokkanischen Medien den internationalen Alphabetisierungstag am 8. September und den Schulanfang Mitte September diesmal zum Anlaß, besonders umfassend über die katastrophale Bildungssituation im Land zu berichten. Unabhängige Wochenzeitungen wie *Le Journal*, *La Vie Economique* und *L'Economiste*, aber auch die partei- oder regierungsnahen Tageszeitungen veröffentlichten zum Teil mehrseitige Dossiers, das staatlich kontrollierte Fernsehen brachte (einige durchaus kontroverse) Talkshows und Reportagen zum Thema.

Analphabetismus in Marokko, nach Altersgruppen

(Quelle: La Vie Economique, September 1998, basierend auf offiziellen marokkanischen Statistiken von 1994)

Altersgruppe	Analphabeten in Prozent (Landesdurchschnitt)
15–24	42
25–34	54
34–49	62
50 und älter	87
Gesamt	57,3

Analphabetismus

Laut einer offiziellen Erhebung von 1994 können 57,3 Prozent der Marokkaner nicht lesen und schreiben. Mädchen und Frauen sind mit 67% im nationalen Durchschnitt stärker betroffen als Männer. Besonders gravierend ist die Situation auf dem Land: hier sind im Schnitt 74% der Gesamtbevölkerung Analphabeten, Mädchen und Frauen (90%) sind wiederum besonders benachteiligt. Die marokkanische Statistik weist auch aus, daß in städtischen Gebieten die Einschulungsrate bei den 7–14jährigen auf 90 Prozent gestiegen ist; es sind jedoch keine Informationen erhältlich über die Zahl der Kinder, die die Schule in den ersten Jahren wieder verlassen. Insgesamt nehmen sich die Erfolge der marokkanischen Administration bescheiden aus, trotz umfangreicher materieller Investitionen sowie zahlreicher spezieller Bildungsprogramme für die ländlichen und peripherurbanen Gebiete. Zwar wurden in den letzten Jahren Tausende von Schulen in ländlichen Gebieten errichtet, von denen jedoch viele leerstehen, zum einen, weil das Angebot den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung nicht entspricht, zum anderen, weil viele Lehrer nicht bereit sind, in entlegenen Regionen zu arbeiten. Zudem klagen gerade in ländlichen Gegenden viele Eltern, daß die Lehrkräfte oft einfach nicht zur Arbeit kommen.

Auch was die Alphabetisierung der Erwachsenen betrifft, sind die Ergebnisse der letzten Jahrzehnte eher mager: Die Autorin einer noch unveröffentlichten marokkanischen Studie schreibt, daß zwischen 1956 und 1961 insgesamt 3 Millionen Erwachsene an Alphabetisierungskursen teilnahmen; zwischen 1962 und 1992 belief sich die Gesamtzahl dagegen nur auf 480 000 Männer und Frauen, d. h. weniger als 16 000 Absolventen pro Jahr. Zum Problem des Analphabetentums meinte im September 1998 der Journalist Khalid Jamai in der Wochenzeitung *Le Journal*: „Wie soll man unter diesen Bedingungen nicht zu dem Schluß kommen, daß dahinter der politische Wille steckt, ein ganzes Volk im Unwissen zu halten, wohl wissend, daß die Alphabetisierung der Subversion gleichkäme, weil die Menschen lernen würden, ihre individuellen und politischen Rechte zu fordern?"

Daß vor allem in den ländlichen Gebieten Marokkos dringend etwas geschehen muß, zeigt ein Bericht des marokkanischen Erziehungsministeriums vom Sommer 1998, demzufolge nur 41,5% aller Dörfer über eine Grundschule

verfügen. In mehr als der Hälfte aller Dörfer haben die Schüler einen Schulweg von mindestens zwei, oft sogar von mehr als fünf Kilometern. Außerdem arbeiten viele Kinder zuhause und in der Landwirtschaft mit, so daß der regelmäßige Schulbesuch unter diesen Umständen nur schwer möglich ist. Vor allem die Mädchen müssen von klein auf beim Wasserholen, Holzsammeln, auf dem Feld und im Haushalt helfen. In den Statistiken kann man deutlich feststellen: Ist die Schule mehr als 2 km entfernt, sinkt die Zahl der eingeschulten Mädchen um die Hälfte.

In 1941 Dörfern des Landes, das sind 6% von allen Dörfern, gibt es überhaupt keine erreichbare Grundschule. Ein anderes Problem, das im Lagebericht des Erziehungsministeriums nicht thematisiert wird, ist, daß eine beachtliche Zahl der Bevölkerung in einigen Gebieten Nord- und Südmarokkos nur Berberisch (Tamazight) spricht. Wenn diese Menschen an Alphabetisierungsprogrammen teilnehmen, lernen sie in ihrer Sprache Lesen und Schreiben und gleichzeitig Arabisch als Fremdsprache. Sie brauchen deshalb ein besonderes Unterrichtsangebot.

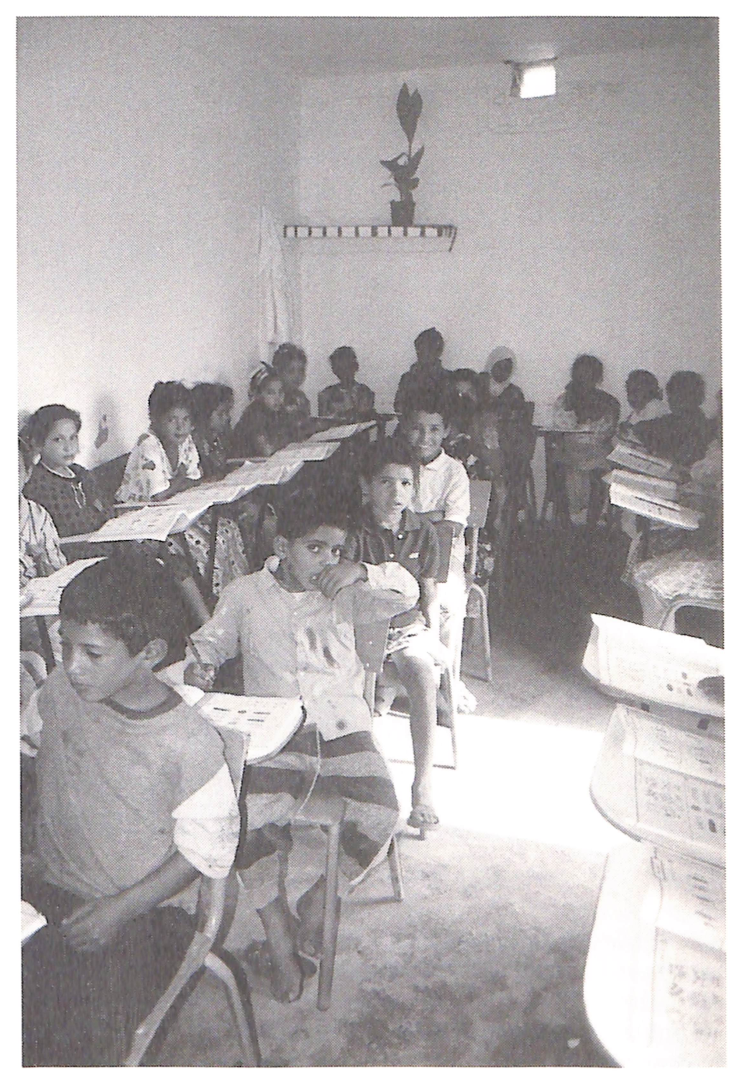
Die Stiftung *Zakoura*

Nachdem sich gezeigt hat, daß der Staat allein nicht in der Lage ist, die Probleme zu bewältigen, sucht das Regime in den letzten zehn Jahren verstärkt Kontakt zu privaten Organisationen, um diese für eine Mitarbeit im Bildungsbereich zu mobilisieren. Aber auch rein private Initiativen sind entstanden, die teilweise neue und interessante Wege gehen. Sehr bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Stiftung *Zakoura*, die 1993 von dem Werbeunternehmer Noureddine Ayouch gegründet worden ist. War bisher die Vergabe von Mikrokrediten an Kleinunternehmen Hauptaufgabe der Stiftung, kam vor gut zwei Jahren ein zweites Handlungsfeld hinzu: informelle Bildung in ländlichen Gebieten, für Kinder von acht bis 14 Jahren. Die Stiftung orientiert sich hier an einem Vorbild aus Bangladesh: BRAC, eine Mega-NGO, die in den letzten drei Jahrzehnten unter anderem rund 30 000 Mini-Landschulen in Bangladesh miteingerichtet hat.

Die Resultate der Stiftung *Zakoura* nehmen sich da eher bescheiden aus: 50 informelle Landschulen hat die Stiftung bisher gegründet, 800 sollen es bis zum Jahr 2000 werden. Offen ist noch, wie dieses kleine Bildungsimperium finanziert werden soll: Die ersten 40 Schulen wurden mit Hilfe privater marokkanischer Geldgeber (Firmen, Banken, Versicherungen) für einen Zeitraum von vorerst drei Jahren eingerichtet. Die Möglichkeiten, Geldquellen im Land selbst zu erschließen, scheinen damit gegenwärtig erschöpft. Einige internationale Geldgeber haben zwar Interesse angemeldet, sich zu beteiligen; doch nicht alle sind im gleichen Maße bereit, die inhaltliche Autonomie der Stiftung zu respektieren; zur Zeit arbeitet *Zakoura Education* mit der kanadischen NGO Oxfam-Québec und der deutschen Heinrich-Böll-Stiftung zusammen.

Grundprinzipien

Ein wichtiges Prinzip der Stiftung *Zakoura* ist die Beteiligung der lokalen Bevölkerung und der Zielgruppe selbst am Aufbau und Betrieb der Mini-Landschulen. Die Stiftung wird grundsätzlich nur dort aktiv, wo die Bevölkerung sich bereits in gewissem Rahmen selbst organisiert hat, sei es in Kooperativen, Genossenschaften o.ä. Die Mitarbeiter von *Zakoura* versuchen, die Eltern potentieller Schüler zu mobilisieren, wobei die Eltern einen Schulraum finden und sich um dessen Instandsetzung selbst kümmern müssen, während die Stiftung *Zakoura* das Lehrmaterial, die Gehälter der Lehrkräfte und die Lehrmaterialien bezahlt. Regionale Supervisoren (je ein Verantwortlicher für zehn Schulen, ausgestattet mit einem Moped) kümmern sich um einen ständigen Kontakt mit den Eltern. Beteiligen sich die Eltern nicht am Projekt, wird die Schule wieder geschlossen – in einigen Fällen ist dies bereits geschehen.



Zakoura-Schule Marokko *Foto: Martina Sabra*

Die Eltern suchen auch die Lehrer mit aus. Unumstößliche Bedingung ist, daß die Lehrkräfte aus dem jeweiligen Dorf stammen, da die Erfahrung an staatlichen Schulen zeigt, daß Lehrer, die aus weit entfernten Orten versetzt werden, häufig nicht motiviert sind. Die Lehreranwärter müssen an einem umfangreichen Auswahlverfahren mit einem 14tägigen Lehrerseminar der Stiftung teilnehmen. Dabei stehen Grundelemente der Didaktik und Pädagogik auf dem Programm. „Respekt vor dem Kind als eigenständige Persönlichkeit“, „keine Gewalt, keine Demütigung



Zakoura-Schule Marokko *Foto: Martina Sabra*

der Schüler im Unterricht" und „strikte Gleichbehandlung von Jungen und Mädchen" sind Maximen, an die sich die Lehrkräfte halten müssen. Wer die Grundsätze nicht respektiert, wird entlassen. Die jungen Lehrerinnen und Lehrer von *Zakoura* scheinen sich bewußt zu sein, daß ihre Arbeitsbedingungen – dazu gehören z. B. wöchentliche Treffen mit den Supervisoren und regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen – besser sind als etwa an staatlichen Schulen. Ihre Entlohnung ist dafür alles andere als fürstlich: bezahlt wird der staatliche Mindestlohn (rund 400 DM). Das ist weniger als an öffentlichen Schulen, reicht aber auf dem Land zum Leben.

Ein weiteres Plus der *Zakoura*-Schulen ist die Gestaltung des Unterrichts, der zwar inhaltlich weitgehend dem der staatlichen Schulen entspricht und den Kindern jederzeit den Übergang ins öffentliche Schulsystem ermöglicht, aber wesentlich flexiblere und den lokalen Bedingungen angepaßte Unterrichtszeiten bietet: So werden die Ferien möglichst in die Erntezeit gelegt. Bisher scheint das System zu funktionieren: In den meisten der 50 Schulen haben die Kinder das staatlich vorgeschriebene Pensum in Rekordzeit geschafft. Danach beginnt das Arbeitsleben, wird eine Berufsausbildung begonnen oder auf eine staatliche Schule gewechselt.

Probleme

Natürlich gibt es auch so mancherlei Probleme, wie der Mangel an ausgebildeten pädagogischen Kräften, die bereit und in der Lage sind, die inhaltliche Konzeption der Stiftung anzunehmen und weiterzuentwickeln. Ein weiterer neuralgischer Punkt ist die Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen. Die Gründer von *Zakoura Education* legen Wert auf die Feststellung, daß sie nicht beabsichtigen, ein paralleles Schulsystem zu schaffen, also nicht in Konkurrenz zum staatlichen Bildungsangebot treten wollen. Dennoch gibt es zuweilen Reibungen mit dem Staat: Um eine Landschule einzurichten, ist die Genehmigung des jeweiligen lokalen Gouverneurs unerläßlich. Diese Genehmigungen müssen oft über Monate mühsam erstritten werden. Darüber hinaus sind die Kleinstschulen gelegentlich auch den Leitern staatlicher Schulen ein Dorn im Auge. Dies führte in einem konkreten Fall dazu, daß ein Kind, das von *Zakoura* auf eine staatliche Schule wechseln wollte, in die erste Klasse zurückversetzt wurde, obwohl es für die dritte Klasse qualifiziert war. Erst nach zähen Verhandlungen wurde das Kind schließlich seinem Wissensstand gemäß eingeschult.

Neben der internen Weiterentwicklung und dem Verhältnis zur Administration zeichnet sich 18 Monate nach Einrichtung der ersten *Zakoura*-Schule ein weiteres Problem ab: die *dropout*-Rate nimmt zu, d.h. immer mehr Schüler verlassen die Landschulen. Einer der Gründe für dieses Phänomen liegt paradoxerweise im Erfolg des *Zakoura*-Konzeptes: Viele Kinder und Jugendliche haben sehr schnell lesen und schreiben gelernt, teilweise binnen sechs Monaten. Manche Eltern meinen, damit sei es genug, und sehen nicht ein, warum ihre Kinder nun noch weiter lernen und den auf drei Jahre angelegten Schulbesuch beenden sollten. Den Eltern und Kindern zu vermitteln, daß Alphabetisierung und Grundbildung nicht dasselbe sind, wird eine schwierige Aufgabe sein.

Deutsch: gut; Islam: ausreichend?

Die Islamische Föderation darf an Berliner Schulen islamischen Religionsunterricht anbieten

Reinhard Fischer

Das Thema Islam in deutschen Schulen erregt, wie der sommerliche Streit um das Kopftuch der Lehramtskandidatin zeigt, die Gemüter. Zu schnell sind in den Medien und den Hinterköpfen die Stereotypen parat: Eine türkischstämmige Jugend, egal ob mit oder ohne deutschen Paß, zieht, vom Fundamentalismus verlockt, auf Konfrontationskurs mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung durch unsere Städte.
Das Urteil des Berliner Oberverwaltungsgerichts vom 4. 11. 98, das es der Islamischen Föderation gestattet, an öffentlichen Schulen des Landes Berlin islamischen Religionsunterricht anzubieten, sorgt nun erneut für Schlagzeilen.

Recht auf Religionsunterricht

Das Grundgesetz (Art. 7, Abs. 3) bestimmt, daß Religionsunterricht an öffentlichen Schulen ordentliches Lehrfach ist, das in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt wird. Bremen und Berlin berufen sich auf den Artikel 141 des Grundgesetzes. Hier ist Religionsunterricht kein ordentliches Lehrfach und wird nicht von den Schulbehörden, sondern von den Religionsgemeinschaften organisiert. In Brandenburg, wo die Mehrheit der Schüler konfessionslos ist, beruft man sich ebenfalls auf den Artikel 141 GG und hat das konfessionell neutrale Schulfach LER (Lebenskunde-Ethik-Religion) eingeführt.
Als das Grundgesetz vor 50 Jahren beraten wurde, war klar, daß mit Religionsgemeinschaften die evangelische und katholische Kirche gemeint waren. Niemand ahnte damals, daß heute 2,7 Millionen Muslime in Deutschland leben würden, von denen ca. 700 000 deutsche Schulbänke drücken. Da es aber keine den Kirchen vergleichbare islamische Institution gibt, die festlegen könnte, was denn die Grundsätze der islamischen Religionsgemeinschaft seien, gibt es bisher für muslimische Kinder keinen Religionsunterricht an deutschen Schulen.

Islamischer Religionsunterricht als Teil des türkischen muttersprachlichen Unterrichts

Für die ca. 500 000 türkischen Schülerinnen und Schüler gibt es in den meisten Bundesländern eine islamische religiöse Unterweisung als Teil des muttersprachlichen Unterrichts. In Bayern, wo die Ehrfurcht vor Gott als Erziehungsziel im Schulgesetz verankert ist, geschieht dies vormittags, während die christlichen Mitschüler Religionsunterricht haben. Die Lehrkräfte werden nur für wenige Jahre aus der Türkei entsendet, haben geringe Deutschkenntnisse und kaum einen Einblick in den Alltag in Deutschland. Sie bereiten die Kinder auf eine Rückkehr in die Türkei vor, die in den meisten Fällen nicht stattfinden wird.
Auch in Berlin findet in den Gebäuden der Grundschulen vom türkischer Konsulat getragener Türkischunterricht und – mit Einverständis der Eltern – Religionsunterricht statt. Dies geschieht aber nachmittags, wenn die meisten Kinder Schularbeiten machen oder attraktiveren Freizeitaktivitäten nachgehen, mit entsprechend geringer Beteiligung.
Hamburg und Nordrhein-Westfalen haben für den islamischen Religionsunterricht im Rahmen des türkischen muttersprachlichen Unterrichtes eigene Curricula und Lehrbücher entwickelt. Besonders das NRW-Modell gilt als vorbildlich. *Dinimizi Ögreniyoruz* (Wir lernen unsere Religion) heißen die Schulbücher, die vom Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest seit 1979 entwikkelt wurden. Inzwischen liegen sie für die Klassenstufen 1–10 vor. Beratend waren bei der Entwicklung auch Wissenschaftler von theologischen Fakultäten türkischer Universitäten und der Al-Azhar Universität in Kairo beteiligt, aber die Federführung behielt das Landesinstitut, das darauf drängte, daß der Ausgangspunkt des Lehrplanes die Lebenswelt der türkischen Kinder in Deutschland ist. Inzwischen haben 700 türkische Lehrerinnen und Lehrer die 100 stündige Fortbildung absolviert, die sie befähigt, diesen Religionsunterricht zu erteilen. Sie müssen unterschreiben, daß sie Muslime sind und den Religionsunterricht freiwillig geben. Trotz des allgemeinen Lobes über das NRW-Modell bleiben zwei entscheidende Kritikpunkte: der Unterricht findet auf Türkisch statt und schließt damit nicht-türkische Muslime aus, und es wird nur die sunnitische Version des Islam dargestellt. Türkische Aleviten finden ihre Glaubensvorstellungen in den Lehrplänen nicht wieder.
Mit dieser Notlösung eines islamischen Religionsunterrichtes als Teil des muttersprachlichen Unterrichts ist niemand glücklich. Die Schulbehörden glauben erst handeln zu können, wenn sich die Muslime in Deutschland zu einer allgemein anerkannten islamischen Kirche zusammen gefunden haben. Die 1995 gegründete *Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland* (FÖTED), in der sich vor allem liberale, dem Laizismus verpflichtete Eltern zusammengefunden haben, möchte eine „Islamische Religionskundliche Unterweisung" unter Aufsicht der Schulbehörden. Im Februar 1998 veranstaltete FÖTED zusammmen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Seminar zum Thema. Neben dem Aspekt der Ungleichbehand-

lung christlicher und muslimischer Schüler wurde auch die Tatsache beklagt, daß die Schulbehörden das Feld des islamischen Religionsunterrichtes den zahlreichen nachmittags und abends stattfindenen Korankursen überlassen, in denen vielleicht fundamentalistische, in jedem Fall aber integrationsfeindliche Inhalte vermittelt werden.
In die gleiche Richtung weisen auch zahlreiche Pressestimmen zum Thema. „Das Kreuz mit Allah an den Schulen" titelt die *taz* und „Allah ist schulreif" befindet *Die Zeit*.[1]

Die Islamische Föderation als ungeliebter Anbieter

Nun hat das Berliner Oberverwaltungsgericht mit seinem Urteil vom 4. 11. 98 erneut Bewegung in die festgefahrene Situation gebracht. Die Islamische Föderation, befanden die Richter, sei eine Religionsgemeinschaft und dürfe an Berliner Schulen Religionsunterricht anbieten. Damit wurde ein Urteil des Verwaltungsgerichtes vom November 1997 revidiert, das der Islamischen Föderation diesen Status absprach. Die 1980 gegründete Islamische Föderation Berlin bemüht sich seit 1982 darum, islamischen Religionsunterricht anbieten zu können. 1990 initiierte sie die Gründung der ersten privaten muslimischen Grundschule in Berlin.
Kritisiert wird die Islamische Föderation vor allem wegen ihrer Nähe zur *Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs* (IGMG), die vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft wird[2] und für einen politischen Islam mit enger Verbindung zu Erbakans *Refah Partisi* bzw. *Fazilet Partisi* steht.[3] Liberale Vertreter der türkisch-stämmigen Bevölkerung, wie Cem Özdemir (GRÜNE) und Kenan Kolat (Türkischer Bund Berlin-Brandenburg) sind besorgt über das Urteil. Auch die Berliner Schulverwaltung, die sich nun mit der Islamischen Föderation über Lehrpläne und Lehrkräfte verständigen muß, hätte sich einen anderen Anbieter gewünscht.

Auf dem Weg zu einem „deutschen Islam" ?

Doch trotz aller Vorbehalte gegen die Islamische Föderation ist festzuhalten: Der Unterricht in den Schulen wird auf Deutsch stattfinden und nicht wie die gegenwärtig von der Islamischen Föderation angebotenen Korankurse auf Türkisch. Während der Islam in Berlin gegenwärtig nur als eine Art Bestandteil türkischer Kultur erscheint, wird damit ein Schritt in Richtung auf einen Islam als eine „normale" Religion in Deutschland getan. Je mehr die Tatsache, daß der Islam eine Religion in Deutschland ist, in der Gesellschaft akzeptiert wird und je weniger beim Stichwort Islam an Huntingtons „Kampf der Kulturen" gedacht wird, desto unattraktiver werden Vereinigungen wie die Islamische Föderation, die ihren Anhängern nahelegen, sich vor den Gefahren und Vorurteilen dieser Gesellschaft durch Rückzug und Isolation zu schützen.
Es bleibt abzuwarten, wieviele Kinder an dem islamischen Religionsunterricht teilnehmen werden. Die meisten Schülerinnen und Schüler Berlins nehmen an gar keinem Religionsunterricht teil.

■ *Reinhard Fischer, Mitglied der Redaktion*

1 die tageszeitung vom 29.5.1997, DIE ZEIT vom 23.7.1998

2 Der Verfassungsschutz räumt aber ein, daß IGMG-Mitglieder „aktuell kein Bedrohungspotential für die Sicherheitslage Berlins darstellen". Landesamt für Verfassungsschutz: Islamismus als politische Ideologie. Durchblicke 4.Jg. (1997) Nr 8, Berlin 1997.S.66.

3 Während die meisten deutschsprachigen Zeitungen besorgt von der Nähe der Islamischen Föderation zu Milli Görüs berichteten titelte die türkischsprachige Hürriyet in ihrem Bericht über das Urteil:" Elaubnis für Milli Görüs Religionsunterricht zu erteilen". Hürriyet 5.11.98.

Mohammad Khatami: Resümee der Regierung eines „entrechteten" Staatspräsidenten

Asghar Schirazi

Am 20. August 1998 jährte sich zum ersten Mal der Amtsantritt des iranischen Staatspräsidenten Mohammad Khatami. Sowohl im Wahlkampf als auch in der programmatischen Erklärung, die er bei seinem Amtsantritt abgab, versprach er große Reformen in allen Bereichen des sozialen Lebens, er versprach vor allem, sich für eine liberale Gestaltung der Kultur und Politik einzusetzen. Es ist allerdings nicht einfach, eine Bilanz seiner bisherigen Regierungszeit zu ziehen, hat die iranische Regierung doch kaum Möglichkeiten, großartige Reformen durchzusetzen. Laut Verfassung der Islamischen Republik Iran verfügt der Staatspräsident, von einigen mehr oder weniger protokollarischen Befugnissen abgesehen, nur über sehr wenig Macht. Er ist zwar für die Umsetzung der Verfassungsprinzipien verantwortlich und ist Chef der Exekutive, hat aber bei Angelegenheiten, „die direkt den religiös-politischen Führer betreffen", nichts zu sagen. Derer gibt es derart viele, daß für den Präsidenten und seinen Ministerrat kaum mehr übrigbleibt als rein administrative Aufgaben und die Entscheidungsgewalt über Detailfragen der Staatsführung und Entwicklungsplanung. Aber selbst auf dieser Ebene werden viele Fragen hauptsächlich von der Legislative, vom Führer selbst und von den ihm unterstehenden verfassungsmäßigen Organen entschieden.

Gemäß einem der ideologischen Grundsätze, auf denen – wenngleich nicht explizit – die Verfassung beruht, wird die Herrschaft über das Volk von einem schiitischen Rechtsgelehrten ausgeübt, so daß der religiös-politische Führer über der Verfassung steht. Diesem Grundsatz nach kann er über die Verfassung hinweg in jede Einzelheit der Staatsführung eingreifen oder gar einzelne Sätze der Verfassung außer Kraft setzen. Außerdem besetzt ein ganzes Heer von – in der Verfassung nicht vorgesehenen – „Vertretern" führende Positionen in der Administration, die dort jede Bewegung überwachen. Des weiteren kontrolliert der Führer die wichtigsten Unternehmen, die in den ersten nachrevolutionären Jahren verstaatlicht worden sind, wie zum Beispiel die „Stiftung der Entrechteten und Kriegsbeschädigten" und die „Stiftung der Märtyrer". Diese Unternehmen verfügen über so viel Einfluß, daß sie jederzeit die ökonomischen Prozesse im Lande beeinflussen können. Zusätzlich zu diesen verfassungskonformen und den der Verfassung übergeordneten Strukturen gibt es eine mit diesen eng verflochtene klientelistische Machtstruktur, deren Existenz in Widerspruch steht zum Reformprogramm eines Staatspräsidenten, das die Gesetzmäßigkeit der Staatsführung zum obersten Prinzip erklärt hat.

Überall dominieren politische Gegner Khatamis, die sich in zahlreichen Klientelnetzen sowie in einigen religiösen, korporativen und politischen Organisationen organisiert haben. Selbst in seinem Kabinett sitzen viele Minister, die sich während des Wahlkampfes mehr oder weniger offen gegen ihn ausgesprochen haben. Selbst bei der Wahl seiner Stellvertreter und bei der Bestimmung seiner Berater und sonstigen Mitarbeiter konnte Khatami nicht immer Gleichgesinnte durchsetzen. Dies lag allerdings nicht nur am konservativen Lager, das einen entsprechenden Druck ausübte, sondern auch daran, daß er selber keine Partei vertritt, aus der er seine Mitarbeiter hätte rekrutieren können. Das systemtreue Lager, das ihn unterstützt, ist bei vielen entscheidenden Fragen anderer Ansicht als Khatami.

Das Parlament: Eine Bastion der Konservativen

Khatamis Gegner setzen seit seinem Amtsantritt alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ein, um ihm das Regieren so schwer wie möglich zu machen. Sie nutzen Khatamis Aufruf zur Einhaltung der Gesetze, um mit Hilfe von denjenigen, die sie selbst in den letzten 20 Jahren erlassen haben – wozu vor allem die Verfassung selbst gehört –, die von Khatami beabsichtigten Reformen zu vereiteln. Darüber hinaus bedrohen sie die Befürworter von Reformen mit dem Einsatz des Militärs, der Polizei und der Schlägertruppe der Hezbollah. Dann versuchen sie, das Reformlager zu spalten, indem sie die Person des Staatspräsidenten loben und zugleich seine aktiven Mitarbeiter anprangern. Dadurch erhoffen sie, Khatami auf ihre Seite ziehen zu können.

Über das Parlament, in dem die Konservativen die Mehrheit stellen und das den vom Präsidenten vorgeschlagenen Ministern ausdrücklich das Vertrauen aussprechen muß, haben diese von Anfang an auf die Politik der neuen Regierung Einfluß genommen: So war Khatami gezwungen, Kompromisse bei der Aufstellung seiner Ministerriege einzugehen. Aber auch während der Amtszeit eines Ministers kann das Parlament ihm jederzeit das Vertrauen entziehen und ihn somit zum Rücktritt zwingen: So machte sich der Innenminister mit seiner Perso-

nalpolitik und der teilweisen Tolerierung der Demonstrationen von Reformbefürwortern bei den Konservativen unbeliebt und verlor das Vertrauen des Parlaments und damit, acht Monate nach seiner Ernennung, auch sein Amt. Auch der Kulturminister mißfällt den Konservativen wegen seiner verhältnismäßig liberalen Presse- und Kulturpolitik und muß mit dem gleichen Schicksal rechnen, das seinen Kollegen ereilte. Um dies zu vermeiden, stimmte er wahrscheinlich dem durch den Justizapparat verhängten Verbot der Zeitung *Tous* zu, der einzigen Tageszeitung, die der systemexternen Opposition zuzurechnen war.

Aber nicht nur seinen Einfluß hinsichtlich der Kabinettszusammensetzung macht das Parlament geltend, um die von Khatami angestrebten Reformen zu verhindern. Zwei Gesetzesinitiativen erregten in diesem Zusammenhang das meiste Aufsehen, die eine zur Trennung der Geschlechter in Krankenhäusern und sonstigen Anstalten des medizinischen Dienstes und die andere zum Verbot des Mißbrauches von Frauen in der Presse zu Werbungszwecken. Während die erste Gesetzesinitiative als eine direkte Herausforderung des Präsidenten verstanden wurde, diente die andere offenbar als legaler Vorwand, um die Presse weiter zu gängeln. Aufgrund heftiger Proteste der Öffentlichkeit wurden zwar die beiden Gesetzesvorlagen abgemildert, aber keineswegs aufgegeben. Weitere parlamentarische Schritte gegen die Regierung sind die Änderung des Haushaltsplanes zugunsten der vom konservativen Lager beherrschten staatlichen Stellen, wie beispielsweise die Rundfunk- und Fernsehanstalten, sowie die parlamentarische Initiative zur Änderung des Wahlgesetzes, wobei u. a. versucht wurde, das Mindestalter der Wahlberechtigten von 15 auf 18 Jahre heraufzusetzen, da Khatami vor allem von Jugendlichen gewählt wurde. Nach Protesten setzte der parlamentarische Ausschuß, der diese Initiative ergriffen hatte, das Mindestalter nicht auf 18, sondern auf 16 herauf.

Wo von den Schritten der Legislative gegen die neue Regierung die Rede ist, darf der Wächterrat nicht vergessen werden, der befugt ist, gegen die parlamentarischen Beschlüsse Veto einzulegen, wenn er dort einen Widerspruch zur Scharia bzw. zur Verfassung feststellt. Er ist des weiteren befugt, die persönliche Eignung der Bewerber für die Kandidatur bei der Wahl der Parlamentsabgeordneten, des Staatspräsidenten und der Mitglieder des Expertenrates zu überprüfen, der über die Ernennung bzw. Absetzung des religiös-politischen Führers entscheidet. Von konservativen Geistlichen und zivilen Juristen besetzt, nutzt der Wächterrat diese Befugnis aus, bei allen Wahlen die Kandidaten der gegnerischen Seite abzulehnen, so z. B. bei den am 23. Oktober 1998 abgehaltenen Wahlen zum Expertenrat, der über die Ernennung bzw. Absetzung des omnipotenten religiös-politschen Führers entscheidet. Von 396 Bewerbern lehnte der Wächterrat 229 entweder direkt ab oder sorgte dafür, daß sie aus Protest oder aus Angst vor Repressalien ihre Bewerbung zurücknahmen.

Auf der Ebene der Gesetzgebung hat eine zwischen dem religiös-politischen Führer, Khamene'i, und dem ehemaligen Staatspräsidenten, Rafsanjani, getroffene Vereinbarung bereits vor der Wahl des neuen Staatspräsidenten für weitere Einschränkung der Entscheidungsbefugnisse der Regierung gesorgt, und zwar durch die Erweiterung der Zahl der Mitglieder sowie der Kompetenzen des Feststellungrates. Dieses Gremium entscheidet laut Artikel 110 und 112 der Verfassung über die zwischen dem Parlament und dem Wächterrat umstrittenen Gesetzentwürfe durch Schiedsspruch; es berät darüber hinaus den Führer bei der „Bestimmung der allgemeinen Richtlinien der Politik". Informell fungiert der Feststellungsrat auch als eine selbständige gesetzgeberische Instanz und gibt Gesetze nach Wunsch des Führers bzw. einzelner staatlicher Stellen heraus. Seitdem die genannte Vereinbarung getroffen wurde, ist dieser von konservativen Mitgliedern dominierte Rat in allen seinen Kompetenzbereichen tätig. Mit zur Schau getragener Vehemenz konzentriert er sich vor allem um die Bestimmung der allgemeinen Richtlinien der Politik und tritt so in aktive Konkurrenz mit der Regierung.

Besonders aktiv geht der Vorsitzende der Judikative (*re'ise qovvehye qaza'iyeh*) zusammen mit dem Großteil des unter seinem Befehl stehenden richterlichen Appara-

tes im Justizministerium gegen die Träger der Reformpolitik vor. Am auffallendsten war das Vorgehen gegen den Bürgermeister von Teheran, Qolamhoseyn Karbastschi, dem man Amtsmißbrauch und Veruntreuung der Staatsgelder im großen Ausmaß vorwarf und den man in erster Instanz zu einer hohen Strafe verurteilte. Als Beweis galten u.a. manche durch Folter erpreßten Aussagen von Bezirksbürgermeistern gegen ihn. Mit seiner Verurteilung wollte sich das konservative Lager für den bei der Wahl des Staatspräsidenten erlittenen Verlust rächen, bei der Karbastschi besonders aktiv für Khatami geworben hatte. Mit besonderem Eifer verfolgt der Justizapparat die Presse, besonders jene Presseerzeugnisse, die dank der Lockerung der Zulassungsbestimmungen von der system-externen Opposition herausgegeben werden. Es vergeht kaum eine Woche, in der kein Verantwortlicher für eine Zeitung oder eine Zeitschrift vor den Kadi gezogen wird. Meistens werden sie mit einer mehr oder minder harten Strafe für Vergehen gegen die öffentliche Moral, für politische Straftaten usw. belegt. Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang besonders die Verfolgung der gerade erst erschienenen oppositionellen Tageszeitung *Jame'eh* (Gesellschaft), die verboten wurde. Mit dem Verbot ihres Erscheinens endete auch die Verfolgung weiterer Presseerzeugnisse. Inzwischen sind fast alle bedeutenderen Zeitschriften, die das System von außen kritisieren, entweder verboten worden, oder man hat ihnen nahegelegt, daß es für sie besser wäre, ihr Erscheinen einzustellen. Des weiteren handelt der Justizapparat gegen die neue Regierung, in dem er die Augen vor den Ausschreitungen der Schlägerbanden der Hezbollah gegen die Befürworter der Reform verschließt und ihnen somit freie Hand gibt, ihre Straftaten ungehindert fortzusetzen.

Hierbei erhält die Justiz die Unterstützung der Ordnungskräfte, die sich weigern, aktiv gegen die Straftäter vorzugehen. Die Ordnungskräfte unterstehen wiederum dem Führer. Sie dulden sehr auffällig das häufige Vorgehen der Schlägerbanden gegen die Presse, Filmvorführungen, Vortragsveranstaltungen, Kundgebungen, Trauerversammlungen u. ä., selbst wenn sie von der syteminternen Opposition organisiert werden. Erst nachdem diese Banden am 4. September 1998 gegen den Minister für Kultur und den abgesetzten Minister für Inneres handgreiflich wurden, konnte der Führer nicht umhin, die Ordnungskräfte aufzufordern, gegen sie tätig zu werden. Von seiner genuin konservativen Einstellung bewegt, und durch den Zwang zur Rücksichtnahme auf die Übermacht der Konservativen im Staat zusätzlich induziert, hat Ayatollah Khamene´i als Führer auch ansonsten kaum einen Schritt unternommen, der die Position der neuen Regierung entscheidend gestärkt hätte. Bezeichnenderweise hat er sich, solange der abgesetzte Minister für Inneres, der Geistliche Abdollah Nuri, noch im Amt war, geweigert, ihm, wie im Falle seines Vorgängers, den Oberbefehl über die Ordnungskräfte zu überlassen. Damit war der Minister, obwohl verantwortlich für die innere Ordnung, gegen die Schlägerbanden der Hezbollah machtlos. Nachdem Nuri abgesetzt worden war, erhielt sein Nachfolger Musawi Lari zwar die erwähnte Vollmacht, aber ohne Befugnis, die leitenden Posten der Ordnungskräfte nach seinem Willen zu bestimmen.

Khatamis „stille Diplomatie"

Gegen diese dreidimensionale (formelle, informelle und supraformelle) Übermacht hätte das Reformprogramm Khatamis erst dann ernsthafte Aussicht auf Erfolg gehabt, wenn er es sich zur Aufgabe gemacht hätte, entschlossen genug und durch Anwendung adäquater Mittel dagegen vorzugehen. Hierzu würden aber die verfassungsmäßigen Befugnisse eines Staatspräsidenten keineswegs ausreichen. Er müßte sich auf andere Säulen der Macht stützen. Aber einzig die Macht jener großen Mehrheit der Bevölkerung, die ihm bei der Wahl ihre Stimme gab, stände ihm zur Verfügung. Selbst wenn er seine Gegner nur an die bestehende Verfassung binden, d.h. die Macht der nicht verfassungsmäßigen Strukturen beschneiden wollte, müßte er sich daran machen, die aktive Unterstützung der Bevölkerung für seine Reformvorhaben zu mobilisieren und ihr eine organisatorische Form zu geben. Er hätte damit zumindest erreichen können, daß der religiös-politischer Führer sich veranlaßt fühlte, Machtinstanzen, deren Mitglieder direkt und indirekt von ihm ernannt werden, mit Reformern zu besetzen. Statt dessen hat er sich bisher darauf konzentriert, seine Gegner von der Notwendigkeit der Reformen zu überzeugen. Hierzu bedient er sich im Gegensatz zu seinen ursprünglichen Versprechungen einer Strategie der „stillen Diplomatie", was unter anderem bedeutet, daß er viel weniger als erwartet die Bevölkerung über die Probleme unterrichtet, die ihm bei der Führung seines Amtes begegnen, und über die Maßnahmen, die er trifft, um sie zu lösen. Auf der anderen Seite fordert er ständig und mit großer Geduld seine Gegner

auf, Gesetze zu befolgen, auf Gewaltanwendung zu verzichten und sich ihren Gegnern gegenüber in Toleranz zu üben. Er begründet seine Forderungen mit seinem Islamverständnis, das Religion und Freiheit für kongruent erklärt.

Über die Gründe, die Khatami diese Strategie ergreifen ließen, können verschiedene Überlegungen angestellt werden. Als Geistlicher, der sich seit Beginn der Revolution auf die Seite der Herrschaft der klerikalen Rechtsgelehrten geschlagen hat, könnte er darauf bedacht sein, das Beispiel Gorbatschow vermeidend, eine Politik zu vermeiden, die zur Beendigung dieser Herrschaft führen würde. Denn unter Menschen, die ihn gewählt haben und die er für eine dezidiertere Reformpolitik hätte mobilisieren müssen, gibt es zu viele, die sich für diesen Ausgang der Auseinandersetzungen aussprechen würden. Auf der anderen Seite sind sich selbst seine Kritiker im Lager der demokratisch orientierten islamischen und säkularistischen Intellektuellen nicht sicher, ob ein entschiedeneres Vorgehen gegen die Macht der Konservativen nicht die putschartige Reaktion der Armee der Revolutionsgarden heraufbeschwören würde. Oft genug haben die Kommandanten dieser Arme mit einer solchen Reaktion gedroht. Sie reden offen von der Libanonisierung des Iran und drohen ihren Gegnern damit, ihnen in diesem Fall die Köpfe abzuschlagen und die Zungen abzuschneiden. Auch wenn es heißt, daß 80% der Angehörigen dieser Armee Khatami gewählt hätten, kann nicht mit Sicherheit daraus gefolgert werden, daß sie sich im Falle eines Putsches dem Befehl ihrer Kommandanten widersetzen würden. Zu beachten ist außerdem, daß nicht nur Khatami, sondern auch die überwiegende Mehrzahl der systemexternen oppositionellen Kräfte sich gegen die Provozierung der gegnerischen Gewalt bzw. gegen Anwendung der Gewalt zur Durchsetzung der eigenen Ziele aussprechen, auch wenn sie nicht immer daraus den Schluß ziehen wollen, die stille Strategie des Präsidenten gutzuheißen.

Die mageren Erfolge der Regierung Khatamis

Mit dieser stillen Strategie kann die Regierung allerdings keine große Reformen durchsetzen. Außer kleinen, meist kaum wahrnehmbaren Schritten ist von ihr nichts zu erwarten. Dazu kommt die Stagnation auf vielen Ebenen. Die auffälligsten Fortschritte verzeichnete Khatamis Regierung auf dem Gebiet der Kulturpolitik. Durch die anfängliche Lockerung der Zensur und durch die Milderung der Bestimmungen für die Zulassung neuer Presseerzeugnisse ist die Zahl der neuen Zeitungen und Zeitschriften rapide gestiegen, ebenso die der neu publizierten Bücher. Inhaltlich unterscheiden sich diese im Vergleich zu der Situation vor der Implementierung der neuen Politik durch manche bisher verbotene und zensierte Meinungen über Politik, Kunst, Moral und Religion, die nun zum Teil publiziert werden dürfen. Allerdings sind inzwischen, wie bereits oben erwähnt, fast alle bedeutenderen Presseerzeugnisse der systemkritischen Opposition den Angriffen des religiöspolitischen Führers und des Justizapparates zum Opfer gefallen, d. h. verboten worden. Innenpolitisch sind die liberalisierenden Schritte der Regierung mit einer ebenso leichten Lockerung des Drucks auf die systemexterne Opposition begleitet worden, deren Parteien jedoch immer noch keine Zulassung erhalten. Die entsprechende Kommission ist mehrheitlich von Konservativen besetzt. Sie verzögert nach Kräften sogar die Erteilung der Zulassung für systeminterne oppositionelle Gruppen, welche Khatamis Regierung unterstützen. Gelänge es dem Innenministerium, die Vorbereitungen für die Wahl der Kommunalräte zu Ende zu führen und die Wahl selbst, wie versprochen, im Februar 1999 tatsächlich durchzuführen, dann hätte es einen entscheidenden Schritt in Richtung der Partizipation der Bevölkerung an der Verwaltung der Kommunen getan, obwohl das entsprechende, seit Jahren auf seine Ausführung wartende Gesetz inzwischen mehrfach zuungunsten seiner partizipatorischen Komponente verwässert worden ist. Außenpolitisch würde Khatami in Richtung auf Entspannung hinarbeiten, wenn er dazu die Macht hätte. Zu den Früchten einer solchen Politik würde sicher auch die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gehören. Mit seinem Interview im NBC am 8. Januar 1998, in dem er sich u.a. für einen kulturellen Dialog zwischen dem Iran und den USA aussprach, hat er einen ersten Schritt in diese Richtung getan; damit hat er allerdings die Grenzen seiner Macht bereits überschritten. Denn Entscheidungen über außenpolitische Fragen, besonders in so einem Fall, behält sich der religiöspolitische Führer vor. Die Entspannung, die inzwischen im Verhältnis zu arabischen Nachbarn, vor allem zu Saudi-Arabien, eingetreten ist, entspricht zwar seinen außenpolitischen Vorstellungen, ist jedoch nicht auf seine Initiative zurückzuführen. Sie ist vielmehr ein Ergebnis der veränderten regionalen Situation nach der Wahl der Likud-Regierung in Israel. Wirtschaftlich hat die neue Regierung keinen weiteren Erfolg zu verzeichnen, außer der Fertigstellung eines „Entwurfes zur Regulierung der Wirtschaft“, der, obwohl er von der die Regierung Khatami unterstützenden islamistischen Zeitung *Salam* als originell bezeichnet wird, u.a. wegen der schwachen Durchsetzungskraft der Regierung wenig Aussicht auf Operatio-

nalisierung hat. Real wird diese Wirtschaftspolitik von dem sturzartigen Fall der Preise für Erdöl bestimmt, der gerade nach der Wahl des neuen Präsidenten eingetreten ist und zahlreiche Entwicklungspläne zum Stillstand gebracht hat.

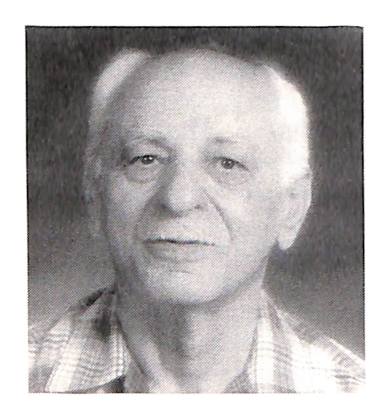
Das konservative Lager bietet keine Alternative

Zwar hat Khatami keine bedeutenden Erfolge erringen können, aber auch seine konservativen Gegner können nicht behaupten, sie wüßten, wie man die dringlichen Aufgaben der Wirtschaft, der Kultur und der Politik zu lösen hat, wie die brennenden Fragen der Jugend zu beantworten sind, wie auf das Verlangen von Frauen nach mehr Freiheit und Gleichheit reagiert werden muß und mit welchem Mittel den Herausforderungen der islamischen Intellektuellen zu begegnen ist. Sie sind auf all diesen Ebenen ans Ende ihres Lateins gelangt. Die Wirtschaft liegt mit zweistelligen Inflationsraten, hoher Arbeitslosigkeit, mangelnder Auslastung der produktiven Kapazitäten, großen Auslandsschulden, einem Rückgang der Erdölpreise und mit einer unaufhörlichen Talfahrt des Prokopf-Einkommens darnieder; das Ergebnis der fast zwanzigjährigen Indoktrinierung der Jugend mit der islamischen Ideologie muß der Sekretär des Feststellungsrates mit den Worten zusammenfassen, daß „zwischen den Kindern der Revolution und der nächsten Generation eine Wand entstanden ist, die ständig dicker wird.“ Außenpolitisch befände sich der Iran in fast totaler Isolation, wenn das Interesse an seiner geostrategischen Lage seine Nachbarn und die europäischen Staaten nicht veranlaßt hätte, seine Eskapaden auf diesem Gebiet in Kauf zunehmen. Der Sieg der Taleban in Afghanistan, und damit das Scheitern der Politik der Islamischen Republik gegenüber diesem Nachbarland, ist nur ein Beispiel für die Erfolglosigkeit der von den herrschenden Rechtsgelehrten betriebenen Außenpolitik. Ihr Verständnis des Islams überzeugt immer weniger die Gläubigen und führt, wenn nicht zu Unglauben, so doch dazu, daß sie sich moderneren Interpretationen der Religion zuwenden.

Der Überblick über die politische Situation im Iran seit Khatamis Regierungsbildung geriete zu kurz, wenn man ihn nicht mit einigen Sätzen über die Änderungen in der Zivilgesellschaft ergänzen würde. Khatamis Wahl ist selbst ein Ausdruck dieser Änderung. Eine seit Jahren schon mehr versteckt als offen agierende Gesellschaft nutzte die Gunst der Stunde aus, um mit der Wahl dieses Staatspräsidenten zum Ausdruck zu bringen, daß sie die repressive Herrschaft der Rechtsgelehrten, ihre Kultur- und Wirtschaftspolitik, ihre Moralvorstellungen, ihre Interpretation der Religion usw. ablehnt. Die Wahl Khatamis hat vorerst die Möglichkeiten für eine etwas offenere Manifestation dieser Bewegung erweitert. Ihr Mut zum Protest ist gewachsen und kommt in der wachsenden Zahl neu erschienener Zeitungen und Zeitschriften deutlich zum Ausdruck, wodurch immer breitere Teile der Bevölkerung erreicht werden. Autoren, die bislang zum Schweigen verurteilt waren, melden sich wieder offen zu Wort. Die Infragestellung aller bisher für heilig und unerschütterlich gehaltenen Glaubens- und Denkinhalte ist an der Tagesordnung, traditionelle Säulen der Legitimation der religiösen und politischen Macht geraten ins Wanken. Man unternimmt die ersten Schritte zur Organisierung dieser Bewegung in Vereinen und politischen Gruppen. Studentische Demonstrationen, bei denen nicht zuletzt die Revision der Verfassung gefordert wird, beenden die lang anhaltende politische Apathie bzw. Staatsgläubigkeit. Arbeiter wagen zu streiken, und die Opposition in den religiösen Seminaren erhält neuen Zulauf. Auch wenn die Enttäuschung über die von Khatami erwarteten und nicht erzielten Reformen wächst, schmälert dies nicht die Aussicht, daß die gesellschaftliche Basis, die ihm zur Macht verholfen hat, trotz aller immer wieder erlittenen und noch zu erwartenden Rückschläge an Breite und Stärke zunimmt.

Nayef Ballouz (1931–1998)

Alexander Flores



Ende August 1998 starb nach längerer Krankheit der syrische Philosoph Nayef Ballouz. 1931 geboren, studierte Nayef Ballouz in Damaskus Philosophie, war mehrere Jahre als Lehrer in Syrien tätig, absolvierte seinen Militärdienst und verbrachte von 1959 an ungefähr zehn Jahre im Ausland: zuerst als Journalist im Libanon, dann als akademischer Lehrer für Arabistik in China und schließlich in der DDR, wo er in Philosophie promovierte. 1969 kehrte er nach Syrien zurück und war seit dieser Zeit bis zu seinem Tod als Dozent, später als Professor der Philosophie an der Universität Damaskus tätig.

Nayef Ballouz gehörte zu der Generation von arabischen Intellektuellen, die sich in der Aufbruchstimmung nach der Entkolonisierung mit großem Engagement und Enthusiasmus der Entwicklung ihrer Länder verschrieben. Es ging dabei um die völlige Befreiung der arabischen Gesellschaften, die auch ein glücklicheres Leben der Menschen ermöglichen sollte. Streben nach vollständiger nationaler Befreiung, konsequenter Nationalismus mit Öffnung nach links, Eingliederung in das seinerzeit populäre „Dritte-Welt-Paradigma" mit Antiimperialismus, Guerillakrieg usw., im arabischen Osten noch einmal zugespitzt in der Palästinaproblematik – das alles führte zu intensiven Diskussionen und schlug sich in vielen Publikationen nieder, deren Höhepunkt in den späten 60er und 70er Jahre lag. Da blieben denn auch Illusionen und revolutionäre Phrasen nicht aus. Nayef Ballouz behielt bei allem Engagement den kühlen analytischen Kopf, und das war in der beschriebenen Situation auch nötig. Wollte man im Fieber des revolutionären Enthusiasmus den Überblick nicht verlieren, brauchte man Leute, die nüchtern blieben. Und mehr noch: Als mit der Konsolidierung der 70er Jahre alle kurzfristigen Hoffnungen auf völlige Befreiung und revolutionäre Veränderung zerstoben, war der klare Blick auf die realen Verhältnisse das notwendige Mittel gegen völlige Verzweiflung. Und daß Nayef Ballouz ein klarer Kopf und scharfer Analytiker war, war in seinem Umkreis, aber auch weit darüber hinaus, bekannt. So wurde sein Rat von linken und nationalistischen Kräften aus der ganzen arabischen Welt gesucht. Da aber seine Analyse oft unerbittlich ausfiel, fand sie keineswegs immer dankbare Aufnahme und machte ihm auch Gegner.

Nayef Ballouz war nicht der Mann der zahlreichen, schnell zusammengeschusterten Publikationen. Er spürte vielmehr stets das Bedürfnis nach gründlicher, sehr tiefgehender, auch historisch weit ausholender Analyse. Das trieb ihn zu den Studien, die in seine Berliner Dissertation mündeten, in der er Verbindungslinien zwischen der gnostischen Philosophie und der Entstehung des Islam zeigte: „Der frühe Islam und seine geisteskulturelle Vorgeschichte." Die Veröffentlichung dieser Monographie, die in der DDR vorgesehen war, wurde durch die Intervention der syrischen KP-Spitze bei der DDR-Führung verhindert, weil ihr Inhalt als möglicherweise zu brisant – und damit störend – beargwöhnt wurde. Dabei war Nayef Ballouz Marxist; zeitweilig war er im Umkreis der Kommunistischen Partei aktiv. Er war aber ein zu großer und unabhängiger Kopf, um die auch theoretisch einengende Parteidisziplin auf die Dauer zu ertragen.

Seine ureigene Wirkungsmethode war die mündliche Kommunikation: Vortrag, Unterhaltung, Streitgespräch. Kaum abzuschätzen, was er als akademischer Lehrer leistete, wie sehr er auf seine Studentinnen und Studenten wirkte. Er gab sich große Mühe mit ihrer Betreuung – auf eine mündliche Prüfung bereitete er sich oft so gründlich vor, daß man meinen konnte, er sei der Prüfling. Demensprechend wurde er auch geschätzt, ja geradezu verehrt.

Bei aller Unerfreulichkeit der Situation verlor Ballouz doch nicht den Mut, den Glauben an die Notwendigkeit und Machbarkeit von positiven gesellschaftlichen Veränderungen und die Lebensfreude. Naef Ballouz war voller Esprit und Charme; unterstützt von seiner Familie konnte er der vollendete Gastgeber sein. Unvergeßlich bleibt, wie er im Kreis von Kollegen und Freunden schlagfertig seinen Geist funkeln ließ und die Unterhaltung einen ganzen Abend lang beherrschte, ohne penetrant zu werden.

Die Umstände in Syrien der letzten Jahrzehnte erforderten, wenn man nicht mit dem Strom schwamm, politische Zurückhaltung und Kompromisse. Dem konnte sich auch Nayef Ballouz nicht ganz entziehen. Das Ausnutzen von Beziehungen, die Mitnahme von Vorteilen oder gar das geistige Söldnertum, das bei arabischen Intellektuellen verbreitet ist, machte er allerdings nie mit. Ja er setzte sich sogar prononciert – und gelegentlich schroff – dagegen ab. Auch dadurch war er unbequem und machte sich Feinde.

Nayef Ballouz' letzte Lebensjahre waren durch eine Krankheit überschattet, die seine Arbeitsfähigkeit gerade auf seinem ureigensten Gebiet einschränkte: dem unmittelbaren Kontakt mit Menschen als Lehrer. Darunter litt er sehr, und es war besonders erfreulich, daß in der letzten Zeit eine Besserung seines Zustandes eingetreten war, die ihm mit Veröffentlichungen und mehreren vielbeachteten öffentlichen Vorträgen, z. B. über Ibn Rushd aus Anlaß des 800sten Todesjahres, verstärkte Aktivitäten gestattete. Um so einschneidender und schmerzlicher ist sein plötzlicher Tod.

Mit Nayef Ballouz ist einer der wichtigsten Denker der arabischen Welt gestorben. Für viele geht mit seinem Tod eine Epoche zu Ende. Solche Köpfe wachsen nicht beliebig nach. Um so wichtiger ist es, an seine Person, sein Wirken und seinen Platz in der jüngsten arabischen Geistesgeschichte zu erinnern.

Die Jüdisch-Palästinensische Deklaration von Basel

Barbara Schärer

Die Jüdisch-Palästinensische Deklaration von Basel wurde im Januar 1998 auf deutsch, englisch, arabisch und hebräisch in Basel der Presse vorgestellt (inzwischen liegt sie auch auf französisch und italienisch vor). Sowohl das Zustandekommen und die Deklaration selbst sind außergewöhnlich.

Es hat in der Vergangnheit immer wieder Protesterklärungen gegen die israelische Politik nicht nur von Palästinensern im Exil, sondern auch von amerikanischen und europäischen Juden gegeben. Es gibt auch meist durch christliche Organisationen vermittelt, mehr oder weniger kontinuierliche Gespräche zwischen Juden und Palästinensern. Aber daß sich eine ohne Vermittlung Dritter entstandene, ausschließlich jüdisch-palästinensische Gruppe in Europa mit derart dezidierten Forderungen für eine politischen Lösung an die Öffentlichkeit wendet, ist ein Novum – und als Indiz für eine atmosphärische Veränderung vor allem eine Hoffnung.

Der einzige Wermutstropfen ist, daß auch in dieser Deklaration die Zwei-Staaten-Lösung gefordert wird – mit allen Nachteilen, die diese Kleinstaaterei haben kann. Aber vielleicht ist das tatsächlich in der jetztigen Situation die einzige wirklich realistische Lösung.

Die Gruppe, die diese Erklärung erarbeitete, ist für sich bemerkenswert und vielleicht ein Glücksfall: Etwa ein Dutzend Palästinenser und Juden aus dem Raum Basel/Freiburg treffen sich seit 1989/90 kontinuierlich und in derselben Zusammensetzung vier- bis sechsmal pro Jahr. Das Anliegen, das sie zusammengeführt hat, war zunächst nicht, nach außen zu wirken, wie sie es nun, am Ende einer langen Auseinandersetzung mit dieser Deklaration zu tun versuchen. Das Interesse war sehr persönlich.

Am Anfang standen auf beiden Seiten Skepsis, Zweifel an der Bereitschaft der Gegenseite, die eigene Position verstehen zu können und zu wollen, und vor allem der Wunsch, Fragen einem konkreten Gegenüber zu stellen. Die Auseinandersetzungen in der Gruppe waren nach anfänglicher Vorsicht oft hart, aber – so erklärt der Palästinenser Edward Badeen ihren Erfolg – auch sehr ehrlich. „Die höchsten Hürden liegen in uns selbst", sagte Peter Liatowitsch, einer der jüdischen Teilnehmer der Runde im vergangenen Januar bei der Pressekonferenz. „Es gilt, eigene Positionen, Vorurteile, Ängste aufzugeben oder sie überhaupt auch nur zu formulieren, offenzulegen und so dem anderen sichtbar zu machen, damit er sich auseinandersetzen kann."
Insgesamt bestand die Auffassung, daß seit Staatsgründung Israels jede israelische Regierung (über die Gemeinden auch in der Diaspora) versuche, das Feinbild aufrechtzuerhalten und direkte Kontakte zwischen Juden und Palästinensern zu verhindern. Die jüdischen Mitglieder der Gruppe etwa waren überrascht gewesen, daß und wie gut die Palästinenser die jüdische Leidensgeschichte unter dem Nationalsozialismus kannten und daß ihnen auch der – mehr oder weniger versteckte – Antisemitismus vieler propalästinensischer Stellungnahmen durchaus bewußt ist. Für einen der Palästinenser aus der Gruppe war es entscheidend, von einem jüdischen Teilnehmer während eines Diskussionsabends den Satz zu hören: „1948 haben wir gegenüber dem palästinensischen Volk ein Unrecht begangen."

Nicht unwesentlich mag zum konstruktiven Charakter der Gespräche beigetragen haben, daß alle Beteiligten die Erfahrung eines Lebens in der Fremde, in Exil oder Diaspora, und damit auch Erfahrungen von Diskriminierung teilen. Der palästinensische Psychoanalytiker Jihad Mazarweh beschreibt es so: „Als ich nach vielen Jahren im Ausland feststellte, daß all das, was ich in Israel an Diskriminierung erlebt habe, für jeden Ausländer in der Schweiz oder in Deutschland auch gilt, beschloß ich, für den Frieden in der Region (Palästina) zu arbeiten."

Auch daß der Gruppendruck in der Fremde schwächer ist als in der Konfliktregion selbst, wird von den Mitgliedern der Gruppe als förderlich für die Kompromißfindung gesehen, wenngleich es auch so für alle schwierig genug war. Die Basler wollen ihre vergleichsweise größere Freiheit künftig dazu nutzen, Gruppen mit ähnlichen Intentionen in Israel/Palästina zu unterstützen und in Basel selbst Treffen zwischen Palästinensern und Juden zu vermitteln.

Wie stark der Gruppendruck, aber vielleicht auch die angesichts der Entwicklung nur allzu verständliche Resignation ist, zeigt die Zahl der Unterschriften: Seit Januar haben 650 Menschen die Deklaration unterschrieben, die sich vorwiegend, aber nicht nur, an Juden und Palästinenser in aller Welt wendet. Doch nur ungefähr 10 % der bisherigen Unterzeichner gehören dieser Zielgruppe an. Dennoch wehrt Edward Badeen Angst und Resignation ab: „Wir müssen immer wieder versuchen, ein Loch in die uns umgebende Mauer der Hoffnungslosigkeit zu bohren."

Deklaration Seite 50

Jordanien: „Blut wäscht die Schande weg" – Ein Interview mit Rana Husseini zum Thema *honour crimes*

Renate Dieterich

Am 23. Juni 1998 wurde die 34jährige Iman Mohammad von ihrem Ehemann erstochen. Nachdem Mord stellte sich der Täter der Polizei und erklärte, er habe „die Ehre der Familie wiederherstellen wollen". 9 Tage zuvor hatte er seine Frau zu Hause in Gesellschaft eines Nachbarn angetroffen; den Beteuerungen, daß dieser Besuch kein Zeichen für eine außereheliche Beziehung seiner Frau war, schenkte er keinen Glauben.[1] Iman wurde damit Opfer eines sogenannten *honour crime*, also eines Mordes an einer Frau, die durch ihr angebliches oder tatsächliches „unmoralisches Verhalten" die Ehre der Familie beschädigt haben soll. In Jordanien machten *honour killings* in den letzten 10 Jahren bis zu 30% aller Morde aus; zwischen 75 und 100% aller weiblichen Mordopfer verloren ihr Leben auf Grund von *honour crimes* oder anderer Formen häuslicher und familiärer Gewalt.[2] Dabei muß allerdings von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden, da Selbstmorde oder Unfälle *honour killings* sein können, als solche aber nicht nachweisbar sind.

Häufig werden die Frauen auf Grund bloßer Vermutungen oder kursierender Gerüchte ohne irgendeinen Beweis getötet. Der Täter stammt zumeist aus dem engsten Familienkreis, oft ist er ein Bruder oder der Vater des Opfers. Das jordanische Strafgesetzbuch sieht in Artikel 340 eine deutliche Straferleichterung für denjenigen vor, der seine weiblichen Angehörigen in einer unmoralischen Situation vorfindet und daraufhin verletzt oder tötet. Artikel 98 des Strafgesetzbuches sichert darüber hinaus Strafmilderung zu, wenn ein Verbrechen im Affekt begangen wurde, wovon jordanische Gerichte bei einem *honour crime* in der Regel ausgehen. Die Täter können daher mit äußerst milden Strafen rechnen, während die ermordeten Frauen in ihrem sozialen Umfeld als die eigentlich Schuldigen gelten.

Die *Jordan Times*-Journalistin Rana Husseini, geboren 1967 in Amman, schreibt seit vier Jahren kontinuierlich über diese Art von Gewalt gegen Frauen und hat damit in einer bemerkenswerten Pionierleistung den Boden für eine breitere gesellschaftliche Diskussion in Jordanien bereitet. Rana Husseini hat für ihre journalistische Arbeit 1995 den MEDNEWS Preis der Europäischen Union erhalten, der jährlich an vier junge Journalisten aus dem Nahen Osten und Nordafrika vergeben wird, sowie 1998 den *Reebok Human Rights Award*. Allmählich wird das Thema auch in der arabischsprachigen Presse aufgegriffen, und im Frühjahr 1998 konnte ein Workshop unter Beteiligung verschiedener NGOs, von Pathologen, Polizeivertretern, Anwälten und Journalistinnen zum Thema abgehalten werden.
Das folgende Interview mit Rana Husseini wurde am 3. 9. 1998 in Amman geführt.

Könnten Sie in einigen Worten beschreiben, wie Sie dazu gekommen sind, über honour crimes zu schreiben?

Nachdem ich mein Studium in den USA abgeschlossen hatte, habe ich nach meiner Rückkehr nach Jordanien sofort begonnen, bei der Jordan Times als Reporterin für Verbrechen und Unfälle zu arbeiten. Nach wenigen Monaten stieß ich auf diese Verbrechen (*honour crimes*). Ich entdeckte die Ungerechtigkeit, die Frauen angetan wurde, die Art und Weise, wie sie getötet wurden und die Geschichten, die dem zugrunde lagen. Danach begann ich, zu den Gerichtsverhandlungen zu gehen und dort stellte ich fest, daß die Täter mit sehr niedrigen Strafen davonkamen, 3 Monate oder 1 Jahr, je nachdem. Ich begann daraufhin, mich tiefergehend mit diesem Problem zu beschäftigen. (...) Während meiner Untersuchungen habe ich auch herausgefunden, daß in vielen Familien Mädchen aus anderen Gründen getötet werden und ein *honour crime* nur vorgeschoben wird, z. B. wenn Frauen nicht auf ihren Erbanteil verzichten wollen. (...)

Welchem Druck sind Sie aufgrund Ihrer Arbeit ausgesetzt?

Von seiten der Zeitung erfahre ich sehr viel Unterstützung. (...) Es gibt eine Geschichte, (...) die mich wirklich sehr schockiert hat: Es ging um eine 16jährige, die von ihrem Bruder vergewaltigt wurde. (...) Er drohte damit, sie zu töten, falls sie ihrer Familie davon erzählen würde. Sie mußte es der Familie aber sagen, denn sie war schwanger; daraufhin unternahm der Bruder einen Mordversuch, den sie überlebte. Sie hatte eine Abtreibung und wurde danach an einen 60jährigen verheiratet. Nach 6 Monaten ließ er sich scheiden und in derselben Nacht wurde sie von ihrer Familie getötet. (...) Als ich die Familie befragte: „Warum habt ihr das Mädchen getötet und nicht den Bruder?" antworteten sie: „Sie hat ihn verführt." Selbst daran gaben sie ihr die Schuld. Ich berichtete darüber in der Zeitung. Am nächsten Tag rief mich eine hochgebildete Frau, die in einflußreicher Position tätig ist, in der Redaktion an. Sie erklärte, die Zeitung müsse mich daran hindern, weiter zu schreiben, denn ich berichte über Dinge, die nicht unsere Gesellschaft widerspiegelten. Sie sagte: „Das sind nicht wir, das ist nicht unsere Gesellschaft." (...)
Es hat mich besonders getroffen, weil es von einer Frau kam. Ich werde von niemandem direkt bedroht, weil es sich um eine Zeitung für ein englischsprachiges Publikum handelt, die nicht von so vielen Leuten gelesen wird. Aber hier geht es um ein Konzept, das von der ganzen Gesellschaft übernommen worden ist, daher ist es eher ein Kampf gegen die Gesellschaft als gegen Individuen. (...)

Sie besuchen auch die Familien der Opfer und versuchen, mit ihnen zu sprechen. Das stelle ich mir sehr schwierig vor.

Es ist sehr schwierig. Bei „normalen Verbrechen" versuche ich, die Familien nicht miteinzubeziehen, denn ich mache meine Arbeit nicht um der Sensationsheischerei willen. (...) In den Fällen von *honour crimes* sind die Familien zumeist stolz auf ihre Tat. In vielen Fällen wollen sie aber nicht darüber sprechen, denn Ziel des Mordes war es, die Gerüchte für immer zum Schweigen zu bringen. Sie wollen ihre Ehre retten, Blut wäscht die Schande weg. (...) Einmal sprach ich mit einer Mutter, deren 16 Jahre alte Tochter getötet worden war. Das Mädchen war Hirtin und ging zur Schule. Ihr Vater erhielt einen anonymen Brief, in dem ihr eine Affäre nachgesagt wurde. Ohne der Anschuldigung nachzugehen oder sonst etwas zu tun, schickte der Vater den Sohn, um das Mädchen zu töten. (...) Die polizeiliche Untersuchung später zeigte, daß sie unschuldig war und daß der Brief von einer eifersüchtigen Klassenkameradin stammte. Die Mutter sagte mir: „Es gibt nichts, was ich tun kann. Es ist ihr Schicksal. Möge Gott derjenigen vergeben, die den Brief geschrieben hat." (...) Manchmal sind die Mütter an den Verbrechen direkt beteiligt. Mütter oder andere weibliche Familienmitglieder haben bei diesen Morden nichts zu sagen, denn sie sind selbst unterdrückt. Wenn sie den Mund aufmachen, droht ihnen die Scheidung; hier kann man in kürzester Zeit geschieden werden. Sie können geschlagen werden. So wie sie erzogen werden, sollen sie keine eigene Meinung haben, nicht widersprechen, nichts sagen.

In welchen Regionen ereignen sich honour crimes am häufigsten?

In den armen und dicht besiedelten Gegenden. Auch auf dem Land. Das liegt daran, daß Gerüchte sich dort rasch verbreiten und die Familien keine andere Wahl sehen, als die Mädchen zu töten, um dem Gerede ein Ende zu machen.

Es ist aber doch kein religiöses Phänomen, denn Vergleichbares hat es auch in Südeuropa gegeben.

Ich möchte betonen, daß es kein religiöses Phänomen ist. (...) Diese Morde verletzen islamische Regeln. Der Islam hat nie zu Mord und Blutvergießen aufgerufen, sondern zum Verzeihen, zum Dialog.

Haben sich die Verhältnisse verändert, seitdem Sie mit Ihren Reportagen begonnen haben?

Ja, es hat sich eine Menge verändert. Es ist die Rede davon, daß das Strafrecht geändert werden soll. Ich weiß nicht, wie weitgehend diese Änderung sein wird, denn unser Parlament setzt sich aus 80 Männern zusammen. (...) Immerhin ist die Rede davon, die Strafen zu erhöhen. Bis jetzt sind die geplanten Änderungen nicht bekannt gegeben worden, es ist eine Art Geheimnis. Andere Pläne gehen dahin, ein Schutzzentrum aufzubauen. Das war indirekt auch schon seit langem meine Forderung. Es ist ein Problem, daß es bei uns Frauen gibt, die (in Gefängnissen) in Schutzhaft gehalten werden, weil sie Ehebruch begangen haben, wegen unmoralischen Verhaltens oder wegen einer außerehelichen Schwangerschaft. Die Polizei bringt die Frauen ins Gefängnis, um sie zu schützen, statt deren Familien einzusperren (die sie bedrohen). Es gibt dort Frauen, die auf unbestimmte Zeit im Gefängnis bleiben, weil ihnen der Tod droht, sobald sie entlassen würden. Auf der anderen Seite gibt es Väter, die eine Garantie unterzeichnen, daß sie ihre Töchter schonen werden. Dann kommt das Mädchen nach Hause, dort wartet der Bruder, und der bringt sie dann um. Der Vater beruft sich darauf, daß er zwar unterschrieben hat, der Sohn als der Täter aber nicht. Die königliche Familie hat sich der Sache mittlerweile auch angenommen. Kronprinz Hassan hat diese Morde mehrmals öffentlich verurteilt, der König hat über das Recht der Frauen auf ein Leben in Würde gesprochen, die Königin hat auch Stellung bezogen. (...) Ich denke, wir haben Unterstützung, aber wir brauchen mehr, wir brauchen konkrete Handlungen.

Mordstatistik Jordanien 1989 bis 1997

Jahr	Morde insgesamt	davon: honour crimes
1989	62	20
1990	82	22
1991	76	24
1992	93	27
1993	96	33
1994	87	24
1995	78	20
1996	108	19
1997	?	25

Quelle: Jordan Times, 6./.10.1994 und Information Rana Husseini

Was müßte Ihrer Meinung nach getan werden?

(...) Zunächst müßte man die *grassroots*-Organisationen stärker unterstützen, und die Funktionsträger müssen miteinbezogen werden. Sie müssen den Leuten sagen, daß *honour crimes* ein zu verurteilendes Verbrechen sind. Die Lehrpläne in den Schulen sind voller Vorurteile und Stereotypen (über die Rollenverteilung). (...) Wir brauchen auch mehr Aufklärung in den Medien. Man muß zeigen, daß auch der Täter ein Opfer ist. Er wird von seiner Familie gedrängt, die Tat zu begehen. Oft sind es Jugendliche unter 18, die dazu gedrängt werden, weil sie noch unter das Jugendstrafrecht fallen. Diese jungen Männer wissen ja gar nicht, was sie da tun. Sie sind einer Art Gehirnwäsche unterzogen worden. „Du mußt es tun! Die Ehre der Familie hängt an der Ehre der Tochter! Wenn sie die Ehre beschmutzt, muß sie sterben." (...) Man verspricht den Jungen eine Ehefrau, Arbeit, ein Stück Grund und Boden für die Zeit nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis. (...) Auch religiöse Würdenträger sollten sich des Themas annehmen und darüber mit den Leuten sprechen. (...)

■ *Renate Dieterich ist promovierte Islamwissenschaftlerin und lebt bei Bonn*

---

1 Vgl. Rana Husseini, Jordan Times, 25./26.6.1998.

2 Vgl. Stéphanie Latte Abdallah: Honour Crimes in Jordan, in: Jordanies 4/1997, S. 184–192.

Das Ende von Oslo

Dilip Hiro

Es war ein simpler, aber wichtiger Faktor, der das Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern am 23. Oktober in Wye zustande brachte: Das schnelle Verfallsdatum der Oslo-Abkommen von 1993. Nach dem 3. Mai 1999 ist es beiden Parteien freigestellt, ohne Absprache mit dem anderen zu handeln. Yasir Arafat hat immer wieder wiederholt, daß er am 4. Mai 1999 einseitig die Unabhängigkeit des Staates Palästina erklären würde, falls es keinen Fortschritt im Friedensprozeß gibt. Vermutlich würde Arafat dabei weder Ägyptens Präsident Mubarak noch König Husein von Jordanien konsultieren, so daß Kairo und Amman einen palästinensischen Staat anerkennen oder die Friedensverträge mit Israel beenden müßten. Dies wurde wohl auch von US-Präsident Clinton bedacht, als er 80 Stunden in die Wye Verhandlungen investierte, und führte auch dazu, daß Netanjahu in den sauren Apfel biß.

Das Ende von Oslo in Sicht

Der 4. Mai 1999 läuft der Oslo Friedensprozeß aus, der am 13. September 1993 mit der *Declaration of Principles* (DOP) begann. Das Oslo-Abkommen stellt den Rahmen dar für die endgültigen Statusverhandlungen und ist zeitlich begrenzt; außerdem legt es eine fünfjährige Interimsphase fest. Beide Parteien akzeptierten die DOP als eine Art Arbeitsdokument; am 4. Mai 1994 folgte in Kairo eine detaillierte Übereinkunft über das erste Stadium der palästinensischen Autonomie im Gazastreifen und Jericho, das Oslo I Abkommen, das u. a. zur Etablierung der Palästinensischen Autonomiebehörde durch die PLO führte. Am 3. Mai 1999 sollten auch die letzten strittigen Fragen geklärt sein: der Status von Jerusalem, das Problem der palästinensischen Flüchtlinge, die israelischen Siedlungen sowie die Beziehungen mit den Nachbarstaaten.
Da nun dieser Tag immer näherrückt, wäre eine Verlängerung der Interimsphase ein möglicher Ausweg aus der Sackgasse, was vor allem Netanyahu passen würde, dessen Likudvorgänger Yitzhak Shamir – und dies ist belegt – die israelischen Delegierten anwies, die 1991 in Madrid begonnenen Verhandlungen mit den Palästinensern auf zehn Jahre auszudehnen, so daß selbst Yitzhak Rabin und Shimon Peres nicht verhindern konnten, daß das Oslo-Abkommen nicht mehr termingerecht implementiert werden konnte.
Die erste Stufe der palästinensischen Autonomie, besonders im Gazastreifen (festgehalten in Oslo I), sollte spätestens Mitte Dezember 1993 vollendet sein. Die zweite Stufe in der Westbank und die Organisierung der Wahlen, festgehalten im Oslo II-Abkommen, sollten am 28. September 1995 beendet sein, erfolgte aber erst 14 Monate später. Die drei Umgruppierungen des israelischen Militärs sollten laut Oslo II Abkommen bis September 1997 durchgeführt werden; dieser Termin aber wurde verlängert bis zum August 1998, als Netanyahu die Verhandlungen führte, die am 14. Januar 1997 zur Unterzeichnung des Hebron-Protokolls führten. Trotz der schriftlichen Garantie des damaligen US-Außenministers Christopher Warren geschah jedoch nichts. Auch sollten die Verhandlungen über den endgültigen Status am 4. Mai 1996 beginnen und maximal drei Jahre andauern. Bis jetzt haben aber diese zähen und komplexen Verhandlungen noch nicht einmal begonnen.
Eine Verlängerung der Interimsphase muß Arafat Sorge bereiten. Er weiß genau, daß die Zeit auf Seiten der Israelis ist und ihnen Vorteile auf Kosten der Palästinenser verschaffen würde. Die israelischen Behörden konfiszieren mehr und mehr palästinensischen Boden und rechtfertigen dies mit Sicherheit, dem Bau von Verbindungsstraßen oder der Ausdehnung israelischer Siedlungen. „In diesem Falle", meint Ghassan Shakaa, Mitglied des Legislativrats, Mitglied des PLO Exekutivkomitees und Bürgermeister von Nablus, „wird es innerhalb weniger Jahre kein palästinensisches Land mehr geben, über das man reden könnte."
Kein Wunder, daß unter den Palästinensern die Ernüchterung über den Friedensprozeß immer größer wird. Saib Urayqat, bis vor kurzem palästinensischer Chefunterhändler, drückt das so aus: „Netanyahu tötet die Friedensidee. Im palästinensischen Gedächtnis ist Frieden jetzt eine Illusion." Dies führte dazu, daß Arafats Beliebtheit immer mehr abnimmt. Die letzte Meinungsumfrage, erstellt vom Centre for Palestine Research and Studies (CPRS) in Nablus, zeigt, daß ihm nur noch 48% zustimmen, obgleich er bei den Wahlen im Januar 1996 noch 87%. Der Stimmen erhalten hatte.

Arafats Optionen

Da die Friedensverhandlungen stagnierten, konzentrierte sich Arafat bei den Verhandlungen in den USA auf die einseitige Unabhängigkeitserklärung. Einige palästinensische Politiker fürchten, daß es sich dabei um eine Wiederholung der nationalen Unabhängigkeitserklärung vom November 1988 handeln wird: „Wir gaben damals eine symbolische Erklärung ab", so Ziyad Abu Amr, Vorsitzender des Politischen Komitees des Legislativrats, „wie oft müssen wir das noch machen?" Das Politische Komitee des Legislativrats berät derzeit über das Thema Staatsausrufung. Ende September trafen sich 120 Mitglieder (ungefähr ein Viertel der Gesamtmitgliederzahl) des Palästinensischen Nationalrats in Gaza, um die Konsequenzen eines solchen Schrittes zu diskutieren. Nach den Aussagen von Dr. Mahmud Zahar, Sprecher der Hamas in Gaza, beschäftigt sich die Organisation mit dem gleichen Thema.

Im allgemeinen hat Arafat folgende Optionen:
1. Er kann die symbolische Erklärung von Algier (1988) nachbessern, indem er die Grenzen des Staates definiert.

2. Er kann den unabhängigen Staat ausrufen in Übereinstimmung mit Präsident Mubarak und König Husein.
3. Er kann den souveränen Staat ohne deren Einverständnis ausrufen.

Unter den gegenwärtigen Umständen dürfte die erste Option bedeutungslos sein. Während der gesamten Verhandlungen nach Oslo hat Arafat eng mit Präsident Mubarak und König Husein zusammengearbeitet, was sich wohl kaum ändern dürfte, sollte es tatsächlich zur einseitigen Unabhängigkeitserklärung kommen; mit ihrer aktiven Unterstützung darf Arafat indes nicht rechnen. Vor allem die USA werden eine entscheidende Rolle spielen; besonders ihr Veto würde großes Gewicht haben. Es bleibt offen, ob sich Ägypten und Jordanien über die USA hinwegsetzen würden; vieles wird von der öffentlichen Meinung zu Hause abhängen, besonders in Jordanien, denn dort ist die Mehrheit der Bürger palästinensischer Herkunft.

Netanyahus Optionen

Es kann angenommen werden, daß Arafat nur in Übereinstimmung mit Mubarak und Husein die Unabhängigkeit erklären wird. Wenn Netanyahu dies akzeptieren würde, wäre er gut beraten, das Abkommen von Wye schnell umzusetzen. Er muß sich darüber bewußt sein, daß sein Handlungsspielraum eng begrenzt wäre, wenn Ägypten und Jordanien sofort den palästinensischen Staat anerkennen würden. Jede Aktion gegen den neuen Staat könnte unverzüglich zur Aufhebung der Friedensverträge mit Jordanien und Ägypten führen und dies würde seine Wiederwahl zum Ministerpräsidenten ernsthaft gefährden. Seine Nervosität ist offensichtlich; seine Behauptung, daß eine einseitige und willkürliche Ausrufung eines unabhängigen Staates Palästina eine fundamentale Verletzung der Osloabkommen wäre, läßt jedoch ein wichtiges Argument beiseite: Nach dem 3. Mai 1999 haben die Abkommen keine Gültigkeit mehr.

Wenn das Abkommen von Wye greifen sollte und Arafat trotzdem wieder mit der Staatsausrufung droht, wird Netanyahu folgende Optionen haben, die sich nicht gegenseitig ausschließen: Er kann grünes Licht für eine Militäraktion geben, eine politisch administrative Maßnahme anordnen und/oder eine ökonomische Abriegelung vorziehen. Auf jeden Fall wird der israelische Ministerpräsident Arafat für seine Unverfrorenheit bestrafen wollen. Er könnte argumentieren, daß eine einseitige Unabhängigkeitserklärung Israel von seinen in den Oslo-Abkommen eingegangenen Verpflichtungen befreien würde; ausserdem könnte Israel die israelisch-kontrollierten 72% der Westbank (C-Gebiete) annektieren, was jedoch die Zustimmung des Parlaments benötigen würde, was wiederum schwierig wäre.

Eine weitere Möglichkeit wäre, wenn Netanyahu Israels Gesetze und Administration auf die C-Gebiete ausdehnen würde. Die israelische Regierung hat dies nach dem Arabisch-Israelischen Krieg 1967 praktiziert, als es um die Erweiterung Ostjerusalem ging. Trotz der großen militärischen Überlegenheit Israels wäre es unrealistisch anzunehmen, daß die Palästinenser von ihren Waffen keinen Gebrauch machen würden. „Eine Unabhängigkeitserklärung würde bedeuten, daß wir unsere Souveränität auf ganz Gaza und die Westbank ausdehnen werden", erklärte Abu Amr. „Was wird also passieren, wenn unsere bewaffnete Polizei auf israelische Soldaten außerhalb Ramallahs oder Nablus stößt? Wir werden sie bekämpfen müssen."



Ich finde, er hat doch viel Land!

Letztendlich gibt es für Netanyahu auch eine gewaltlose Option: Er verhängt eine ökonomische Blockade über die palästinensischen Gebiete. Jedoch wird im Gegensatz zu den früheren Blockaden ein qualitativer Unterschied bestehen: Jetzt würde Israel die Ökonomie eines palästinensischen Staates ersticken, der von 114 Ländern anerkannt ist, die nach der 1988 erfolgten Deklaration des unabhängigen palästinensischen Staates der PLO den vollen diplomatischen Status zuerkannten. Die Nachbarstaaten zu Gaza und der Westbank, also Jordanien und Ägypten, würden humanitäre Hilfe leisten. Auch wäre es undenkbar, daß die EU, deren monetäre Hilfe die palästinensische Autonomiebehörde am Laufen hält, sich nur als Zuschauer verhielte, wenn das ökonomische Austrocknen zu einer menschlichen Tragödie führt. Selbst Menschen aus der jüdischen Diaspora könnten ihre Stimmen erheben, wie es schon einmal 1982 bei der israelischen Libanoninvasion geschah.

Selbst nach Unterzeichnung des Wye-Abkommens gibt es noch zu viele unbekannte Größen, so daß es kaum möglich ist, in die Zukunft zu schauen. Aber trotz all der Drehungen und Wendungen hat Netanyahu konsequent seine überspannten Doktrin befolgt, nämlich arabische Erwartungen niedrig zu halten, ob es nun palästinensische, syrische oder libanesische sind. Dies ist die zentrale Säule, mit der er den Palästinensern immer wieder verdeutlicht, daß ein unabhängiges Palästina für sie keine Option darstellt. Es wäre natürlich eine Ironie der Geschichte, wenn diese halsstarrige Politik am 4. Mai 1999 zu einem gegenteiligen Ergebnis führen würde.

■ *Aus: Middle East International, Nr. 586, 30. Oktober 1998. Übersetzung aus dem Englischen: Norbert Mattes*

Flug LY 1862 und Israels Chemiegeheimnisse

Mouin Rabbani

Am 4. Oktober 1992 startete eine Transportmaschine der israelischen Fluggesellschaft EL AL mit der Flugnummer LY 1862 vom Amsterdamer Flughafen Schiphol in Richtung Tel Aviv; sie hatte in Amsterdam, von New York kommend, eine Zwischenlandung eingelegt. Ungefähr zehn Minuten nach dem Start stürzte der Boeing Jumbojet, Typ 747-200, in der Amsterdamer Vorstadt Bijlmermeer in eine Wohnsiedlung, wobei die dreiköpfige Crew und mindestens 43 Bewohner getötet wurden. Da sich in den abgebrannten Gebäuden auch illegale Immigranten aufhielten, ist die tatsächliche Zahl der Todesopfer wahrscheinlich beträchtlich höher. Während sich die unmittelbaren Untersuchungen auf die Ursachen des Desasters konzentrierten, versuchten sowohl die israelischen als auch die niederländischen Behörden offensichtlich, die Öffentlichkeit über die von dem Jumbojet transportierte Fracht systematisch zu täuschen, so daß bald niemand mehr daran glaubte, daß die Fracht nur aus „Parfüm und Geschenkartikel" bestanden habe, wie behauptet wurde.
In der Tat erschienen in den letzten sechs Jahren eine Menge Berichte in den holländischen Medien darüber, wie Israel mit Hilfe gefälschter Begleitpapiere Zivil- und Frachtflüge dazu ausnutze, „strategische Militärgüter" vornehmlich US-amerikanischer Provenienz via Amsterdam nach Israel zu transportieren.

Nervengift

Den bisher schockierendsten Umstand enthüllten am 30. September 1998 Harm van den Berg und Karel Knip in der holländischen Tageszeitung *NRC Handelsblad*. Sie dokumentierten stichhaltig, daß Cargo-Flug LY 1862 drei der vier für die Herstellung des Nervengases Sarin benötigten Komponenten transportierte; das weltweit geächtete Sarin wurde z.B. bei dem Attentat einer japanischen Sekte auf die U-Bahn von Tokio im März 1995 benutzt, bei dem 12 Menschen getötet und mehr als 5000 verletzt wurden. Dem Zeitungsbericht zufolge belegten Dokumente, daß die EL AL Maschine in Wahrheit 189 Liter DMMP (Dimethyl Methylphosphonat) – die ausreichen, 270 Kilogramm Sarin zu produzieren – und kleinere Mengen der Sarin-Vorprodukte Isopropanol und Hyrdogenfluorid transportierte. Diese chemischen Substanzen seien, so der Bericht des *NRC Handelsblad*, Produkte der Firma *Solkatronic Chemicals of Morriston* aus dem US-Bundesstaat Pennsylvania, die Israel auch mit den gegen palästinensische Demonstranten eingesetzten CS- und CN-Tränengasen beliefert.
John Swanciger, Vizepräsident der *Solkatronic Chemicals*, gibt offen zu, daß seine Firma von den zuständigen US-Behörden sogar zweimal die Genehmigung erhalten habe, das einer strengen Exportkontrolle unterliegende DMMP nach Israel auszuführen, das überdies das einzige Land sei, das jemals von *Solkatronic Chemicals* DMMP geordert habe.

Die Rolle des IIBR

Gemäß der Gefahrengut-Deklaration, so das *NRC Handelsblad*, sei das *Israel Institute for Biological Research* (IIBR) in Nes Ziona bei Tel Aviv Empfänger des DMMP gewesen. Eine zweite Sendung habe *Shalom Chemicals* (sic!) in Nes Ziona angefordert, eine Firma, von der gemäß der israelischen Tageszeitung *Haaretz* bisher noch niemand etwas gehört hat. Es wird vermutet, daß sich dahinter auch das IIBR verbirgt, das, wie allgemein bekannt ist, selbst eine Tarnorganisation des israelischen Geheimdienstes und des Militärs für die Entwicklung und Produktion von chemischen und biologischen Waffen ist. Der Mossad selbst hat das letztes Jahr demonstriert, als er sich als Pionier auf dem Gebiet der medizinischen Kriegskunst versuchte: Es mißlang ihm allerdings, den jordanischen Hamasführer Mashaal mit Giftspray zu ermorden, was ihm das IIBR zur Verfügung gestellt hatte.
Ein Biologe, der mit dem Institut zu tun hatte, aber anonym bleiben möchte, wird von Uzi Nahmaini in der Londoner *Sunday Times* zitiert: „Es gibt kaum eine chemische oder biologische Waffe ... die vom Institut nicht produziert wird." Nahmaini fügt hinzu, daß die vollständig abgeriegelte und geheimgehaltene Gasfabrik „umgeben ist von einer hohen Mauer, die bestückt ist mit Sensoren, die einen jeden Eindringling genau orten können. Aber die Fabrik ist auf keiner Karte zu finden." Außerdem seien mindestens sechs Angestellte in der Produktion durch „Arbeitsunfälle" ums Leben gekommen. [...]
Die Fracht der EL AL Maschine erklärt auch, warum der Pilot wiederholt die Aufforderung des Schiphol Kontrollturms, auf dem naheligen Ijsselmeer eine Notwasserung vorzunehmen, verweigerte. Gemäß den Aussagen von Experten für Chemiewaffen, reagiert DMMP „rasend" mit Wasser. Dies hätte eine kaum vorstellbare Katastrophe verursachen können.

Dementis

Der Medienberater von Ministerpräsident Netanyahu, David Bar-Ilan, nahm unverzüglich zu dem Bericht im *NRC Handelsblad* mit einem kategorischen und ebenso zornigen „Nein" Stellung. Er erklärte, daß der Flug LY 1862 ganz eindeutig keine Sarin-Vorprodukte transportierte. Der israelische Verteidigungsminister, der nicht unbedingt als IIBR-Sprecher fungiert, gab eine reichlich rätselhafte Erklärung ab, nämlich, daß der Flug keine ge-

fährlichen Güter transportiert habe, was aber nur die Fracht beträfe, „die für das Verteidigungsministerium bestimmt war". Aber trotz aller Bemühungen brach die israelische Desinformationskampagne nach 12 Stunden zusammen. So hatte EL AL Sprecher Nachman Kleiman seit dem Absturz immer wieder behauptet, EL AL habe nicht gewußt, daß die Boeing „spezielle Güter" transportiert habe: Aber er selbst hatte schon kurz nach dem Unfall diese „speziellen Güter" bei den holländischen Behörden gemeldet. Nun mußte er zugeben, daß der in Frage kommende Flug in der Tat drei von vier Sarin-Vorprodukten transportierte.
Zu den unmittelbaren Nutznießern dieser Enthüllungen gehören vor allem jene 700 Bijlmermeer-Bewohner und Rettungshelfer, die immer noch unter körperlichen und psychischen Beschwerden zu leiden haben, für die es bisher keine Erklärung gab. [...]

Desinformation und Vertuschung

Die Ermittlungen im Falle des Fluges LY 1862, den ein holländischer Ermittler als „Puzzle, in dem fast die Hälfte der Teile fehlen und das meiste vom Rest stark beschädigt ist", bezeichnete, hat bereits eine Anzahl offizieller Untersuchungen zur Folge. Die israelische Desinformationskampagne und die Verschleierungstaktik der holländischen Regierung [...] warfen mehr Fragen auf, als daß Antworten gegeben wurden. Parlamentarier planen bereits, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzurichten.
Es gibt noch viele Fragen, die bislang unbeantwortet blieben: Warum ist kein Flugschreiber aufgetaucht? Was ist mit den zwei Gruppen von Männern in weißen Anzügen? Diese Männer tauchten kurz nach dem Crash an der Unfallstelle auf und blieben dort mehrere Stunden. Dies sagten zahlreiche Zeugen eidesstattlich aus. Die Männer trugen dicke Schutzkleidung, die ihnen erlaubte, „ungestört durch die Flammen zu gehen", und verschwanden anschließend mit verschiedenen Trümmerstücken. In den Aussagen steht, daß die zweite Gruppe dieser Männer in Fahrzeugen mit französischen Nummernschildern ankam, was die Frage aufwirft, ob es sich um Spezialisten vom Europäischen Hauptquartier des Mossad in Paris gehandelt habe. Es könnten auch Angehörige der Mossadvertretung am Amsterdamer Flughafen gewesen sein, aber auch holländische (oder NATO-)Einsatzeinheiten für Notfälle.
Weiter muß geklärt werden, was es mit den widersprüchlichen Frachtdokumenten auf sich hat, die den holländischen Behörden übergeben wurden. Zu diesem Aspekt sendete ein holländisches TV-Programm Anfang 1998 Aussagen ehemaliger EL AL Angestellter, die besagen, daß auf Anweisung regelmäßig Dokumente verfälscht wurden. Im Falle des Fluges LY 1862 hat die Amsterdamer Maschinenbaufirma *Omegam*, die die Unfallstelle untersuchte, deutliche Spuren von Tributylphosphat (TBP) entdeckt und daraus geschlossen, daß mindestens mehrere Hundert Liter dieser Flüssigkeit an Bord gewesen sein müssen. TBP ist zwar eine gewöhnliche Chemiesubstanz, die in der Industrie eingesetzt wird, wird aber auch bei der Herstellung von Uranium und Plutonium verwendet. Diese Substanz erscheint ebenfalls in keinem der Frachtdokumente des abgestürzten Flugzeugs.

Es wird erwartet, daß die parlamentarische Untersuchung Israels Weigerung, sämtliche Informationen für die holländischen Behörden bereitzustellen, zum Gegenstand haben wird. Dies beinhaltet auch die Tatsache, daß die Beschaffenheit der 20 000 kg Fracht der Boeing geklärt werden muß. Die Beschwerden des holländischen Ministerpräsident Wim Kok, daß sich Israel so wenig kooperativ zeigt, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die niederländische Regierung (und besonders das Transportministerium) äußerst zurückhaltend war und es unterließ, die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß zu informieren. Dem mehrfach geäußerten Verdacht, daß die Regierung mit Israel zusammengearbeitet habe, um Aspekte der Affäre zu verheimlichen, muß ebenfalls nachgegangen werden.
Es bleibt unklar ob der Flughafen Schiphol systematisch als Transitstation für von der EL AL transportierte strategisch wichtige Güter ist, die routinemäßig von New York nach Tel Aviv geflogen werden. Die holländischen Behörden kümmern sich in der Regel nicht um die Aktivitäten ihrer israelischen Gäste (EL AL und Mossad), die auf dem Amsterdamer Flughafen eine gewisse Extraterritorialität genießen. Man ignoriert einfach, wie wirkungsvoll sie von nationalen und internationalen Gesetzen und Bestimmungen ausgenommen werden: Da ist es schon merkwürdig, daß kurz nach dem LY 1862 Desaster ausgerechnet Den Haag als Sitz der UN-Organisation für Chemiewaffenverbot ausgewählt wurde.

■ *Aus: Middle East International, 16. Oktober 1998. Übersetzung aus dem Englischen: Norbert Mattes*

Die iranische Zeitung *Tous/Jame'eh*

Farhad Fardjad

Im Oktober dieses Jahres wurden nach etwa einmonatiger Haft vier Redaktionsmitglieder der verbotenen Zeitung *Tous*, ehemals *Jame'eh*, nicht zuletzt auf massiven internationalen Druck aus dem Evin-Gefängnis entlassen. Einer der Redakteure, Hamid Reza Jalalipour, für dessen Freilassung sich Präsident Khatami persönlich eingesetzt hatte, wurde auf Befehl des Revolutionsführers Khamenei schon früher entlassen als seine Kollegen. Ihrer Verhaftung und Internierung in Einzelhaft war eine Welle des Protestes im Iran gefolgt, besonders von Intellektuellen und Studenten. Unmittelbarer Auslöser der jüngsten Repressionswelle gegen kritische Stimmen aus dem Medienbereich war eine Rede Khameneis anläßlich der Ermordung von acht iranischen Diplomaten in Afghanistan. Hiermit wurde ein Propagandafeldzug eingeleitet, der nicht gestört werden durfte. Zuwiderhandlungen wurden geahndet. Verschiedene Zeitungen und Zeitschriften wurden verboten, andere mußten ihre Arbeit einstellen, nachdem sie massiv unter Druck gesetzt worden waren. Am härtesten traf es jedoch die Zeitung *Tous*: Ihr wurde „Verschwörung gegen die nationale Sicherheit" vorgeworfen. Auf Befehl der Staatsanwaltschaft des Revolutionsgerichts wurden die Redaktionsräume besetzt und vier leitende Redakteure verhaftet. Darüber hinaus wurde die weitere Publikation der Zeitung verboten. Nach geltendem iranischen Recht kann jedoch der Herausgeber einer Zeitung nur vor einem zivilen „Pressegericht" zur Verantwortung gezogen werden. Selbst regierungstreue Zeitungen kritisierten, daß im Falle von *Tous* das Revolutionsgericht eingeschaltet wurde. Den Grund für die Anklage ließ die Staatsanwaltschaft erst nach längerem Zögern verlauten: Giscard d'Estaing hatte in einem Interview mit *Tous* behauptet, Khomeini habe bei seiner Ankunft in Frankreich 1978 um Asyl gebeten, was eine Verleumdung des Revolutionsführers Khomeini und ein Verrat an der Revolution sei.

Tous trat mit fast identischer personeller Besetzung die Nachfolge der verbotenen Zeitung *Jame'eh* an. Die erste Ausgabe von *Jame'eh* war am 5. Februar 1998 erschienen. Herausgeber war Hamid Reza Jalalipour, Chefredakteur Mashallah Shamsolwaesin. Seit Beginn ihres Erscheinens wurde die Zeitung vom konservativen Flügel um Khamenei immer wieder bedroht, angegriffen und bei der Arbeit behindert. Trotz, oder vielleicht auch gerade wegen all der Schikane, die sie erleiden mußten, war sie eine sehr erfolgreiche Zeitung, die eine Auflage von bis zu 150 000 Exemplaren hatte. Nach dem Verbot der Zeitung am 23. Juli 1998 und nach der Verurteilung Jalalipours, wurde die Arbeit unter dem neuen Namen *Tous* fortgesetzt. Neuer Herausgeber war Mohammad Sadeq Javadihesar, Chefredakteur blieb Shamsolwaesin. Auch Jalalipour gehörte zur Redaktion. Die Auflage konnte sogar noch auf bis zu 300 000 Exemplare gesteigert werden.

Prinzipien und Ziele von *Jame'eh* wurden bereits in deren erster Ausgabe formuliert: In einem Leitartikel stellte Shamsolwaesin ein 10-Punkte-Programm vor. Darin hieß es, daß *Jame'eh* sich für die Verwirklichung einer Zivilgesellschaft einsetze und daß die Presse in Zukunft ihre Funktion als vierte gesellschaftliche Kraft einnehmen müsse. *Jame'eh* werde durch Berichte über die Tätigkeiten der offiziellen Institutionen sowie durch Kritik an gesellschaftlichen Mißständen versuchen, sich für Mesnchenrechte und die Freiheit der Bürger einzusetzen. Darüber hinaus trete *Jame'eh* für Demokratie, Pluralismus und eine Kultur der Toleranz ein.

In diesem Sinne forderte Shamsolwaesin alle im Rahmen der Verfassung arbeitenden politischen Parteien und Gruppierungen auf, ihre Meinung in *Jame'eh* zu veröffentlichen. Einer von ihnen war Amir Entesam, Außenminister der ersten nachrevolutionären Regierung. Wegen angeblicher Spionage für die USA war er bald nach deren Sturz im November 1979 verhaftet worden; erst 1996 wurde er entlassen. Im April dieses Jahres gab er der Zeitung *Jame'eh* ein Interview, in dem er alle Anschuldigungen gegen seine Person zurückwies und das Regime wegen grausamer Foltermethoden in den Gefängnissen anklagte. Dieses Interview erregte selbst unter Anhängern des „linken Flügels" um Präsident Khatami Mißfallen. Im Zuge der jüngsten Repressionswelle wurde Entesam abermals verhaftet.

Desweiteren wurden mehrmals Nachrichten über Verhaftungen und Proteste sowie Forderungen von Angehörigen der Gefangenen veröffentlicht. Auch bei der Kampagne gegen die Verhaftung des ehemaligen Bürgermeisters von Teheran, Gholamhosein Karbaschi, hat *Jame'eh* durch ausführliche Berichterstattung und damit einhergehender Mobilisierung von breiten Teilen der Bevölkerung eine wichtige Rolle gespielt. *Jame'eh* hat auch mehrfach über den früheren designierten Nachfolger von Khomeini, Ayatollah Montazeri – der seit einem Jahr unter Hausarrest steht – und Anhänger von ihm, die verschleppt worden sind, berichtet und zudem in einem Artikel Montazeris Ansichten veröffentlicht. Hiermit verstieß *Jame'eh* gegen das Publikationsverbot das gegen Montazeri verhängt worden war.

Auch zu außenpolitischen Themen äußerte sich *Jame'eh*. Sie wandte sich in Berichten, Interviews und in Form von Übersetzungen gegen die Verteufelung des Westens und der westlichen Kultur. Für Aufsehen sorgten auch Besuche ausländischer Politiker und Botschafter westlicher Staaten in der Redaktion.

Insgesamt verhalf *Jame'eh* bzw. *Tous* vielen laizistischen Schriftstellern und Intellektuellen erstmals zu einer größeren Öffentlichkeit. Einer der großen Verdienste dieser Zeitung ist es zudem, daß sie zu einem gemeinsamen Forum für laizistische und islamische Intellektuelle wurde.

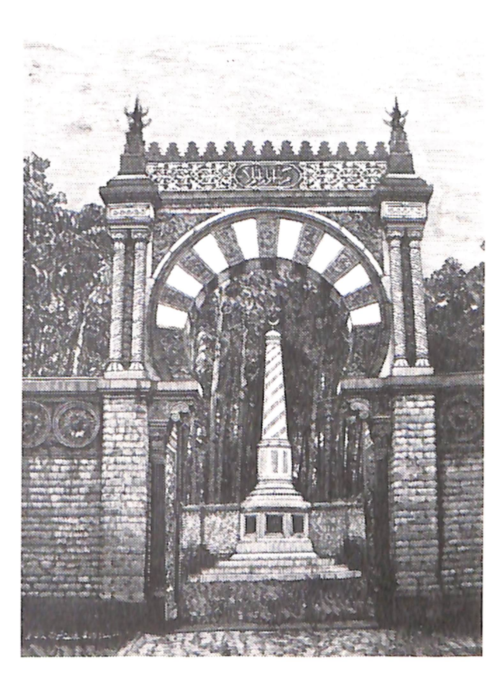
■ *Farhad Fardjad ist außenpolitischer Sprecher der Demokratischen Volkspartei Iran.*

1798: Tod eines Diplomaten oder 200 Jahre Berliner „Türken-Friedhof"

Gerhard Höpp

Am 29.Oktober 1798 starb in Berlin der osmanische Diplomat Ali Aziz Efendi an „der Wassersucht und einem hinzugekommenen Schlagflusse". Er war erst im Jahr zuvor als – dritter – Botschafter des Osmanischen Reichs an den preußischen Hof gekommen. Obwohl er ein begabter Dichter gewesen war und auch mit dem „orientalistischen Berater Goethes", Heinrich Friedrich von Diez, korrespondiert hatte, wäre der 200. Wiederkehr seines Todestages wohl nicht unbedingt an dieser Stelle zu gedenken; hier wäre vielleicht eher an die napoleonische Invasion Ägyptens im Juli des selben Jahres zu erinnern gewesen, in deren Schatten der unglückliche Osmane verschied. Aber der Dichter-Diplomat sorgte mit seinem Ableben für ein Faktum, das noch heute in einer sinnlich besonders wahrnehmbaren Weise an die Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschland und dem islamischen Orient erinnert: den „Türken-Friedhof" in Berlin, die älteste Begräbnisstätte für Muslime in Mitteleuropa. Und das sollte der Erwähnung wert sein.

König Friedrich Wilhelm III., an einem weiterhin guten Verhältnis Preußens zur Pforte interessiert, hatte ein Gelände in Tempelhof zur Verfügung gestellt, wo der Verblichene am Tag nach seinem Tode beigesetzt wurde. Denn das „Gesetz des Propheten verordnet nehmlich, mit der Beerdigung möglichst zu eilen, dergestalt, daß ein Türke, der am frühen Morgen stirbt, noch vor Sonnenuntergang, oder, wenn er am Nachmittag stirbt, höchstens am folgenden Morgen zur Erde bestattet werden muß". Das geschah mit beträchtlichem Aufwand: Der Leichnam wurde „in einem hölzernen Sarge, der jedoch in reichen mit Gold durchwirkten Stoff gehüllt war, auf einen mit sechs Pferden bespannten, gewöhnlichen hölzernen Wagen hingebracht, der mit einer grün tuchenen Decke behangen war. Um das allzu große Zudrängen zu verhüten, ritten sechs Mann Husaren vorauf. Auf dem Wagen standen zur Rechten und zur Linken des Sarges zwei von den Bedienten des Gesandten mit metallnen Räucherbecken, auf deren Glut bis zur Grabstätte hin unablässig mit geraspelten Sandelholz geräuchert ward. Unmittelbar nach



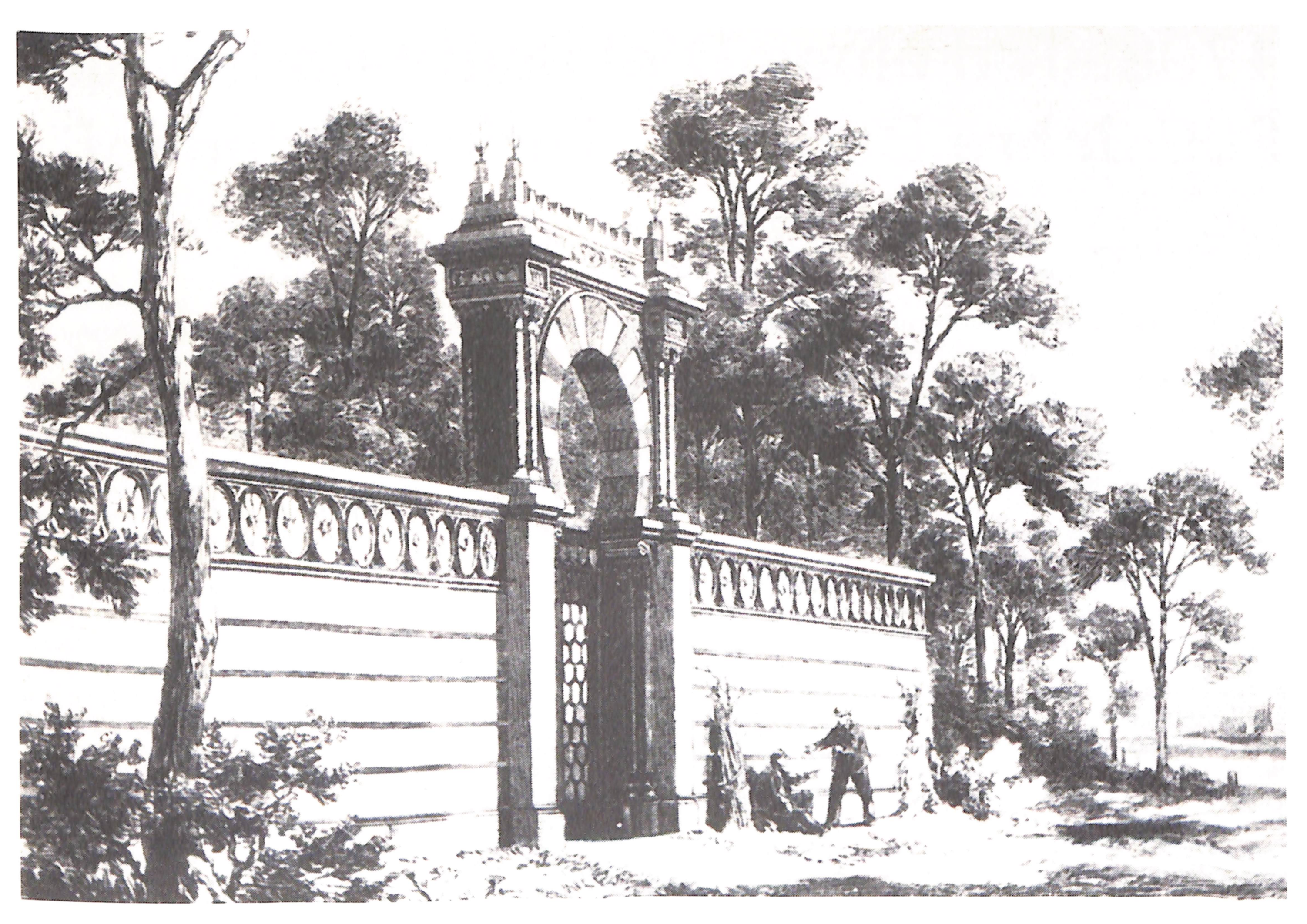
Ansicht des Friedhofsportals um 1875

dem Leichenwagen gingen die Bedienten des Gesandten zu Fuß. Der Sohn des Verstorbenen hingegen, nebst dem Dolmetscher und den übrigen Gesellschaftern, folgte in zwei Wagen". So ging es vom Schiffbauerdamm über die Friedrichstraße nach Tempelhof. Da ein Imam nicht am Orte war, „las, bei Einsenkung des Sarges, der Sohn des Verstorbenen, unter Assistenz eines Gehülfen, aus dem Koran die üblichen Gebete her. Der Leichnam ward, nachdem der Goldstoff vom Sarge weggenommen war, in gewöhnlicher horizontaler Lage der Erde übergeben, mit dem Gesicht nach Morgen, als der Weltgegend hin gerichtet, wo Mecca, der Begräbnißort (sic!) des Propheten liegt". Auf dem Rückweg in die Stadt „warf der Sohn des Verstorbenen Geld unter das nachströhmende Volk aus, weil das Gesetz des Propheten bei diesem Anlaß Almosen gebietet".

Bis 1854 wurden vier weitere Türken dort beerdigt. An der Beisetzung des Gesandtschaftssekretärs Rahmi Efendi im Jahre 1839 sollen 2000 Menschen teilgenommen haben; dennoch sei, so die Polizei, eine „Störung der Ruhe und des Anstandes in keiner Art bemerkt" worden.

Zwölf Jahre später mußte die von einem Eisengitter auf rotgranitenem Sockel umzäunte, dennoch mehrfach geplünderte Begräbnisstätte einem Kasernenneubau weichen. Die Überreste der fünf Muslime wurden deshalb am 29. Dezember 1866 zu ihrem heutigen Ruheplatz am Columbiadamm in Neukölln gebracht, so daß das Gelände damit zugleich in den Besitz des Osmanischen Reiches überging. Inmitten des neben dem Garnisonfriedhof gelegenen, durch ein prächtiges Portal zugänglichen Areals wurde eine von Voigtel entworfene Säule errichtet, die die Namen der fünf Verstorbenen trägt; an den alten Standort erinnert eine Tafel, die 1995 auf dem Gelände der Carl-von-Ossietzky-Schule in der Urbanstraße angebracht wurde.

Die nächste Beisetzung auf dem „Türken-Friedhof" fand erst 1891 statt. Der Tote war Sleman bin Said aus Sansibar. Er war 1889 als Lektor für Suaheli an das gerade gegründete Seminar für Orientalische Sprachen (SOS) gerufen worden und am 2. April 1891, nur zwanzig Jahre alt, an Herzschlag, wohl auch an Kälte und Einsamkeit, gestorben. Vier Tage später wurde sein Sarg von



Portal des „Türken-Friedhofs" um 1868

Steglitz, wo er gewohnt hatte, zum Friedhof gebracht. Dort hatten sich, angeführt vom Direktor des SOS, Eduard Sachau, seine Kollegen und Schüler sowie türkische Diplomaten eingefunden. „Gegen halb drei Uhr nahte der Trauerzug dem Kirchhof. Als der Leichenwagen vor dem weitgeöffneten Portal vorgefahren war, legten die acht Türken ihre Röcke ab, entkleideten sich der Überschuhe und nahmen in einer Reihe, mit dem Gesicht nach der Richtung gewendet, in welcher das heilige Mekka liegt, Aufstellung. Vor sie trat Hasan Taufik", Lektor für Ägyptisch-Arabisch am SOS, und begann „die rituellen Gebete. Bei jedem Abschnitt hoben der Priester und nach ihm die acht Türken die flachen Hände bis zur Höhe des Kopfes, um Allah Ehrfurcht zu erzeigen. Mit einem Gruße an die hinter ihm stehenden Türken schloß Hasan Taufik sein Gebet. Die Träger ergriffen wieder den Sarg, hoben ihn auf die Balken der Gruft, die christliche Trauergemeinde nahm die Hüte ab und mit dem ‚Im Namen Gottes' des Garnisontodtengräbers wurde der Todte in die Gruft hinabgelassen."

In den folgenden Jahren, besonders nach dem Ersten Weltkrieg, füllte sich der Friedhof rasch. Namen, Herkunftsländer und Tätigkeit der Toten geben einen Eindruck von dem Spektrum der wachsenden muslimischen Diaspora in Deutschland; ihre Gräber und Grabsteine erscheinen so auch als Dokumente ineinander verschränkter Geschichte.

Am 19. November 1919 wurde der Vorsitzende der ägyptischen Nationalpartei, Muhammad Farid, beigesetzt. Er war mit der Hoffnung nach Berlin gekommen, der Sieg der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg würde seinem und anderen Völkern des Islam Befreiung bringen. Er teilte diese Illusion u. a. mit dem Tunesier Muhammad Bash Hamba, der am 27. Dezember 1920 begraben wurde. Farids Leichnam wurde im selben Jahr, der Bash Hambas erst 1968 auf Veranlassung des damaligen Präsidenten Habib Bourguiba in die Heimat übergeführt.

Aufsehen erregte der Tod dreier osmanischer Politiker: Der ehemalige Großwesir Mehmet Talat war am 15. März 1921, seine Kollegen Cemal Azmi und Bahaettin Şakir waren am 18. April 1922 in Berlin von Armeniern erschossen worden, die damit den Genozid an ihrem Volk rächen wollten. Während Talats Überreste im Februar 1943 nach Istanbul gebracht wurden, blieben die beiden anderen in Neukölln zurück.

Zwei imposante Grabsteine erinnern an die Delegierten der Handelskommission des Obersten Volkswirtschaftsrates der Bucharischen Volks-Räte-Republik in Deutschland, Yu-

nus Abd al-Wahhab und Azzam Shah Muhammad Shah, die am 27. Oktober 1922 einer mysteriösen Gasvergiftung zum Opfer gefallen waren; die Denkmale hatte ihr Nachfolger, Yusuf Mukimbaev, im März 1923 errichten lassen.
Am 11. März 1924 wurde Hafiz Şükrü zu Grabe getragen. Er war seit 1911 Imam der Osmanischen Botschaft gewesen und hatte, gewissermaßen als Hausherr des Friedhofs, seitdem fast alle dort Beerdigten auf ihrem letzten Wege begleitet. Nun erwiesen der Tatare Iyad Ishaqi, die Inder Sadr-ud-Din und Abdul-Mejid, die Deutschen Georg Kampffmeyer und Ernst Mohammed Brugsch und viele andere dem stadtbekannten Türken die letzte Ehre. Brugsch, ein zum Islam konvertierter Sohn des berühmten Ägyptologen Heinrich Brugsch-Pascha, folgte ihm übrigens am 24. August 1929.

Şükrü hatte sich 1921/22 zusammen mit arabischen, afghanischen und persischen Muslimen auch um die Renovierung des vernachlässigten Friedhofs gekümmert; neue Umfassungsmauern und ein Leichen- und Wärterhaus von Eisfelder waren errichtet worden. Unter den Förderern war der Ägypter Muhammad Sulayman (Soliman) gewesen, der seit 1900 in Berlin lebte, hier seine Frau Martha geheiratet hatte und bis zur Inflation ein erfolgreicher Kaufmann war; 1929 wurde auch er auf dem „Türken-Friedhof" begraben.

Der Perser Attai wurde am 9.April 1930 hier beigesetzt. Das Mitglied des Studentenvereins „Iran e.V." hatte sich aus Protest gegen die Überwachungspraxis der Gesandtschaft seines Landes in deren Räumen auf spektakuläre Weise selbst umgebracht.

Nicht weit vom Grabmal Şükrüs steht ein schwarzer Stein, dessen arabische Inschrift nur noch mit Mühe zu erkennen ist: „Keine Seele kennt den Ort, an dem sie stirbt. Hier sind die Gräber von Majdi al-Qawuqji, geboren 1923 in Hama, gestorben 1941, und Nizar al-Qawuqji, geboren am 19. Mai 1946 in Berlin, gestorben 1946". Majdi und Nizar sind die Söhne Fauzi al-Qawuqjis, der sich in den zwanziger und dreißiger Jahren in Syrien und Palästina einen legendären Ruf als Aufstandsführer erworben hatte. 1941 war er verwundet nach Deutschland gebracht worden, um Araber gegen die Alliierten zu rekrutieren. Daß er es letztlich nicht tat, ist auch auf die ungeklärten Umstände von Majdis Tod zurückzuführen. Die geheime Aktennotiz Fritz Grobbas vom 31.Juli vermittelt einen Eindruck von der Situation: „Die gestern um 17 Uhr auf dem Mohammedaner-Friedhof in Tempelhof erfolgte Beisetzung des Sohnes Fauzi Kaukjis, Medjdi, ist in würdiger Weise verlaufen. Anwesend waren von deutscher Seite vom Auswärtigen Amt außer mir Leg. Rat Melchers und 4 jüngere Beamte, ferner vom OKW Korv. Kpt. Schneidewind als Vertreter von Abwehr/Inland und Major Arnold als Vertreter von Abwehr II sowie vom Außenpolitischen Amt Herr von Chappuis. Fauzi Kaukji selbst war nicht erschienen. Anwesend waren sein Bruder Jumni und etwa 30 Araber, darunter Exz. Adil Azme und Herr Sibaei. Das Gebet und die Gedächtnisrede hielt Herr Idris (Übersetzer bei Pol. VII und Imam der hiesigen islamischen Gemeinde). Ferner sprachen Yunis Bahri, ein jüngerer arabischer Dichter und der irakische Dipl.-Ing. Ali Safi. Dieser schloß seine Ansprache mit den Worten: ‚Du kannst hier ruhig schlafen, denn Du ruhst in befreundeter Erde'. Ich sprach dem Bruder Fauzi Kajkji's das Beileid des Herrn Reichsaußenministers aus und bat ihn, dies dem Vater zu übermitteln. Ferner legte ich im Namen des Herrn U.St.S. Woermann einen Kranz nieder. Korv. Kpt. Schneidewind legte einen Kranz im Namen des Admirals Canaris nieder". Nizar war an Unterernährung gestorben.

Noch ein anderer, den al-Qawuqji kannte, aus politischen Gründen aber verabscheute, kam hier zu liegen: der Ägypter Mustafa al-Wakil, ein Sekretär des Muftis von Jerusalem, Amin al-Husayni, der sich seit 1941 in Deutschland aufhielt und mit den Nazis kollaborierte. Während dieser schon im sicheren Bad Gastein war, fiel sein Gehilfe am 4. März 1945 in Berlin einem Bombenangriff zum Opfer; seine Überreste wurden 1954 in die Heimat übergeführt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg veränderte sich der Friedhof gründlich. Jetzt wurde sein Bild nicht mehr von Diplomaten, Politikern und Kaufleuten geprägt, sondern von Arbeitsmigranten, die seit Beginn der sechziger Jahre in die Bundesrepublik geholt wurden. Bald reichte der Platz nicht mehr aus, so daß die Muslime, die für immer hier bleiben wollen oder müssen, nun in Gatow beerdigt werden. Inzwischen war aus dem „Türken-Friedhof" längst ein „Islamischer Friedhof" geworden: So steht es auch an der Bushaltestelle vor dem Columbiadamm 128.

■ *Gerhard Höpp, Zentrum Moderner Orient*

Neuerscheinungen zum Israel-Palästina-Konflikt

Klaus Polkehn

Friedrich Schreiber: Schalom Israel. Nachrichten aus einem friedlosen Land. Verlag C. H. Beck. München 1998. 354 Seiten. DM 48,–

Richard Chaim Schneider: Israel am Wendepunkt. Von der Demokratie zum Fundamentalismus? Mit einem Vorwort von Lea Rabin. Kindler Verlag München 1998. 223 Seiten. DM 39,80

Henryk M. Broder: Die Irren von Zion. Hoffmann und Campe Verlag. Hamburg 1998. 283 Seiten. DM 39,80

Yaron Ezrachi: Gewalt und Gewissen. Alexander Fest Verlag. Berlin 1998. 314 Seiten. DM 44,–

Habbo Knoch (Hrsg): Davids Traum. Ein anderes Israel. Bleicher Verlag. Gerlingen 1998. 452 Seiten. DM 48,–

Adel S. Elias: Dieser Krieg heißt Frieden. Israel und Palästina – die feindlichen Brüder. Drömer Knaur Verlag. München 1997. 384 Seiten. DM 45,90

Angelika Volle/Werner Weidenfeld: Frieden im Nahen Osten? Chancen, Gefahren, Perspektiven. Verlag für Internationale Politik. Bonn 1997. 308 Seiten. DM 34,80

Edward W. Said: Frieden in Nahost? Essays über Israel und Palästina. Mit einem Vorwort von Felicia Langer. Palmyra Verlag Heidelberg 1997. 280 Seiten. DM 34,–

Ludwig Watzal: Friedensfeinde. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina in Geschichte und Gegenwart. Anbau Taschenbuch Verlag. Berlin 1998. 303 Seiten. DM 19,90

Die Zahl neuer Publikationen zum israelisch-palästinensischen Konflikt steht mittlerweile in umgekehrt proportionalem Verhältnis zur Größe des umstrittenen Territoriums.Wie nicht anders zu erwarten war, haben die deutschen Verlage zum 50. Gründungstag Israels eine Fülle von Veröffentlichungen vorgelegt, die meisten für ein breites Publikum bestimmt. Obschon das eine oder andere Buch einer genaueren Betrachtung wert wäre, sei nachfolgend vor allem auf interessante Gemeinsamkeiten aufmerksam gemacht.

Diese neuen Veröffentlichungen unterscheiden sich von früheren zumeist darin, daß die Ereignisse von 1948 und die vergangenen fünf Jahrzehnte recht kritisch reflektiert werden. Wurden die Leser in der Vergangenheit zumeist mit Apologetik konfrontiert, so ist jetzt beispielsweise bemerkenswert, daß – wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung – generell und ganz selbstverständlich auf das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes verwiesen wird.

Erstaunlich ist schließlich, daß einzelne Autoren auch noch neue Tatsachen zum Geschichtsbild beizusteuern vermögen. Flucht und Vertreibung der Palästinenser im Jahr 1948 müssen nun endlich auch dem „gewöhnlichen" deutschen Leser in einem neuen Licht erscheinen. Was die „neuen Historiker" Israels (Benny Morris, Simcha Flapan, Ilan Pappé u. a.; vgl. INAMO Nr. 13/ Frühjahr 1998) schon lange mitgeteilt haben, wird nun auch dem breiten Publikum hierzulande zugemutet. Dabei findet sich in Neuveröffentlichungen sogar neues Material. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der frühere ARD-Korrespondent Friedrich Schreiber gibt in seinem Buch Details zum Massaker von Deir Yassin wieder. Während die *Zionist Organization of America* gerade wieder einmal bestreitet, daß die Morde in dem Dorf bei Jerusalem überhaupt so stattgefunden haben[1], läßt Schreiber u. a. den Historiker Meir Pail ausführlich zu Wort kommen. Pail war am 9. April 1948 als junger Offizier am Tatort und erzählt von seinen Beobachtungen. Daß die Vertreibung der Palästinenser zwar nicht durch einen Beschluß des israelischen Kabinetts formell geplant worden war, daß sie aber nichtsdestoweniger sehr gezielt ins Werk gesetzt wurde, ist mittlerweile allgemeine Kenntnis.

Die Krise der israelischen Gesellschaft wird bei Schreiber ebenso thematisiert wie bei anderen Autoren. Richard Chaim Schneider und Henryk M. Broder geben in ihren Büchern zahlreiche Beispiele für die inneren Spannungen, die Israel zusetzen. Ihren Wert beziehen diese Veröffentlichungen aus der Wiedergabe zahlreicher Gespräche mit Israelis aus verschiedenen politischen Lagern. Auf diese Weise erhält der Leser einen umfassenden Einblick in das Weltbild von Groß-Israel-Ideologen, von religiösen und nationalistischen Fanatikern, kurzum, von jener eigentlich numerischen Minderheit von Israelis, die trotzdem weitgehend den Ton im Lande angibt. Hervorzuheben sind zwei Interviews Broders mit Elyakim Haetzni, einem der ideologischen Einpeitscher in der Siedlung Kiryat Arba bei Hebron. Schneider liefert dazu Informationen über die Väter des israelischen Fundamentalismus. Wie andere Autoren sieht Schneider den Sieg Israels im Sechstagekrieg von 1967 als Geburtsstunde der Politik von Annexion und Unterdrückung an. Wenn allerdings auf diese Weise gewissermaßen eine Art Zweiteilung der zionistisch/israelischen Geschichte vorgenommen wird, so sind Zweifel berechtigt. Gewiß hat der Sommer 1967 dem religiös motivierten Nationalismus einen großen Impetus gegeben; doch die Politik von Eroberung und Vertreibung hat lange vorher begonnen. Nur war sie zunächst mehr pragmatisch als ideologisch motiviert, war nicht das Privileg der Rechten sondern findet sich auch in der Politik des „Arbeiterzionismus". In einem weiteren Buch, das in diesem Zusammenhang noch erwähnt werden muß, nämlich die neue Publikation des israelischen Politikwissenschaftlers Yaron Ezrachi, wird mit Recht darauf verwiesen, daß die erste Prinzipienerklärung „Für ein größeres Israel" (22. September 1967) von „Aktivisten der Arbeiterbewegung" initiiert wurde. Die Konstituierung des jüdischen Staates in dem von den Palästinensern besie-

delten Lande war nur durch ein Entweder-Oder möglich. Die Politik der „Eroberung des Bodens" und der „Eroberung der Arbeit" gibt es doppelt so lange wie den Staat Israel. Der Unterschied liegt darin, daß 1967 an die Stelle einer eher pragmatischen Haltung zunehmend eine messianistische Einstellung tritt. Nicht nur praktische „Sicherheitsinteressen" bestimmen das Vorgehen, sondern die Hoffnung auf „Erlösung". Hierzu ein Zitat aus dem Buch von Ezrachi (S. 191): „Der zionistische Mythos von der Erlösung, der die Anwendung von Gewalt immer als ‚Selbstverteidigung' rechtfertigte, blieb unempfindlich gegenüber den Gefühlen der Verzweiflung, Orientierungslosigkeit oder Schuld, wie sie die jüdischen Kämpfer oft empfanden. Außerdem waren die Israelis wohl viel zu sehr mit dem Holocaust und mit innerzionistischen Kontroversen beschäftigt, um die Stimmen ihrer Opfer zu hören."

Mit dem Vordringen des Messianismus, so stellen viele Autoren bedauernd fest, würden jene traditionellen Werte verloren gehen, auf die sich der frühe Zionismus berief. Angesichts der Politik der Regierung Netanjahu, der Siedler und der religiösen Fanatiker findet vielfach eine allmähliche Verklärung der vorangehenden Jahrzehnte statt, die sich auch in den Publikationen widerspiegelt. Ezrachis Buch scheint da zunächst eine Ausnahme darzustellen. Der (amerikanische) Originaltitel macht deutlicher als der deutsche Titel, worum es geht: „Rubber bullets: Power and conscience in modern Israel". Dieses – angeblich nicht tödliche – Gummigeschoß, das die israelischen Militärs während der Intifada gegen die Palästinenser einsetzten, wird für Ezrachi zur Metapher: Er gebraucht den Begriff „darwinistischer Nationalismus" zur Beschreibung der israelischen Rechten. Ständig werde eine Bedrohung für das Überleben der Nation heraufbeschworen. Das Bedürfnis des Bürgers nach Sicherheit werde immer dazu benutzt, „von der Gegenwart abzusehen und die in ihr enthaltenen vielleicht großartigen Möglichkeiten auf später zu verschieben" (Seite 93), Worte, die genau auf die allerjüngsten Vorgänge im Friedensprozeß verweisen. An die Stelle der Suche nach Ausgleich ist die Militarisierung der Gesellschaft getreten und die Verherrlichung der Opferrolle. Der Siedler inmitten der arabischen Umwelt im okkupierten Gebiet, der permanent provoziert, sieht sich demzufolge als Opfer eines „ewigen Antisemitismus". Ezrachi erwähnt, mit dem Sechstagekrieg sei „der Anachronismus und die Sinnlosigkeit der noch vorhandenen Ghetto- und Opfermentalität" offenbar geworden. Es sei aber dann die Siedlerbewegung gewesen, die „einen altbekannten Zustand und ein altbekanntes Gefühl" wiederhergestellt hätten. In der Westbank seien sie nämlich nun wieder „von bedrohlichen Feinden umzingelt", hier hätten sie also Ghettomentalität bewahrt, ihr „präzionistisches jüdisches Opferbewußtsein" beschworen. Bei Broder, Schneider und in dem von Habbo Knoch herausgegebenen Buch finden sich zahllose Belege für diese Feststellung. In ihren Büchern begegnen uns die Siedler in Gesprächen, und diese subjektiven Momente werden ergänzt durch Beschreibungen des Lebens in den Siedlungen. Diese Informationen sind oftmals instruktiver als die Statistiken, aus denen wir erfahren, wieviel palästinensisches Land in den letzten dreißig Jahren geraubt worden ist.

Aber: Während viele alte Legenden zerstört werden, treten neue an ihre Stelle. Vor allem Yitzhak Rabin wird zum Träger eines neuen Mythos. Mit seiner Wahl (1992) seien, so Ezrachi, die alten Forderungen von *Peace Now* offizielle israelische Politik geworden. Deshalb also die Behauptung der Rechten, daß Rabin eine Art Vaterlandsverräter war? Wir finden in den neueren Publikationen kaum einen Hinweis darauf, daß die Massendeportation von palästinensischen Islamisten Ende 1992 von Rabin angeordnet wurde, der Hamas und damit auch dem Terrorismus einen großen Schub gab. Und wurde nicht auch die erste der totalen Absperrungen der palästinensischen Gebiete im Frühjahr 1993 von der Rabin-Regierung verhängt?

Um noch einmal auf das von Knoch herausgegebene Buch – mit Beiträgen von acht Autoren, die vor Ort sehr sorgfältig recherchiert haben – zurückzukommen: Dieser außerordentlich faktenreiche Band verwebt die jüdisch-israelischen Aspekte mit den arabisch-palästinensischen so eng, wie es der tatsächlichen Situation im Land zwischen Mittelmeer und Jordan entspricht. Gewiß, man könnte in Tel Aviv oder mehr noch in Ramat Gan oder Petach Tikwa vergessen, daß es überhaupt Palästinenser im Lande gibt; man wird palästinensische Dörfer finden, wohin sich nicht einmal ein israelischer Soldat verirrt hat. Aber dazwischen liegen jene großen Regionen, in denen sich die Geschichte und die Gegenwart zweier Völker in diesem geographisch ja sehr kleinen Land treffen. So stoßen die Autoren im israelischen „Kernland" (also innerhalb der berühmten „Grünen Linie") beständig auf arabische Spuren, und in den palästinensischen Gebieten begegnet ihnen auf Schritt und Tritt die Politik Israels. Auch diese Sicht ist den meisten hier erwähnten Büchern eigen. Während doch früher in der hiesigen Israel-Literatur „der Araber" fast nur als der Feind vorkam, der die Israelis ins Meer treiben wollte, findet sich nun eine differenziertere Sicht, die manchmal sogar darum bemüht ist, eine rationale Erklärung für Terroranschläge von Hamas oder Jihad-Anhängern zu finden.

Was hat den Wandel bewirkt? An erster Stelle ist die Intifada zu nennen. Der Aufstand, der vor nunmehr bereits mehr als zehn Jahren begann, änderte das Palästinenser-Bild und zeigte der Welt nun auch mal den „häßlichen Israeli". Die Intifada führte, das ist mittlerweile unbestritten, nach Oslo. Wir erlebten die Euphorie angesichts der Zeremonie auf dem Rasen vor dem Weißen Haus, und wir sind Zeugen der vielen Enttäuschungen seither geworden. Je deutlicher die Lücken und Fallen in den Oslo-Abkommen sichtbar werden, desto hartnäckiger stellen sich die Fragen, wie es dazu kommen konnte. Neben journalistischen Schnellschüssen[2] und den subjektiven Darstellungen Beteiligter[3] kommen nun die Werke, in denen die Hintergründe analysiert werden. Herausragend unter den jüngsten deutschen Veröffentlichungen ist das Buch des „Spiegel"-Redakteurs Adel Elias. Die Überschrift des ersten Kapitels ist in gewisser Weise programmatisch: „Über den Tisch gezogen – Arafats Verhandlungspoker". Elias verfügt offenbar über gute Quellen, er gibt viele Hintergrundinformationen zum Ablauf der Osloer Gespräche und versucht, die Frage zu beantworten, wieso es überhaupt zu den

Abkommen kommen konnte. Darüber hinaus bietet das Buch aber beispielsweise auch eine detailreiche kritische Sicht sowohl auf den jüdischen wie auf den islamischen Fundamentalismus (letzteres ohne die in der hiesigen Publizistik überwiegend übliche Simplifizierung). Schließlich machen die umfangreichen Marginalien das Buch zu einem Nachschlagewerk für diejenigen, die genaueres über den israelisch-palästinensischen Konflikt und über die Biographien seiner Protagonisten erfahren wollen, denn es enthält im Anhang neben anderen Dokumenten auch den Wortlaut des Oslo-Abkommens (in einer nicht offiziellen Übersetzung). Da die für das Palästina-Problem relevanten Abmachungen und Verträge in deutscher Fassung zumeist kaum zu finden sind, ist zu begrüßen, daß jetzt 56 solcher Dokumente zum Friedensprozeß aus den Jahren 1993 bis 1997 in einem Sammelband abgedruckt werden, darunter auch solche wie die Erklärung von zehn palästinensischen Organisationen gegen das Oslo-Abkommen vom 9. Oktober 1993 oder der israelisch-jordanische Friedensvertrag vom 24. Oktober 1994. Den Dokumenten sind kurze Einführungen vorangestellt. Eingeleitet wird der Band aber durch 21 Aufsätze, die im gleichen Zeitraum in den Zeitschriften *Europa Archiv* und *Internationalen Politik* erschienen sind. Die Beiträge analysieren einzelne Aspekte des Prozesses, politische und wirtschaftliche Aspekte werden ebenso behandelt wie die Haltung der USA, Rußlands und Europas, die Wasserfrage, der Islamismus und die israelische Innenpolitik. Die meisten Aussagen in den Aufsätzen haben ihre Gültigkeit über den Tag des Verfassens hinaus bewahrt.

Unverzichtbar für das Verständnis des sehr widersprüchlichen Vorgehens der palästinensischen Führung ist die Sammlung von Aufsätzen des prominenten palästinensischen Literaturwissenschaftlers Edward Said. Die Artikel, die ursprünglich in den Jahren 1993 bis 1997 erschienen sind, dokumentieren die berechtigte Kritik Saids, der bereits zu einem Zeitpunkt, als alle Welt den Frieden vollendet sah, vor den Fallen im Oslo-Dokument warnte. So schrieb Said in einem Beitrag für den Londoner „Guardian" vom 9. September 1993 – vier Tage vor der Unterzeichnungszeremonie in Washington: „Offensichtlich hat sich die PLO von einer Befreiungsbewegung in eine Art Kleinstadtregierung verwandelt, wobei immer noch dieselbe Handvoll Leute das Kommando führt." Und: „Es gab (...) nie eine schlimmere innere Krise für die Palästinenser als diejenige, die im Sommer 1993 begann – das heißt, als Arafat auf den israelischen Plan einging." Soweit der erste Beitrag des Buches. Im Nachwort dann das Resümee vom August 1997: „... nichts von dem, was während der letzten vier Jahre geschehen ist, hat mir irgendeinen Grund geliefert, meine Ansicht zu ändern." Zwischen diesen beiden Zitaten findet sich eine Fülle interessanter Beobachtungen und kluger Gedanken.

Tiefe Skepsis beherrscht auch das neue Buch von Ludwig Watzal. Der Autor widmet sich vor allem der sehr eingehenden Analyse des Oslo-Prozesses – also auch der Abmachungen von Taba, Oslo II, dem Hebron-Abkommen –, der schließlich in das Wye-Abkommen mündete. Israelische und palästinensische Menschenrechtsverletzungen werden dokumentiert, der Mord an Rabin ebenso analysiert wie die deutsch-israelischen Beziehungen und die innenpolitischen Perspektiven Israels. In diesem Buch wird auch – im Unterschied zu vielen anderen – sehr deutlich auf die widersprüchliche Haltung Yitzhak Rabins aufmerksam gemacht. Überdies legt Watzal mit einer Fülle von Zitaten, Verweisen und Kartenmaterial ein wahres Kompendium des aktuellen Standes des Friedensprozesses vor (das Wye-Abkommen ist dabei natürlich noch nicht berücksichtigt). Sein Ausblick ist nicht sehr ermutigend, aber wohl realistisch: „Frieden in Israel und Palästina ist prinzipiell möglich, doch unter den gegebenen Umständen wenig wahrscheinlich. Einen dauerhaften Frieden kann es nur geben, wenn auch dem Prinzip der Gerechtigkeit Geltung verschafft worden ist. Derzeit scheint man eher das Gegenteil zu initiieren: Ungerechtigkeit soll Frieden schaffen."

Zu den noch anstehenden Streitfragen israelisch-palästinensischer Verhandlungen gehört mit Sicherheit die Jerusalem-Frage. Ihre Brisanz für eine endgültige Lösung angesichts der aktuellen Konfliktfelder wird manchmal übersehen. Der Historiker Ian S. Lustick hat sich bereits 1993 in einem Beitrag für das *Europa-Archiv* eingehend damit beschäftigt und das „vereinte Jerusalem" als „sorgsam kultivierten Fetisch" charakterisiert. 1993 sah er durchaus Chancen für einen Kompromiß. Seine Argumente sind rational einleuchtend. Lustick forderte, die israelische Führung müsse sich neuen politischen Gegebenheiten anpassen, so wie es 1948 David Ben Gurion getan hat, als er nach dem Waffenstillstand mit Transjordanien und unter Mißachtung der UNO-Teilungsresolution (West-)Jerusalem zur Hauptstadt Israels machte. Der damalige israelische Premier habe „einen gefühlsbetonten Fetisch eines relativ kleinen hebräischen Jerusalem" konstruiert, „maßgeschneidert für mögliche politische Gelegenheiten und existierende internationale Zwänge". Genauso könnte heute, so Lustrick, eine israelische Regierung „die staatliche Definition ihrer Landeshauptstadt ändern" und damit den Weg für einen Kompromiß mit den Palästinensern frei machen. Vier Jahre nach der Veröffentlichung seiner Überlegungen stimmen allerdings die politischen Entwicklungen eher pessimistisch.

---

1 Morton A. Klein: Deir Yassin. History of a Lie. Zionist Organization of America, New York 1998

2 U. a. Jane Corbin: Riskante Annäherung. Die Geheimverhandlungen zwischen den Israelis und der PLO in Norwegen. Knaur Verlag, München 1994

3 Z. B. Hannan Ashrawi: Ich bin in Palästina geboren. Siedler Verlag. Berlin 1995; Mahmoud Abbas (Abu Mazen): Through Secret Channels. Garnetz Publishing, Reading 1995; Schimon Peres: Die Versöhnung. Der neue Nahe Osten. Siedler Verlag, Berlin 1993

T. Piro: The Political Economy of Market Reform in Jordan

Oliver Wils

Timothy J. Piro: The Political Economy of Market Reform in Jordan, Rowman & Littlefield Publishers 1998, Lanham u. a., 131 Seiten.

Warum fällt es zahllosen Entwicklungsländern wie Jordanien so schwer, ihre Wirtschaft marktwirtschaftlich zu reformieren? Noch vor kurzem galt Jordanien in den Augen des IWF und der Weltbank als Musterschüler, was u. a. damit zusammenhing, daß trotz einer austeritären Haushaltspolitik eine wirtschaftliche Wachstumsrate von 5–6% erfüllt werden konnte. Nach dem Friedensschluß mit Israel im Oktober 1994 erhielt das Königreich in Relation zu seiner Bevölkerungsgröße die weltweit höchste Entwicklungshilfe. Aber grundlegende Reformen, insbesondere im öffentlichen Sektor, der 50% der jordanischen Arbeitskräfte beschäftigt, wurden ständig verschoben. Jüngst stellte sich zudem heraus, daß die für 1997 und 1998 verkündeten Wachstumraten geschönt waren und um mindestens 4% nach unten korrigiert werden müssen.

Die im Oktober 1998 publizierte Untersuchung von Timothy Piro stellt sich die Aufgabe, diejenigen politischen Faktoren zu benennen, die anhaltend zur Intervention des Staates in die Ökonomie geführt haben und dadurch marktwirtschaftliche Reformen erschweren. Auch wenn diese Fragestellung nicht unbedingt originär erscheint, so ist sie angesichts des (im Moment deutlich getrübten) Marktoptimismus der Bretton Woods Institutionen wichtig. Allerdings muß vorangestellt werden, daß Piros Arbeit im wesentlichen auf einer in der Fragestellung erweiterten Fassung seiner 1992 eingereichten Dissertation zur politischen Ökonomie des jordanischen Bergbausektors basiert. Der Titel des Buches ist deshalb etwas irreführend, da der Autor vorrangig das Verhältnis von Ökonomie und Politik in historischer Perspektive erarbeitet und weniger eine dezidierte Analyse der Dynamik der Wirtschaftsreform selbst vorlegt (seine empirischen Erhebungen enden mit nur wenigen Ausnahmen 1993). Einen hohen Stellenwert hat das Buch zweifellos für die Jordanienforschung, die das Land lange Zeit primär im Kontext des arabisch-israelischen Konfliktes wahrgenommen hat, während politologische Fragestellungen auf die zentrale Rolle des Königs focussierten.

Die Studie umfaßt sechs Kapitel. Nach der Einleitung wird in Kapitel 2 die politische und ökonomische Entwicklung des Landes von der Gründung des Emirates 1921 bis in die Anfangsjahre des 1946 formal unabhängig gewordenen Königreichs umrissen. Dabei zeigt der Autor, daß, als Folge der Herrschaftsinteressen der aus dem Hijaz kommenden Haschemiten und strategischer Interessen der britischen Mandatsmacht, die das Emirat finanziell unterstützten, die staatliche Administration und insbesondere das Militär schon frühzeitig dazu dienten, die zum Großteil ländlich und nomadisch geprägte Bevölkerung zu befrieden bzw. zu kooptieren. Da ökonomische Aktivitäten neben Handel in den Städten vorrangig von Land- und Subsistenzwirtschaft geprägt waren, kam dem Staat auch in der Industrialisierung des Landes eine tragende Rolle zu.

Der Gründung und Entwicklung der fünf großen Industrien im Bergbausektor, namentlich der Ölraffinerie sowie der Zement-, Pottasche-, Düngemittel- und Phosphatindustrie, widmet sich Piro im dritten Kapitel. Wie der Autor zeigt, konnte die Errichtung dieser *big five* nur in Form staatlich-privater Joint Ventures durchgeführt werden, da sie enorme Kapitalinvestitionen erforderten. Der größte Anteilseigner blieb jedoch in der Regel der Staat, der diese Großindustrien für wirtschafts- und beschäftigungspolitische Zwecke nutzen konnte. Darüberhinaus zeigt Piro die politische Bedeutung der Industrien auf, da hier Privilegien verteilt werden und hohe Staatsbeamte ein Beschäftigungsfeld fanden. Die Besetzung von Management- und Vorstandsposten wechselte häufig und hing in hohem Maße von der Palastelite ab. Diese Elitenrotation diente nach Piro einerseits der Verpflechtung und Integration privater und staatlicher Interessengruppen, andererseits wurde dadurch die Loyalität von Topbürokraten zum Staatsapparat und zum Regime gestärkt.

Kapitel vier behandelt die 70er und 80er Jahre als Jordanien durch die Finanzhilfen arabischer Länder und die Überweisungen jordanischer Gastarbeiter in den Golfstaaten in die regionale Ölökonomie integriert wurde, wodurch sich die staatliche Wirtschaftstätigkeit noch ausweitete. In Anlehnung an Rentierstaatstheorien argumentiert der Autor, daß im Zuge dieser Entwicklung eine auf die Steigerung der nationalen Produktivität abzielende Politik nicht prioritär war. Vielmehr wurde durch die Allokation der ins Land fließenden Renten die sich schon in den 50er Jahren herausbildende Koalition aus hohen Staatsbeamten und Geschäftsleuten zur ökonomisch dominanten Kraft im Land, wobei allerdings der Privatsektor nach Piro die Rolle des Juniorpartners einnahm. Zunehmend an Bedeutung gewannen jedoch auch Unternehmer und Politiker, die über Kontakte zu den Golfstaaten verfügten.

Der Verlauf und die Logik der jordanischen Wirtschaftsreform ist Thema des fünften Kapitels. Piro argumentiert, daß die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien und die seit Mitte der 80er Jahre diskutierte Privatisierung von Staatsbetrieben eben

genau an der zuvor beschriebenen Verflechtung von Staat und Ökonomie sowie den darauf basierenden handfesten Interessen scheitern mußte.

Im abschließenden Kapitel sechs werden die Ergebnisse zusammengefaßt und Piro diskutiert die Relevanz der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Nachbarstaaten für den weiteren Verlauf der Wirtschaftsreform in Jordanien. Der Autor zeichnet hier ein ambivalentes Bild. Er geht davon aus, daß sich Jordaniens wirtschaftliche Probleme nur im Kontext einer stärkeren regionalen Integration lösen lassen. Aber gleichzeitig verweist er auf die zahlreichen politischen und auch ökonomischen Probleme mit den arabischen Nachbarstaaten auf der einen Seite und der wachsenden Opposition im Lande hinsichtlich einer stärkeren Kooperation mit Israel, auf der anderen Seite.

Timothy Piros Buch ist zusammenfassend dafür zu loben, daß die Dynamiken von Wirtschaftsreformen in einen historischen Kontext eingebettet werden und am Beispiel der großen Bergbauindustrien auf die klientelistischen Netzwerke zwischen Palast, Bürokratie und Privatsektor focussiert wird. Allerdings müssen einige seiner Grundannahmen hinterfragt werden. So bleibt es unklar, warum der Privatsektor der untergeordnete Partner einer staatlich-privaten Koalition sein soll. Gerade die von Piro beschriebene Elitenrotation betrifft doch in der Regel die Staatsmanager, wohingegen der Privatsektor als Anteilseigner eine höhere Kontinuität in Leitungsposten dieser Industrien aufweisen kann. Desweiteren wird dabei die enorm wichtige Rolle des Privatsektors im Dienstleistungssektor (insbesondere im Handel und Bankensektor) ausgeblendet. Die Industrie trägt nach Angaben des Autors nur 18 % zum BIP bei, wohingegen Dienstleistungen entsprechend bei 60 bis 65 % liegen.

Zum anderen werden die politischen Auswirkungen der Wirtschaftsreform auf Topbürokraten zu oberflächlich analysiert. Jordanien ist in hohem Maße auf Entwicklungshilfe angewiesen, die aber an bestimmte Projekte und Auflagen gebunden ist. In diesem Kontext hat sich eine Schicht von Technokraten, die über gute Kontakte zu den internationalen Finanzorganisationen verfügen, herausgebildet, die ihre Machtstellung der Planung und Implementierung der Reformprojekte verdankt. Die Staatsbourgeoisie, wie Piro die Staatsbeamten in höheren Positionen bezeichnet, ist also gespalten. So ist tatsächlich festzustellen, daß weniger die Staatsbeamten als vielmehr führende Unternehmer des Privatsektors den Strukturanpassungsprozeß kritisieren.

Schließlich soll noch kurz auf Piros Schreibstil eingegangen werden. Seine Argumentation ist bisweilen unklar und dadurch verwirrend. Zahlreiche Behauptungen regen zwar zum Nachdenken an, sind aber oft nur ungenügend belegt, was den Wert der Arbeit schmälert. Etwas ärgerlich sind die Wiederholungen. Einige Sätze tauchen auf einer Seite schon mal doppelt auf. Damit unterstreicht er seine Argumentation in der Regel nicht, sondern vergibt sich nur Platz auf einer mit 131 Seiten ohnehin sehr knappen Abhandlung.

Fortsetzung von Seite 35

DEKLARATION

(Auszug)

Wir, palästinensische und jüdische Familien der Region Basel und ihre Angehörigen und Freunde, die uns auf diesem Weg unterstützten – einig in der Besorgnis und im Engagement für die Verständigung und einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen unseren Völkern und im Wissen darum, daß dieser nur auf dem Prinzip zweier unabhängiger Staaten und der Respektierung anerkannter völkerrechtlicher Grundsätze beruhen kann, [...] unterwerfen uns den Grundsätzen, daß

1. Juden und Palästinenser je einen gleichwertigen Anspruch haben auf eigene nationale Heimstätten als zwei benachbarte souveräne, unabhängige Staaten Israel und Palästina in sicheren Grenzen und daß sie sich gegenseitig in dieser Zielsetzung unterstützten;
2. Juden und Palästinenser, wo immer sonst auf der Welt sie sich aufhalten, das Recht haben, in Frieden, Freiheit und ohne Diskriminierung als gleichberechtigte Menschen zu leben;
3. kein Mensch seine Heimat mehr verlieren darf, weil ein anderer dort seine Heimat sucht, daß die Eigenständigkeit keines der beiden Völker durch die Zuwanderung des anderen beeinträchtigt werden soll und daß für jene, die im Verlauf des Konfliktes Land und/oder Heimat verloren haben, gerechte Lösungen zu finden sind, die in der Rückgabe des Landes oder in einer vollen Entschädigung der ehemaligen Eigentümer bestehen können;
4. die Beziehungen zwischen Palästinensern und Juden auf dem Grundsatz vollständiger Gleichberechtigung beruhen und von Respekt, von Rücksichtnahme und von einem Menschenbild getragen sein sollen, gemäß welchem die Menschenwürde unantastbar ist;
5. wir jede Art von Gewalt als Mittel der Konfliktlösung zwischen unseren Völkern ablehnen und daß wir uns gemeinsam darum bemühen wollen, die Ursachen der Gewalt zu erkennen und ihre Entstehung zu verhindern;
6. wir die einseitige Schaffung von Fakten, die den eingeschlagenen Friedensprozess und die Durchsetzung der vorliegenden Prinzipien gefährden, namentlich die Landnahme und Verschiebung der demographischen Verhältnisse in arabischen Wohn- und Landwirtschaftsgebieten, als eine Form der Gewalt ablehnen;
7. es vordringlich ist, politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Verhältnisse zu schaffen, unter welchen sich die arabische Bevölkerung des Staates Israel, frei von jeder Diskriminierung, als in jeder Hinsicht gleichberechtigte, gleichwertige und gleichbehandelte Bürger fühlt;
8. die jüdischen Siedlungen im Westjordanland und im Gazastreifen völkerrechtswidrig entstanden sind und ein Hindernis auf dem Weg zur Verständigung und zu einem dauerhaften Frieden darstellen, daß sie deshalb schrittweise zu räumen und ihre Bewohner voll zu entschädigen sind;
9. eine dem heiligen Ort und seiner Geschichte angemessene Lösung für ein ungeteiltes Jerusalem als zwei Hauptstädte zweier souveräner Staaten gefunden werden muß [...]

Jahrgang 5, Heft 17/Frühjahr 1999

Afghanistan

Impressum

INAMO: Berichte und Analysen zu Politik und Gesellschaft des Nahen und Mittleren Ostens wird herausgegeben vom Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V. und erscheint vierteljährlich.

Redaktionsadresse:
Dahlmannstr. 31, 10629 Berlin

Telefon: 030/8 64 218 45
Internet: http://www.inamo.de
E-Mail: redaktion@inamo.de

Abonnementsverwaltung (Ariadne Papageorgiou): INAMO
Postfach 3613, 90018 Nürnberg

Redaktion: Ulrike Dufner, Reinhard Fischer, Sabine Hofmann, Heike Kratt, Hans Günter Lobmeyer, Norbert Mattes, Ronald Ofteringer, Bärbel Reuter, Lutz Rogler, Isabel Schäfer, Asghar Schirazi, Petra Stockmann, Jens Tanneberg, Kirsten Timme, Ines Weinrich, Oliver Wils.

Satz: Pinkuin Satz- und Datentechnik

Druck: CM Druckherstellung & MedienService

INAMO e.V. ist als gemeinnützig anerkannt, Spenden sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindungen:
Volksbank Berlin, BLZ 100 900 00, Kto.120 676 15

Nur für Abonnements: Kreissparkasse Bamberg, BLZ 770 501 10, Kto. 920 98

ISSN 0946-0721

Diese Ausgabe wurde vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland gefördert.

Dieser Ausgabe liegen Flyer bei von: Evangelischen Akademie Hofgeismar und *der überblick* (Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit).

INAMO e. V., Aboverwaltung, Postfach 36 13, 90018 Nürnberg
Pressevertriebsstück, "Entgelt bezahlt", A 13966, Deutsche Post AG

Infoladen Leipzig
Koburgerstr. 3
04277 Leipzig